

Dezember 1939

1.-15.



Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirigent A. J. Berndt

Reichspropagandaministerium

Oberstleutnant von Wedel

Oberkommando der Wehrmacht

Erste Dezember-Lieferung

(Nr. 7 der Gesamtlieferung)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin W9

Zeittafel

1. 12. 39 Generalfeldmarschall Göring beauftragt Reichsleiter Bouhler mit der Prüfung eingehender Hinweise und Beschwerden über Maßnahmen der Kriegswirtschaft und der Reichsverteidigung (S. 6).
2. 12. 39 Rede Dr. Leps in Prag (S. 25).
3. 12. 39 Britischer Angriffsvorstoß auf Helgoland (S. 11).
4. 12. 39 Beginn der völkerrechtswidrigen britischen Exportblockade (S. 67).
5. 12. 39 Verordnung gegen Gewaltverbrecher (S. 30).
Dr. Sacha über die tschechisch-deutsche Zusammenarbeit (S. 25).
6. 12. 39 Die Sowjetunion verhängt die Blockade gegen Finnland (S. 35).
7. 12. 39 Deutsche Erklärung zur finnischen Frage (S. 6).
Beginn der Umiedlung aus dem früheren Ostpolen (S. 25).
Zehnte Konferenz der baltischen Außenminister (S. 34).
8. 12. 39 Einweihung des Adolf Hitler-Kanal und Spatenstich zum Ober-Donau-Kanal (S. 69).
Zuerkennung der Fähigkeit zum Richteramt an Volksdeutsche (S. 62).
Tagesbefehl des Großen Sachsischen Rates (S. 31).
10. 12. 39 Reichswirtschaftsminister Funk spricht in München (S. 68).
Sowjetrussische Protestnote gegen die englische Exportblockade (S. 67).
12. 12. 39 Deutsches Weißbuch zur Vorgeschichte des Krieges (S. 5, 37).
Rückkehr des Lloyd-Schnelldampfers „Bremen“ (S. 12, 21).
13. 12. 39 Siegreiches Seeschlacht des Panzerschiffs „Admiral Graf Spee“ in der La Plata-Mündung (S. 15).
Geheimhaltung des Unterhauses; Oberhausdebatte zur Frage der Kriegsziele (S. 28).
Regierungsumbildung in Schweden (S. 33).

14. 12. 39 Ratifizierung des deutsch-russischen Freundschaftsvertrages (S. 27).

Erfolgreicher Luftkampf im Gebiet der nordfriesischen Inseln; 10 von 20 angreifenden englischen Bombern abgeschossen (S. 12).

Ausschluß der Sowjetunion aus der Genfer Liga (S. 35).

Erste öffentliche Sitzung des Deutschen Preisenhofes in Hamburg (S. 60).

15. 12. 39 Verordnung über die Ausbildung von Fachkräften (S. 71).

Dokumente

1. Politische

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Das Auswärtige Amt veröffentlichte Anfang Dezember ein zweites Weißbuch zur Vorgeschichte des Krieges (Inhalt Seite 37), dem Reichsaußenminister v. Ribbentrop folgendes Geleitwort voranstellte:

Der Blick des deutschen Volkes ist unter der Führung Adolf Hitlers in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit gerichtet. Aber der uns aufgezwungene Kampf, den wir jetzt um das künftige Schicksal Deutschlands durchsführen, macht es zur gebieterischen Notwendigkeit, uns in jedem Augenblick bewußt zu bleiben, wie es zu diesem Kampf gekommen ist und wo seine letzten Ursachen zu suchen sind. Das liegt zwar für jeden, der sehen will, seit langem offen zutage und ist von maßgebender deutscher Seite schon oft genug, vor allem durch die Reden unseres Führers, öffentlich klargestellt worden. Da aber die verlogene Propaganda unserer Feinde beharrlich bemüht ist, den wahren Sachverhalt immer wieder zu verschleiern und die Weltöffentlichkeit sowohl über die Ursachen des Krieges als auch über die von ihnen verfolgten Ziele Irrezuführen, ist es wichtig, durch authentische amtliche Dokumente noch einmal den unüberleglichen Nachweis zu erbringen, daß es ausschließlich und allein

England war, das den Krieg verschuldet und ihn gewollt hat,

um Deutschland zu vernichten.

Nachdem das Auswärtige Amt bereits unmittelbar nach Kriegsausbruch in einem Weißbuch die Ursachen veröffentlicht hat, die über die letzte Phase der deutsch-polnischen Krise Aufschluß geben, legt es nunmehr eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten vor, die sich nicht auf die dem Kriegsausbruch unmittelbar vorhergehende Zeit beschränken, sondern die wesentlichsten politischen Ereignisse umfassen, aus denen sich zunächst der Konflikt mit Polen und dann der Konflikt mit England und Frankreich entwickelt hat.

Die 482 Dokumente, die in den Anlagen abgedruckt sind, sprechen eine so deutliche Sprache, daß sie keines Kommentars bedürfen. In ihrer diplomatischen Nüchternheit geben sie ein unmittelbares und ungeschminktes Bild von der politischen Entwicklung der letzten Jahre, ein Bild, das auch den, der diese Entwicklung in nächster Nähe miterlebt hat, immer wieder von neuem erschüttert und aufrüttelt. Sie zeigen den systematischen Ausschüttungskampf, den die Polen seit dem Weltkrieg gegen das Deutsche Reich in Polen und gegen Danzig geführt haben, sie zeigen das großjüdische und unendlich geduldige staatsmännliche Bemühen des Führers, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine dauerhafte, den Interessen beider Teile gerechtwerdende Grundlage zu stellen, sie zeigen demgegenüber die kurzfristige Verständnislosigkeit der polnischen Machthaber, die die ihnen von Deutschland immer wieder gebotene Möglichkeit, zu einem endgültigen Ausgleich zu kommen, zunachte machten. Vor allem aber sehen wir, wie unmittelbar nach der Konferenz von München der Kriegswille Englands immer deutlicher offenbar wird, und wie die britische Regierung dann schließlich die von ihr selbst absichtlich herbeigeführte Verblendung der Polnischen Regierung benutzte, um den seit langem geplanten Krieg gegen Deutschland zu entfesseln. Zwar würde es, um das heuchlerische und streichhafte Vorgehen der englischen Politik in seinem ganzen Umfang zu entlarven, einer Darstellung der gesamten Nachkriegszeit bedürfen, in der sich England jedem Versuche Deutschlands, sich aus den Fesseln des Versailles-Diktats zu befreien, hemmend in den Weg gestellt und jede Möglichkeit, die Realisation dieses Diktats auf dem Verhandlungswege herbeizuführen, immer wieder vereitelt hat. Aber es genügt, an Hand der in diesem Weißbuch zusammengestellten Dokumente die kurze Epoche seit dem Herbst 1938 ins Auge zu fassen, um zu erkennen, daß England von vornherein entschlossen war, mit Gewalt den Weg des Führers zu durchkreuzen, dessen genialer Staatskunst es gelungen war, schlimmste Verbrechen von Ver-

faillies ohne jedes Blutergießen und ohne jeden Eingriff in die Interessen Englands zu beseitigen, und der in der gleichen Weise auch eine friedliche Lösung der deutsch-polnischen Frage erzielt haben würde, wenn England nicht

Polen als Werkzeug seines Kriegswillens mißbraucht

und durch diese verbrecherische Politik Europa in den Krieg gestürzt hätte.

Diese für immer feststehende historische Tatsache ist aufs neue dadurch erhärtet worden, daß England das großzügige letzte Friedensangebot, das ihm der Führer noch einmal in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober gemacht hat, mit einer unerschämten und beleidigenden Herausforderung Deutschlands beantwortet hat. Im unerschütterlichen Bewußtsein seines Rechts und in unbeirrer Überzeugung seines Endzieles hat das deutsche Volk diese Herausforderung angenommen und wird nun die Waffen nicht früher aus der Hand legen, als bis es sein Ziel erreicht hat. Dieses Ziel ist: Die militärische Vernichtung der Gegner und dann die Sicherstellung des dem deutschen Volke zukommenden Lebensraumes gegen jede zukünftige Bedrohung.

Berlin, den 3. Dezember 1939.

von Ribbentrop
Reichsminister des Auswärtigen

Ruftrag Görings an Reichsleiter Bouhler

Am 2. Dezember wurde folgende Meldung über die Beauftragung des Reichsleiters Bouhler mit der Prüfung eingehender Hinweise und Beschwerden über Maßnahmen der Kriegswirtschaft und der Reichsverteidigung bekanntgegeben:

Generalfeldmarschall Göring hat als Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung Reichsleiter Bouhler den Ruftrag erteilt, alle bei ihm eingehenden Hinweise und Beschwerden einzelner Volksgenossen zu prüfen und nötigenfalls fördernd und unterstützend einzugreifen.

Reichsleiter Bouhler wird dabei nach den gleichen Gesichtspunkten verfahren, nach denen er als Chef der Kanzlei des Führers bereits die bei dem Führer eingehenden Zuschriften aus der Bevölkerung bearbeitet. Jeder Volksgenosse hat somit die Gewähr, daß berechtigten Beschwerden und Wünschen über Maßnahmen der Kriegswirtschaft und der Reichsverteidigung sofort nachgegangen und ihm im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten mit Rat und Tat geholfen wird.

Der Bedeutung dieser Aufgabe entsprechend wird Reichsleiter Bouhler hinfort regelmäßig an den Sitzungen des Ministerrats für die Reichsverteidigung teilnehmen.

Deutschland und die finnische Frage

Von deutscher Seite wurde am 7. Dezember nachstehende Verlautbarung über die finnische Frage und die Beziehungen Deutschlands zu den nordischen Ländern in den letzten 20 Jahren veröffentlicht:

Im Zusammenhang mit der nunmehr zum offenen Konflikt gewordenen sowjetisch-finnischen Krise ist von verschiedenen Seiten und vor allem aus der Lügenküche englischer und französischer Amts- und Redaktionsstuben versucht worden, Deutschland die Mitverantwortung an den Ereignissen im Norden zu unterstellen. Insbesondere wurde behauptet, Deutschland verleihe die von ihm selbstverständlich erwartete Unterstützung, Finnland zu helfen, mit dem es so viel gemeinsame Bande verknüpft.

Angesichts solcher ebenso böswilligen wie törichten und politisch kindlichen Unterstellungen erscheint es nötig, die Beziehungen Deutschlands zu den nordischen Ländern in den letzten 20 Jahren einer kurzen kritischen Prüfung zu unterziehen.

Es ist kein Zweifel, daß die Völker des Nordens in Deutschland immer eine besondere, auf historischen und gefühlsmäßigen Gründen beruhende Sympathie genossen haben. Diese Sympathie ist aber im Verlauf der letzten 20 Jahre mehr und mehr eine einseitige geworden. Das Deutsche Reich war in seiner Machtposition in Europa von keiner der natürlichen Freunde nordischer Interessen. Es ist diesem Grundsatze auch in seiner ganzen Geschichte immer treu geblieben und hat diese Einstellung den kleinen nordischen Ländern gegenüber unzählige Male unter Beweis gestellt.

Als nun das Deutsche Reich am Ende des Weltkrieges durch den Wortbruch der Alliierten in einen Zustand der Ohnmacht versetzt wurde, in dem es allen ungerechten und maßlosen Forderungen der sogenannten „Siegemächte“ wehr- und hilflos ausgeliefert war, hatte man in Berlin weniger auf eine aktive Hilfe — denn dazu waren natürlich diese Länder nicht in der Lage — als doch zumindest auf die Sympathie und die moralische Unterstützung der nordischen Länder in dem Unglück des deutschen Volkes gerechnet.

Das Gegenteil aber trat ein. In den für Deutschland so bitteren Jahren hat keines der Länder sein Gewicht gegen das dem deutschen Volke angetane ungeheuerliche Unrecht in die Waagschale geworfen. Jeder vernünftig Denkende mußte sich klar darüber sein, daß dieses Unrecht früher oder später seine Vergeltung nach sich ziehen und daß damit die Welt erneut in schwerste Unruhe geraten mußte, wenn es nicht gelang, rechtzeitig Reaktion zu schaffen.

Anstatt nun aber in dieser Richtung zu wirken, waren die nordischen Staaten von Anbeginn der Gründung des Senfer Völkerbundes die treuesten Anhänger und Verfechter dieses Systems, das in seiner ganzen Struktur auf nichts anderes, als die Niederhaltung Deutschlands auf ewige Zeiten abzielte.

Die nordischen Länder haben dem Völkerbund auch dann die Treue gehalten, als seine wahre Natur als Erzhüter von Versailles und als Hüter des Status quo auch dem nächsten politischen Gemüte klar geworden sein mußte.

Vergebens wartete Deutschland damals auf Zeichen der Sympathie, auf eine wirksame moralische Unterstützung, aber man war entweder zu uninteressiert oder man beschränkte sich auf ideologische laft- und kraftlose Auseinandersetzungen im Rahmen des Senfer Debattierklubs.

Immer mehr geriet der Norden in das Fahrwasser der englischen Politik.

Symptomatisch hierfür war auch die Haltung im Abessinien-Konflikt, als die Nordländer sich als solche eifrige Verfechter des Nachkriegs-Systems entpuppten, daß sie sich nicht nur in treuer Ergebenheit an den Sanktionsbeschlüssen gegen Italien beteiligten, sondern diese mit einer fast selbstmörderisch zu nennenden Gewissenhaftigkeit gegen Italien durchführten. Die wenigen erfreulichen Ausnahmen bestätigten nur diese Grundeinstellung.

Als in Deutschland der Nationalsozialismus die Macht übernahm und das Deutsche Volk unter Führung von Adolf Hitler begann, seine Fesseln abzuschütteln, da wurde von dem überwiegenden Teil der Presse des Nordens dieses Ereignis nicht etwa freudig begrüßt, sondern fast jeder Schritt zur deutschen Selbstständigkeit und jede Tat des Führers zur Beseitigung des Versailler Vertrages einer hemmungslosen Kritik unterworfen.

Im Namen des Fortschritts, im Namen der Humanität, im Namen des Liberalismus und der Demokratie wurde Deutschland in Verfall getan, beschimpft und wirtschaftlich boykottiert. Es gab kaum einen Tag, an dem nicht zahllose Blätter der nordischen Staaten an irgendeiner Handlung der deutschen Politik ihre anmaßende und beleidigende Kritik übten.

Jede Äußerung des Dritten Reiches wurde zu seinen Ungunsten ausgelegt und oft von den Blättern mit geradezu unverständlichen Angriffen begleitet. Bis in maßgebende Kreise hinein ging die systematische Ablehnung alles dessen, was aus dem Dritten Reich kam, so daß von deutscher Seite nicht selten offizielle Wege beschritten werden mußten, um diesem unerträglichen Zustande entgegenzutreten.

Besonders auffällig zeigten sich die Folgen der systematischen Feinde gegen Deutschland in den nordischen Ländern, als Deutschland im Laufe dieses Jahres bereit erklärte, mit den kleinen Staaten des Nordens Nichtangriffspakte abzuschließen. Während mit Dänemark und den baltischen Staaten die Verträge zum Abschluß kamen, waren es Schweden, Norwegen und Finnland, die sich desinteressiert zeigten, Schweden und Norwegen erklärten, aus prinzipiellen Gründen, Finnland aber hat damals den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit dem Deutschen Reich abgelehnt, obwohl Deutschland nicht das erste Land gewesen wäre, mit dem Finnland einen solchen Pakt abgeschlossen hätte.

Wenn auch damals deutschen politischen Kreisen die Haltung Finnlands unverständlich war, so geht man nach den Erfahrungen der seitherigen Entwicklung nicht fehl in der Annahme, daß der seinerzeitige finnische Entschluß in weitgehendem Maße von den englischen Kriegshehern beeinflusst war, von denen über andere skandinavische Politiker seither die lebhaftesten Fäden nach Helsingfors gesponnen wurden.

Diese Länder haben damit zu erkennen gegeben, daß ihnen in Wirklichkeit trotz ständig wiederholter Neutralitätsbeteuerungen an einer entschlossenen und gleichmäßigen Friedenseinstellung gegenüber allen Seiten nicht so viel gelegen war, wie an der Hoffnung auf das politische Überwiegen jener Seite, mit der man aus allerschweren unneutralen Gründen sympathisierte.

Es ist in diesem Zusammenhang für die eigenartige Auffassung von Neutralität im Norden bezeichnend, daß es gerade die skandinavischen Länder waren, die der Valencia-Regierung nicht nur bis zum Ende, sondern über dieses Ende hinaus, als sie überhaupt nicht mehr existierte, ihre Anerkennung und moralische Unterstützung gewährten, die franco längst gescheiterte Anerkennung dagegen noch zu einem Zeitpunkt verweigerten, als jedes hinausziehen nur als eine einseitige Parteinahme gegen franco, gegen Italien und gegen Deutschland ausgelegt werden konnte.

Weiter ist bezeichnend, daß alle diese Länder bis zum heutigen Tage noch jenem Senfer Völkerbunde angehören, dessen Artikel 16 noch nicht abgeschafft ist, jener berühmte Sanktionsartikel, durch den die kleinen Staaten für die Interessen Großbritanniens eingepaßt werden.

Seit Ausbruch des Krieges mit den Westmächten nun hat sich die Haltung der nordischen Länder nicht etwa geändert, sondern Deutschland, das keinerlei Divergenzen mit den nordischen Staaten hat und von jeher in seiner Geschichte für deren Interessen eingetreten ist, mußte wiederum erleben, daß es gerade die Staaten des Nordens waren, die in ihrer Presse und in ihren Handlungen alles andere als eine wohlwollende Haltung deutschen Belangen gegenüber einnahmen.

Jeden Land möge seine Sympathien da wählen, wo es ihm am besten dünkt. Es soll sich dann aber nicht darüber beklagen, wenn ihm seinerseits nicht jenes Maß an Sympathie entgegengebracht wird, auf das man bei ihm seit Jahren vergeblich gewartet hat.

Dem deutschen Volke ist durch die britischen Kriegsheher, die nicht zum wenigstens durch skandinavische Journalisten und Politiker unterstützt wurden, der letzte Krieg aufgezwungen worden. Es ist naiv und sentimental zugleich, zu erwarten, daß das deutsche Volk in dem Kampf um seine Zukunft nun plötzlich all den kleinen Staaten beistehen soll, die sich vorher nicht genug tun konnten, Deutschland zu schmähen und zu verunglimpfen.

Jahrrelang hat man das Reich zumindest mit kühler Gleichgültigkeit, ja mit hochmütiger Ablehnung, oftmals aber mit einer schlecht verhaltenen und offenen Feindseligkeit behandelt. Wie man in den Wald hineincruft, so schallt es auch wieder heraus. Das Deutsche Reich kennt sehr wohl die Verpflichtung der Dankbarkeit und der Treue, aber seine Freundschaft liegt nicht auf der Gasse, wo sich jeder nach Belieben sie wiedernehmen könnte, nachdem er sie vorher ausgeschlagen hatte.

Das Deutsche Reich hält denen die Treue, die ihm die Treue halten, das Deutsche Reich steht denen bei, die ihm beistehen, das Deutsche Reich nützt dem, der ihm nützt. Das deutsche Volk hat nichts gegen das finnische Volk, im Gegenteil. Das deutsche Volk hat keinerlei Feindschaft gegen die Völker des Nordens.

Es ist zu hoffen, daß die Leiter der Geschicke unserer nördlichen Nachbarn eines Tages sich darüber Gedanken machen und sich die Frage vorlegen werden, ob es besser ist, wie in den vergangenen Jahren, den Einflüsterungen englischer Völkerbundsapostel und Kriegsheher ein williges Ohr zu leihen oder dem natürlichen Interesse ihrer Völker nach einer Freundschaft mit dem deutschen Volke sichtbaren Ausdruck zu verleihen.

2. Militärische

Der Einsatz der älteren und jüngeren Jahrgänge

Hauptmann v. Kosenthal nahm in einem in der NSR. veröffentlichten Artikel über die Erfahrungsfrage in der Wehrmacht, vor allem die Frage des Einsatzes der älteren und der jüngeren Jahrgänge im gegenwärtigen Krieg u.a. wie folgt Stellung:

„Die Verwendung unvollkommen durchgebildeter Soldaten im Gefecht wird auf Grund der Erfahrungen des Weltkrieges heute strengstens vermieden. In diesem Krieg wurden und werden nur Kämpfer eingesetzt, die durch sorgfältige und gründliche Durchbildung für ihre verantwortungsvolle Aufgabe vorbereitet sind. So konnten im polnischen Feldzug größere Verluste erfolgreich vermieden werden.

Die strikte Einhaltung dieses Prinzips hat neben anderen Gründen dazu geführt, daß bei der Überführung der Wehrmacht in den mobilen Zustand weitgehend auf die älteren Jahrgänge, auf die Teilnehmer am Weltkriege zurückgegriffen wurde. Es ist dadurch eine Jahrgangsdichtung in der Truppe entstanden, die normalen Verhältnissen zweifellos nicht wohl entspricht. Schuld an dieser Erscheinung sind jedoch nicht Fehler in der Organisation des Wehrmachtsdienstes oder mangelhafte Erfassung. Sie war einfach bedingt durch die nicht so schnell zu überwindende Auswirkung des Versailleser Diktats, das uns während anderthalb Jahrzehnten in unserer Wehrhaftmachung schmähtliche Fesseln auflegte und die Bildung von Reserven durch militärische Ausbildung bestimmter Jahrgänge verbot.

Das ist jedoch nicht der einzige Grund für die notwendige Verwendung der älteren Soldaten. Ihr Einsatz war auch aus anderen Rücksichten unentbehrlich. Die Kriegserfahrung des Weltkriegskämpfers, sein kameradschaftliches Vorbild, seine unübertroffene Abgewogenheit zwischen kämpferischem Mut und Besonnenheit haben der jungen Wehrmacht viel Blut erspart. Ihm ist es zu verdanken, wenn die Verluste sich in so auffallend geringen Grenzen hielten. Was auch in noch so sorgfältiger Friedensausbildung nicht zu erlernen ist, das hat neben eigenem Erleben der junge Feldsoldat dem Viersigjährigen abgesehen, dem älteren Kameraden, der schon zum zweiten Male mit der Axt an der Schulter durch feindliches Land marschierte. Und auch in der Seelenhilfe des ersten Kriegserlebens fand der junge Rekrut oft genug Halt an der überlegenen Ruhe des erfahrenen Kriegers.

In gleichem Maße, wie die in jedem Feldzug neu zu sammelnde Kriegserfahrung Eigentum der jungen Truppe wird, werden nach und nach die älteren Frontsoldaten zur Entlassung in die Heimat kommen. Es sind Maßnahmen getroffen, die älteren Jahrgänge, insbesondere die Weltkriegsteilnehmer, allmählich aus der schreitenden Truppe durch jüngeren Ersatz abzulösen. Die Einzelzeitung und der planmäßige Ablauf dieser Maßnahmen kann natürlich nicht von heute auf morgen erfolgen. Ihre Dauer kann sich besonders bei gewissen Spezialtruppen, die eine technische Sonderausbildung erfordern, auf mehrere Monate erstrecken, ja, es wird aus diesen Gründen in Einzelfällen manche scheinbare Härte unvermeidlich sein. Jeder Einsichtige aber wird Verständnis dafür haben, daß ein solcher Plan in der Organisation und Durchführung nach großen Gesichtspunkten aufgebaut sein muß, er kann sich nicht nach Einzelfällen richten oder in jedem Falle das persönliche Schicksal bestimmter Familien berücksichtigen.

So manche Maßnahme, die von gutem Willen und mit bestem Können geleitet ist, mag hier und da eine unverständlich erscheinende Auswirkung haben, die nicht immer erklärt werden kann, sondern im Vertrauen auf die Führung hingenommen werden muß. Hier gilt es besonders für die Ehefrauen, Disziplin und Verständnis aufzubringen, bis der Ernährer und Familienvater zurückkehrt. Dieses Verständnis ist bei unseren Soldatenfrauen erfreulicherweise in weitestem Umfange festzustellen.

Im Krieg wird befohlen, wo der einzelne seinen Platz hat. Das ist eine klare militärische Notwendigkeit. Hier und da mag die Frage laut werden: „Warum stehen an der Front so viele Männer reiferen Alters, die schon im Weltkriege Waffen trugen. Muß es sein, daß der Familienvater draußen steht, während der Jüngling in der Heimat bleibt? Warum dieser Einsatz von Älteren, wenn doch so viele ungeübte Jugendhefste vorhanden sind?“

Und so mancher Deutsche Junge, der seiner Arbeitsdienstpflicht genügt hat, der vielleicht sogar beim Aufbauewerk in Polen zu seiner erdbräunten Arbeitsdienstuniform die Armbinde mit der Aufschrift „Deutsche Wehrmacht“ trug, ist heute enttäuscht, daß er trotz seiner Bindung zum Waffendienst noch nicht berufen wurde. Auch das wird sich im Laufe der geordneten planmäßigen Entwicklung, die seit langem vorausschauend eingeleitet ist, immer mehr ausgleichen. Noch kann nicht jede freiwillige Meldung sofort berücksichtigt werden. Die Ausbildungseinheiten der Ersatzwehrmacht fassen nur ein bestimmtes Maß von Menschen. Jeder aber wird an die Reihe kommen, wenn er

gebraucht wird. An jeden Wehrfähigen wird der Ruf zum Waffendienst ergehen. Es wäre daher falsch, den jungen Mann in der Heimat ob seiner Zivilkleidung schief anzusehen.

Es ist vielmehr ein Zeichen unserer unüberwindlichen Volkskraft, wenn uns in der Heimat die vielen jungen Gesichter begegnen, die oft genug gekennzeichnet sind von der schlecht verhaltenen Ungebild, „dabei“ zu sein. Es ist ein höchst erfreulicher Beweis, daß hinter den Hunderttausenden im grauen Roth der Front noch Abertausende bereitstehen, dem Rufe zum Einsatz zu folgen, wenn die Notwendigkeit es gebieten sollte. Das vorhandene Menschenreservoir läßt eine vorausschauende, wohl-geregelte Planung zu, ein ökonomisches Haushalten mit den vorhandenen Kräften. Darin liegt unsere Stärke! Das hat kein anderes Volk mit dem deutschen gemein.

Frankreich ist heute schon in ernstester Sorge um den zahlenmäßigen Bestand seiner Armees und seiner Volkskraft. Die französische Heeresleitung wird sich im Laufe eines längeren Krieges zum Auf-gebot der 17- bis 55jährigen gezwungen sehen, trotz des Vorhandenseins der farbigen Kolonial-truppen, deren Wert heute allerdings zweifelhafter denn je ist. Wir dagegen können dank der weit-blickenden Maßnahmen des neuen Reiches vertrauensvoll in die Zukunft schauen. In diesem Kriege sind in Deutschland nicht nur die Industrie, die Rohstoff- und Ernährungswirtschaft durch Reservereservoir in ihrem Bestand auf lange Zeit hinaus sichergestellt. Auch der ausschlaggebendste Faktor der Kriegsfüh-rung, der kämpfende Mensch, steht in ausreichender Zahl, besetzt von besten deutschen Eigenschaft, zu Erfüllung seiner Aufgaben für Volk und Reich bereit.“

3. Wehrmachtberichte

1. 12. 39

Im Westen geringe Artillerie- und Spähtruppentätigkeit.

Bei der Luftaufklärung über der Nordsee gerieten die eingeschickten Kräfte in ein schweres Unwetter. Vier Flugboote mußten auf See niedergehen und wurden teilweise beschädigt. Die Besatzungen sind sämtlich gerettet.

Keine besonderen Ereignisse.

2. 12. 39

Im Westen örtliche Spähtruppentätigkeit und geringes Artilleriefeuer.

An der Mosel- und Rheinflucht sowie in der Gegend von Karlsruhe und Freiburg geringe eigene und feindliche Jagdflieger-tätigkeit.

3. 12. 39

Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Englische Kampfflugzeuge versuchten am 3. 12. einen Angriff auf Helgoland. Die frühzeitig eingehende deutsche Abwehr verhinderte die planmäßige Durchführung des Angriffes. Außer einem Treffer auf einem kleinen Fischlogger ist kein Schaden angerichtet worden.

4. 12. 39

Im Westen keine besonderen Ereignisse.

An der Westfront abgesehen von etwas lebhafterem feindlichen Artilleriebeschußfeuer im Grenzgebiet ostwärts der Mosel nur örtlich geringe Gefechts-tätigkeit.

5. 12. 39

Keine besonderen Ereignisse.

6. 12. 39

Im Westen schwache örtliche Artillerietätigkeit.

Die Luftwaffe führte Aufklärungsflüge gegen England und Schottland durch. Die Aufklärer stießen wiederum bis zu den Shetlands vor. Bei einem Luftkampf westlich der holländischen Insel Texel stießen ein deutsches und ein englisches Flugzeug zusammen und stürzten ins Meer.

7. 12. 39

In den Abendstunden fanden fünf Einflüge britischer Flugzeuge von der Deutschen Bucht her nach Schleswig-Holstein statt. Flakfeuer zwang den Gegner zum Abdrehen nach Norden, wobei er ver-schleudert, über dänisches Hoheitsgebiet zu entkommen. Bomben wurden über deutschem Gebiet nicht abgeworfen.

8. 12. 39

Im Westen geringe örtliche Spähtruppentätigkeit.

Die Luftwaffe führte mit stärkeren Kräften Kontrollflüge über der Nordsee durch und streifte dabei auch die Ostküste Schottlands in niedriger Flughöhe ab. Eine deutsche Staffel wurde östlich des Firth of Forth von britischen Jägern erfolglos angegriffen. Auf dem Rückflug mußte ein deutsches Flugzeug wegen Motorstörung eine Notwasserung vornehmen. Die Besatzung verließ das Flugzeug im Schlauchboot. Flugabwehrkräfte zur Bergung der Besatzung sind unterwegs.

9. 12. 39

Im Westen an einigen Stellen der Front etwas lebhaftere Artillerietätigkeit. Zwischen Mosel und Rhein wurden durch einen Stoßtrupp südwestlich Metz auf französischem Boden zwei feindliche Unterstände gesprengt sowie drei weitere Unterstände unbrauchbar gemacht.

Die Luftwaffe führte ihre Aufklärungstätigkeit in vorwiegend haupt-sächlich über West- und Mittelfrankreich durch. Die deutschen Flugzeuge wurden an verschiedenen Stellen erfolglos von Jägern angegriffen und von Flakartillerie beschossen. Eigene Verluste sind nicht eingetreten.

Die britische Admiralität bestätigt die Torpedierung des Zerstörers „Jervis“ am 7. Dezember durch ein deutsches U-Boot.

10. 12. 39

Bei geringer örtlicher Infanterie- und Artillerietätigkeit verlief der gestrige Tag ohne besondere Ereignisse.

11. 12. 39

Zwischen Mosel und Pfälzer Wald an einzelnen Stellen der Front geringes Artilleriebeschußfeuer. Im übrigen verlief der Tag an der ganzen Westfront ruhig.

Am Westausgang des englischen Kanals wurden zwei britische Tanker von zusammen 18000 Tonnen versenkt.

Ostwärts der Mosel geringes feindliches Artilleriestörungsfeuer auf das Vorfeld.
Die Luftwaffe führte einzelne Erkundungsflüge gegen Großbritannien durch.

12. 12. 39, abends

Der Lloyd-Schnelldampfer „Bremen“ ist heute abend aus Obersee wieder in der Heimat eingetroffen.

Die Kriegsmarine hatte Maßnahmen für die sichere Einbringung des Schiffes getroffen. U. a. waren Flugzeuge eingesetzt, um dem Schiff den nötigen Schutz zu gewähren. In der Nordsee versuchte ein britisches U-Boot die „Bremen“ anzugreifen. Eines der zur Sicherung der „Bremen“ entsandten Flugzeuge drückte das englische U-Boot aber so unter Wasser, daß der Angriff verhindert wurde.

13. 12. 39

Im Westen örtliche Spähtrupp- und Artillerietätigkeit. In Gegend südostwärts Saarbrücken hob ein Spähtrupp in Stärke von 1 Offizier und 10 Mann einen feindlichen Stützpunkt auf französischem Gebiet aus. Der Feind verlor 3 Tote. Ein Offizier und 16 Mann wurden gefangengenommen. Der deutsche Spähtrupp kehrte ohne eigene Verluste zurück.

Im Zusammenhang mit der Rückkehr des Lloyd-Schnelldampfers „Bremen“ flogen in den Abend- und Nachtstunden des 12. 12. britische Flugzeuge in die deutsche Bucht ein. Frühzeitig von den Nordsee-Inseln und den Kriegsschiffen einsehendes Abwehrfeuer zwang den Gegner, ohne die Nordseeküste erreicht zu haben, im Küstenvorfeld umzukehren.

14. 12. 39

Neben geringem feindlichem Artilleriestörungsfeuer auf das Vorfeld an der Front zwischen Mosel und Rhein lebhaftere Spähtrupp-tätigkeit. An mehreren Stellen konnten wiederum Gefangene gemacht werden.

In den letzten Tagen fanden Operationen der Seekreiskräfte in der nördlichen Nordsee statt. Auf dem Rückmarsch ereignete sich bei einem leichten Kreuzer eine Unterwasserdetonation. Die Schäden sind geringfügiger Art, das Schiff ist in den Heimathafen zurückgekehrt.

Das Panzerschiff „Admiral Graf Spee“, eines der seit Kriegsausbruch in den atlantischen Gewässern operierenden Kriegsschiffe, ließ gegen den Geleitzugweg La Plata—Europäische Gewässer vor und versenkte die britischen Dampfer „Tairoa“ (7983 To.) und „Streonshall“ (3895 To.). Hierbei kam das Panzerschiff in Gefechtsberührung mit dem schweren englischen Kreuzer „Exeter“ und den leichten Kreuzern „Ajax“ und „Athilles“.

Bei dem Gefecht gelang es dem Panzerschiff, den zahlenmäßig überlegenen feindlichen Streikkräften schweren Schaden zuzufügen. „Exeter“ mußte sich nach schweren Treffern aus dem Gefecht zurückziehen. Einer der leichten Kreuzer wurde gleichfalls schwer beschädigt. Das Panzerschiff „Admiral Graf Spee“ erhielt seinerseits einige Treffer. Zur Zeit befindet es sich in dem Hafen von Montevideo (Uruguay).

Die britische Admiralität teilt den Verlust des Zerstörers „Duchess“ in den heimischen Gewässern mit.

15. 12. 39

Ein einzelnes britisches Bombenflugzeug, das gestern den Fliegerhorst Borkum, ohne Bomben zu werfen, anflog, wurde durch unsere Flugabwehr vertrieben.

Zwei weitere britische Kampfflugzeuge versuchten, die Insel Sylt anzugreifen. Vier abgeworfene Bomben fielen außerhalb der Insel ins Meer.

Großen Umfang nahm in den Nachmittagsstunden ein Lufthkampf an, der sich aus dem Angriff britischer Kampfflugzeuge im Gebiet der nordfriesischen Inseln entwickelte.

Deutsche Jäger schossen von den 20 Angreifern zehn ab. Ein deutsches Flugzeug mußte auf See niedergehen.

Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Der Kampf

Die erste Dezemberhälfte brachte an der Westfront keine besonderen Ereignisse. Am 8. Dezember wurden durch einen deutschen Stoßtrupp südlich Metzsig einige französische Unterstände gesprengt, und am 12. Dezember brachte ein eigener Spähtrupp zahlreiche Franzosen als Gefangene ein. Sonst nahmen das tägliche Artillerie-Störungsfeuer und die allgemeine Spähtruppstätigkeit keinen besonderen Umfang an.

Die deutsche Luftwaffe setzte ihre Aufklärungsstätigkeit über der Nordsee, gegen Ostschottland und die Shetlands erfolgreich fort. Am 7., 13. und 14. Dezember versuchten die Briten die deutsche Nordseeküste anzufliegen. Sie wurden jedesmal verlustreich abgewiesen.

Zwischen Wangerooze und Spiekerooz ist es am 14. Dezember nachmittags zu einem großen Luftkampf zwischen deutschen Jagdflugzeugen und englischen Bombenflugzeugen gekommen. Die Engländer, die frühzeitig erkannt wurden, hatten 12 Langstrecken-Bomber, ihr modernstes Kampfflugzeug, eingesetzt. Der englische Verband wurde von den bewährten Messerschmitt-Flugzeugen angegriffen und in Kürze verprengt. Hierbei wurden 10 Engländer abgeschossen. Ein deutsches Jagdflugzeug mußte auf See niedergehen.

Auch die Kriegsmarine hatte in der Berichtszeit gute Erfolge zu melden. In der Zeit von Kriegsbeginn bis zum 29. November 1939 sind durch U-Boote oder Minen versenkt:

a) nach bereits bestätigten Meldungen:

162 Schiffe mit	639 689 Br.R.T.
davon 52 neutrale Schiffe mit	185 248 Br.R.T.

b) nach sonstigen Meldungen weitere

32 Schiffe mit	96 079 Br.R.T.
davon 16 neutrale Schiffe mit	39 321 Br.R.T.

Damit sind die Gesamtverluste seit Kriegsbeginn auf 194 Schiffe mit 735 768 Br.R.T. gestiegen.

In dieser Zahl ist ein besonders hoher Prozentsatz an versenkten Tankern enthalten, und zwar beträgt

der versenkte Tankraum	150 876 Br.R.T.
------------------------	-----------------

bei einer durchschnittlichen Tonnage des einzelnen Tankers von 7500 Br.R.T.

Unter Berücksichtigung der bekannten Tatsache, daß von englischer Seite die Verluste an eigenen Schiffen, insbesondere in der Nähe der englischen Küste, verschwiegen werden, sind die Gesamtverluste noch wesentlich höher anzusetzen.

Am 8. Dezember gab die britische Admiralität den Verlust des Zerstörers „Blanche“ bekannt. Im Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 15. November war erwähnt, daß ein damals noch ungenannter britischer Zerstörer auf eine deutsche Mine gelaufen sei. Die britische Admiralität hat fast einen Monat dazu gebraucht, bis sie den Verlust des Zerstörers unter Namensangabe — „Blanche“ — bekanntgegeben hat. Aus dieser späten Bekanntgabe spricht das Eingeständnis der eigenen Schwäche gegenüber den deutschen Erfolgen im Seekrieg.

„Blanche“ gehört zur „Beagle“-Klasse der britischen Zerstörer, die 1929 auf Kiel gelegt und 1931 fertiggestellt wurden. Flottillenführerschiff ist der Zerstörer „Keith“ mit 1400 Tonnen, während die acht Zerstörer der „Beagle“-Klasse sämtlich 1360



Zum siegreichen Seegefecht des Panzerschiffes „Admiral Graf Spee“ vor der La Plata-Mündung

Nach über dreimonatiger erfolgreicher Handelskriegführung im Südatlantik kam das Panzerschiff „Admiral Graf Spee“ am 13. Dezember vor der La Plata-Mündung in Gefechtsberührung mit drei englischen Kreuzern und beendete das Gefecht siegreich. (Siehe Bericht auf der nebenstehenden Seite.)

Tonnen Wasserverdrängung haben. Ihre Besatzung beträgt je 138 Mann. Die Zerstörer laufen 35 Knoten und sind mit fünf 12-Zentimeter-Geschützen und vier Maschinengewehren ausgerüstet. Dazu kommen zwei 4-Zentimeter-Flakgeschütze und acht Torpedorohre in Vierlingsgruppen an Deck.

Mit stolzer Freude hörte das deutsche Volk die Nachricht, daß die „Bremen“ gegen alle englischen Versuche, dieses stolze Schiff zu kapern oder zumindest es zu versenken, siegreich geblieben und sicher in der Heimat angekommen ist. Seitdem die „Bremen“ aus New York auslief, sind drei Monate vergangen, drei Monate, die angefüllt waren mit verzweifeltsten englischen Versuchen, sich gerade dieses deutschen Spitzenschiffes zu bemächtigen und so wenigstens dieses eine Mal das stark lädierte Ansehen britischer Seegelung ein wenig aufzupolieren. Es hat den Engländern aber nichts genutzt, daß sie Tag für Tag sich abmühten, dieses stolze deutsche Handelsschiff zu fangen. Die Kühnheit und die seemännische Kunst seines Kommodore, die Tapferkeit und Fähigkeit seiner Besatzung haben allen Nachstellungen des „meerbeherrschenden Albion“ ein Schnippschen um das andere geschlagen und damit abermals das Britenwort, daß England die Meere beherrsche, als eitle Prahlerei entlarvt. Aber die Weltmeere ging die Jagd, und doch ist die „Bremen“ gut und sicher nach Hause gekommen.

Die „Bremen“ verließ am 22. August mit etwa 1700 Passagieren Bremerhaven und kam Ende August in New York an. Die angesichts der drohenden Kriegsgefahr vorgehene sofortige Rückkehr wurde von den New-Yorker Hafenbehörden unter dem Vorwand einer Durchsuchung auf Waffen vereitelt. Erst mit 36stündiger Verspätung konnte am 31. August die Ausreise angetreten werden. Nach Durchbrechung der englischen Sperrlinie und Abschüttelung aller Verfolger traf die „Bremen“ nach einwöchiger Fahrt in dem nordrussischen Hafen Murmansk ein, wo sie bis Anfang Dezember liegenblieb. Von hier aus gelang dann der erfolgreiche Durchbruch durch die englische Blockadelinie und die Rückkehr nach Bremerhaven am 12. Dezember. (Ausführlicher Bericht siehe Seite 17.)

Seit 3¼ Monaten kreuzen deutsche Kriegsschiffe auf den Weltmeeren. Sie haben in dieser Zeit der englischen Schifffahrt schwersten Schaden zugefügt und haben britische Schiffe gestellt, wo sie sie trafen. Es ist verständlich, daß über die Heldentaten der deutschen Kriegsschiffe auf der hohen See bisher nur spärliche Nachrichten in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Der wahre Umfang der großen Erfolge, die die deutschen Kriegsschiffe errungen haben, wird erst später bekannt werden können. Natürlicherweise können die fern der Heimat operierenden deutschen Seestreitkräfte nicht laufend Berichte über ihre Taten in die Heimat senden.

Seit 3½ Monaten haben die Engländer ununterbrochen Jagd auf diese deutschen Schiffe gemacht, ohne daß es ihnen dank der überlegenen deutschen Seekriegsführung bislang gelungen wäre, irgendeinen Erfolg zu erzielen. Die deutschen Kreuzer operierten, wie es ihnen gefiel. Sie haben in dieser Zeit ein englisches Schiff um das andere versenkt. Nunmehr kommt aus Südamerika die Nachricht, daß das deutsche Panzerschiff „Admiral Graf Spee“ vor der La Plata-Mündung, die bisher als ein unbestrittenes Hoheitsgebiet der englischen Hochseeflotte betrachtet wurde, drei englische Kreuzer, die dort Patrouillendienste verrichteten, zum Kampf gestellt hat und das Gefecht siegreich beendete.

Das Panzerschiff „Admiral Graf Spee“ traf am 13. Dezember bei der Unternehmung des französischen Frachtdampfers „Formosa“ etwa 20 Seemeilen östlich von Punta del Este auf den englischen Kreuzer „Exeter“, mit dem es sofort den Kampf aufnahm. Später eilten die beiden englischen Kreuzer „Achilles“ und „Ajax“ der schwer bedrängten „Exeter“ zu Hilfe, so daß sich das deutsche Panzerschiff einer zahlenmäßig überlegenen Gegnerkraft gegenüber sah. Trotzdem wurde der Kampf erfolgreich durchgeführt. Der Kreuzer „Exeter“ mußte, von schweren Salven des „Graf Spee“ zugebedet und zusammengeschossen, das Kampffeld verlassen und wurde später völlig manövrierunfähig in der La Plata-Mündung auf eine Sandbank gesetzt. Von den beiden anderen englischen Kreuzern, die beide schwere Treffer erhielten, wurde „Ajax“ durch Beschädigungen an den Geschütztürmen besonders mitgenommen. Bei der „Exeter“ wurde die Kommandobrücke weggefegt und eine der Maschinen außer Betrieb gesetzt, auch in den Aufbauten waren überaus schwere Beschädigungen zu verzeichnen. Das Panzerschiff „Admiral Graf Spee“, das einige Treffer er-

halten hatte, die zwar seine Seetüchtigkeit, aber nicht seine Kampfkraft einschränkten, lief am Abend des 13. Dezember in den Hafen von Montevideo ein. Das Panzerschiff hatte nach neutralen Angaben mindestens 50 000 Tonnen Schiffsraum verrenkt und führte die Kapitäne von 6 britischen Dampfern sowie ihre Offiziere und Mannschaften an Bord, die in Montevideo an Land gesetzt wurden.

Nach mehr als drei Monate langem erfolgreichem Handelskrieg, in dessen Verlauf das Schiff keinen einzigen Stützpunkt hat in Anspruch nehmen können, war nun das deutsche Panzerschiff gegen einen zahlenmäßig stärkeren Gegner erfolgreich geblieben. Seinen sechs 28-Zentimeter-Geschützen und acht 15-Zentimeter-Geschützen standen sechs 20,3-Zentimeter-Geschütze des englischen Schwere Kreuzers „Egret“ und sechzehn 15,2-Zentimeter-Geschütze der beiden leichten englischen Kreuzer gegenüber. Dazu kamen 24 Geschütze zu 10,2 Zentimeter auf allen drei englischen Kreuzern, denen nur sechs Geschütze zu 8,8 Zentimeter des deutschen Panzerschiffes entgegengestellt werden konnten. Die deutsche Öffentlichkeit erhielt bereits am Tage nach dem Gefecht vom Großdeutschen Rundfunk in einer direkt aus Montevideo aufgenommenen Reportage einen Bericht, der in dramatischer Weise den Verlauf des für das deutsche Panzerschiff siegreichen Kampfes veranschaulichte.

Die bei dem siegreichen Gefecht gefallenen 36 deutschen Seemänner wurden am 15. Dezember auf dem deutschen Friedhof in Montevideo unter allerstärkster Anteilnahme der Bevölkerung feierlich beigesetzt. Auch die englischen Kapitäne, die sich als Gefangene an Bord des deutschen Kriegsschiffes befunden hatten, gaben den Toten das Geleit. Neben den 36 Toten beliefen sich die Verluste an Bord des deutschen Panzerschiffes außerdem auf 59 Verletzte. Es wurde bekannt, daß die Engländer unter Bruch des Völkerrechts auf das deutsche Panzerschiff Gasgranaten verfeuerten, wobei insbesondere Senfgas verwendet wurde.

Nachdem die Regierung von Uruguay die Frist, die zur Wiederherstellung der Seefähigkeit des Panzerschiffes „Admiral Graf Spee“ benötigt wurde, nach englischem Druck unter Bruch des internationalen Rechts und Brauches versagt hatte, wurde das Panzerschiff auf Befehl des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht am 17. Dezember bei Sonnenuntergang außerhalb der uruguayischen Hoheitsgewässer von seiner Mannschaft gesprengt und vernichtet, da es infolge seiner unzureichenden Seetüchtigkeit einen Kampf mit der vor der La Plata-Mündung zusammengezogenen englischen Flottenübermacht nicht aufnehmen konnte. Es ging mit wehender Kriegsflagge unter. Die Besatzung wurde von dem deutschen Landdampfer „Tacoma“ aufgenommen und nach Buenos Aires gebracht.

Im übrigen ist noch zu berichten, daß der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Dr. h. c. Raeder, in Wilhelmshaven am 6. Dezember Besatzungen von Streitkräften des Führers der Zerstörer besichtigte.

Zwölf Wochen Seekriegführung

Als der Führer in den Morgenstunden des 1. September den Befehl zur Abwehr der polnischen Provokationen gab, erging sein Ruf auch an die Kriegsmarine, die den Schutz der Ostsee übernahm und mit der Abschließung der Danziger Bucht aktiv an den militärischen Operationen gegen Polen beteiligt wurde. Teile der deutschen Seekräfte nahmen Positionen vor der Danziger Bucht ein und beschossen die Befestigungen auf der Halbinsel Gela und den Kriegshafen Gela; Marine-Fliegerverbände griffen wiederholt den Kriegshafen Gdingen mit Bomben an. Gleichzeitig nahm das in Neufahrwasser liegende ehemalige Linien Schiff und jetzige Schulschiff „Schleswig-Holstein“, das wenige Tage vor Beginn des deutschen Abwehrkampfes zu einem Besuch in Danzig eingelaufen war, die von den Polen vertragswidrig stark besetzte Westerplatte unter Feuer. Auch die im Kriegshafen von Gela liegenden Einheiten der kleinen polnischen Marine, die durch die Flucht von drei Zerstörern nach England noch vor Ausbruch des Konfliktes geschwächt worden war, wurden durch das Feuer deutscher Zerstörer in wenigen Tagen vernichtet, unter ihnen die beiden in Frankreich erbauten polnischen Kleinkampfschiffe, der Zerstörer „Wicher“ und der Minenleger „Gryf“ und drei von den fünf polnischen U-Booten.

Der weitere Einsatz der Kriegsmarine in der Danziger Bucht galt der Unterstützung der Operationen zu Lande. Am 7. September ergab sich die Besatzung der Westerplatte in Danzig, nachdem ihr Widerstand durch die Sturmkompanien der „Schleswig-Holstein“, die von der See her angriffen, und durch die von der Landseite angreifenden Sturmtruppen eines Pionierbataillons und der Danziger SS-Heimwehr unter Artillerieunterstützung des Schulschiffes gebrochen worden war. Auch die Operationen des Heeres gegen Gdingen und die Halbinsel Gela erfolgten mit Unterstützung der Seestreitkräfte, die die polnischen Batterien erfolgreich beschossen. So ermöglichten die deutschen Kriegsschiffe durch Erzwingung der Südeinfahrt in den Hafen von Gdingen am 14. September die Einnahme dieser Stadt, die nach ihrer Besetzung auf Befehl des Führers den Namen Gotenhafen erhielt. Am 19. September folgte wiederum mit Unterstützung der Seestreitkräfte, die Einnahme des Kriegshafens Gdingen. Als letzter Stützpunkt deutschen Widerstandes ergab sich die besetzte Halbinsel Gela am 1. Oktober bedingungslos, noch bevor der von Heer und Kriegsmarine gemeinsam vorbereitete Angriff durchgeführt wurde. Mit diesem Ereignis, bei dem auch der polnische Flottenchef gefangen genommen wurde, endete der erfolgreiche Einsatz der Kriegsmarine beim Kampf gegen Polen.

Inzwischen hatte die Kriegsmarine im Kampf gegen England wesentliche Erfolge erzielt. Bereits einen Tag nach der englischen Kriegserklärung waren die Sicherungsmaßnahmen für die deutsche Küste planmäßig durchgeführt; eine Reihe von Minen suchenden Unternehmen in der Nord- und Ostsee sicherten die weiteren Operationen.

Die Seekriegführung gegen England konzentrierte sich auf den Handelskrieg. Maßgebend war die Tatsache, daß die Ostsee auf Grund der Neutralitätserklärungen der in Frage kommenden Länder und der Richtangriffspakte Deutschlands mit Dänemark, den baltischen Ländern und vor allem Sowjetrußland als neutral gelten konnte, und daß die deutsche Überlegenheit in diesem Raum unbestritten war. Im übrigen hing der Erfolg des Handelskrieges von der militärischen Beherrschung der Nordsee und der atlantischen Zufahrtsstraßen ab. In kühnen Angriffen gelang es der deutschen Kriegsmarine, die Seeherrschaft über die Nordsee zur Geltung zu bringen und im Atlantischen Ozean der britischen Herrschaft empfindliche Schläge zuzufügen.

Deutschland war von vornherein bereit, den Krieg zur See streng gemäß den Regeln des Völkerrechtes durchzuführen. Die deutsche Brisenordnung vom 28. August entsprach den Grundsätzen des geltenden Völkerrechtes. Die britische Regierung brachte jedoch am 4. September mit der Veröffentlichung ihrer Vannagutlisten, in denen auch Nahrungs- und Futtermittel als bedingtes Vannagut erschienen, sofort ihre

Wachung gegenüber völkerrechtlichen Bestimmungen zum Ausdruck, soweit sie die englischen Absichten hindern konnten. In kräftigstem Widerspruch mit ihrer zu Beginn des Krieges gegebenen feierlichen Versicherung, die Zivilbevölkerung schonen zu wollen, setzte sie sich durch die Bestimmungen über die Konterbande über alle anerkannten Regeln der Seekriegsführung hinweg und eröffnete damit in aller Form die Hungerblockade gegen Frauen und Kinder. Es zeigte sich bald, daß durch diese Art der Seekriegsführung weniger das vorsorglich gegen eine Blockade bestens gerüstete Deutschland als vielmehr die kleinen neutralen Länder in Europa getroffen wurden. Die deutsche Regierung sah sich genötigt, durch das Gesetz zur Änderung der Preisenordnung vom 12. September entsprechend dem britischen Vorgehen den Kreis des Wanngutes ebenfalls zu erweitern. Deutschland war auch weiterhin, wie der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Raeder, einem holländischen Journalisten am 19. September erklärte, bestrebt, den neutralen Handel soweit wie irgend möglich zu schonen. Es hoffte dabei, daß die Neutralen sich selbst gegen die Verletzung ihrer Rechte durch England tatkräftig zur Wehr setzen würden.

Als Hauptträger der deutschen Handelskriegsführung erwies sich bald die U-Boot-Waffe. Bereits Mitte September wurden die britischen Schiffsverluste in London mit 30 Dampfern und etwa 190 000 Brutto-Register-Tonnen offiziell angegeben. Die britischen Gesamtverluste erhöhten sich bis zum 25. Oktober auf 475 321 Tonnen. Angesichts dieses Erfolges war der Verlust von drei U-Booten, mit dem zu diesem Zeitpunkt gerechnet werden mußte, als gering zu erachten. Ende November näherte sich die Zahl der britischen Schiffsverluste der $\frac{1}{4}$ -Millionen-Grenze.

Mit welcher Kühnheit dabei die deutschen U-Boote vorgingen, bewies unter anderen Fällen am 14. September jenes U-Boot, das bei der Durchsichtung des englischen Dampfers „Janadhead“ zwei angreifende englische Flugzeuge abschloß. Auch das Geleitzugsystem, zu dem England angesichts der Erfolge der deutschen U-Boote in der Nordsee und im Atlantischen Ozean überging und das durch die damit verbundene Verringerung der Fahrtgeschwindigkeit eine empfindliche Einbuße an Frachtraum für England bedeutete, bot keinen Schutz gegen die deutschen U-Boote. So wurde, wie Anfang November aus Norwegen verlautete, ein aus 24 Fahrzeugen bestehender Geleitzug, der in Begleitung englischer Kriegsschiffe von Gibraltar nach England fuhr, von drei deutschen U-Booten angegriffen, die fünf Frachtschiffe aus dem Geleitzug heraus versenkten. Eins der deutschen U-Boote versenkte Mitte November allein in wenigen Tagen 26 000 Tonnen und brachte eine Prise ein.

Die für England besonders wichtige Zufuhr aus Skandinavien wurde durch Verbände von Zerstörern und Torpedobooten kontrolliert, die oft bis weit in die nördliche Nordsee vorstießen, Hunderte von Frachtdampfern auf Wannware untersuchten und, soweit sie Wannware mit sich führten, als Preisen einbrachten.

Den deutschen U-Booten, die sich bei der Bekämpfung der englischen Kriegsflotte, wie noch zu zeigen ist, nicht weniger auszeichneten als im Blockadefrieg, wurde am 28. September eine besondere Ehre zuteil, als der Führer bei einem Besuch in Wilhelmshaven die Besatzungen einiger von der Feindschiff zurückgekehrter U-Boote begrüßte. Die Einführung des U-Boot-Kriegsabzeichens 1939 am 13. Oktober war ein weiteres Zeichen der Anerkennung für diese scharfe Waffe Deutschlands gegen England.

England, das sich der Beherrschung aller Meere gerühmt hatte und unermüdlisch danach trachtete, unter Hinweis auf die angeblich von ihm gesicherten Seewege die neutralen Länder für seine Zwecke einzusetzen und die neutrale Seeschifffahrt in die Gefahren des deutschen U-Boot-Krieges zu locken, mußte bald erkennen, daß seine Herrschaft in der Nordsee gebrochen und die Aktionsfähigkeit seiner Flotte stark in Frage gestellt war. Während gleich zu Beginn des Krieges, am 4. September, ein Angriff englischer Kampfflugzeuge modernster Bauart auf Wilhelmshaven und Cuxhaven sowie auf die in den Flußmündungen liegenden deutschen Seestreitkräfte von der deutschen Jagd- und Flakabwehr unter Verlust von mehr als der Hälfte der englischen Kampfflugzeuge abge schlagen wurde, gelang es den deutschen Seestreitkräften im Verein mit der Luftwaffe, die englische Seeherrschaft empfindlich zu treffen. Am 18. September mußte die britische Admiralität den Verlust des Flugzeugträgers „Courageous“ durch ein deutsches U-Boot eingestehen. Ein weiteres



Das Operationsgebiet der deutschen See- und Luftstreitkräfte in der Nordsee

Kriegsmarine und Luftwaffe erbrachten in den bisherigen dreieinhalb Kriegsmo-
 naten den Beweis, daß die uneingeschränkte Herrschaft Englands über alle Meere
 der Vergangenheit angehört. Kühne Angriffsflüge der Luftwaffe führten bis zu
 den Shetland-Inseln, während deutsche Seestreitkräfte am 26. November in den
 nördlichen Atlantischen Ozean zwischen Grönland und Island vorstießen und süd-
 östlich von Island den britischen Hilfskreuzer „Kawalpindi“ durch Granatfeuer
 versenkten.

U-Boot versenkte wenige Tage später einen englischen Zerstörer. Am 26. September griffen deutsche Luftstreitkräfte englische Seestreitkräfte, Schlachtschiffe, Flugzeugträger, Kreuzer und Zerstörer in der mittleren Nordsee an. Dabei wurde ein Schlachtschiff — nach französischen Rundfunkmeldungen das größte britische Schlachtschiff „Hood“ — durch zwei 250-Kilo-Bomben schwer beschädigt.

Gleich am folgenden Tage wurde ein schwerer britischer Kreuzer bei der Füle of Ray von einer Kampfstaffel angegriffen und durch einen Volltreffer mit einer 250-Kilo-Bombe in das Vorschiff schwer beschädigt. Am 7. Oktober begannen gemeinsame Operationen von schweren und leichten Seestreitkräften sowie Luftstreitkräften in der nördlichen Nordsee und an der nordwestlichen Westküste, in deren Verlauf englische Seestreitkräfte gestellt und schwerstens geschädigt wurden. Bei der Unternehmung, die bis weit in die nördliche Nordsee führte, wurden nördlich der Shetland-Inseln am 9. Oktober schwere englische Seestreitkräfte gestellt und von deutschen Fliegern angegriffen. Sechs Treffer schwerer Kaliber und vier Treffer mittlerer Kaliber wurden auf englischen Kreuzern erzielt.

Der bisherige Verlauf des Seekrieges in der Nordsee bewies, daß die englischen Seestreitkräfte sich nur selten in der Nordsee zeigten und auch im äußersten Norden der Wachsamkeit der deutschen Kriegsmarine und Luftwaffe nicht entgingen. Daß die britischen Kriegsschiffe aber auch in ihren Schlupfwinkeln der schottischen Felsbuchten nicht vor dem deutschen Angriff sicher waren, zeigte Kapitänleutnant Brien, der am 13. Oktober mit seinem U-Boot in die durch modernste Abwehrvorrichtungen gesicherte Bucht von Scapa Flow eindrang, dort das 29150 Tonnen große britische Schlachtschiff „Royal Oak“ versenkte und ein weiteres Schlachtschiff, die 32000 Tonnen große „Repulse“ torpedierte und schwer beschädigte. Es gelang dem deutschen U-Boot, trotz der sofort erfolgenden gegnerischen Abwehr den feindlichen Schlupfwinkel wieder zu verlassen. Die Verleihung des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes an Kapitänleutnant Brien durch den Führer war die Anerkennung dieser kühnen Tat, die in der ganzen Welt ungeheures Aufsehen erregte. Ihr folgte bereits zwei Tage später ein Angriff deutscher Kampfflugzeuge auf die im Firth of Forth liegenden englischen Kriegsschiffe. Die britischen Kreuzer „Southampton“ und „Edinburgh“ und der Torpedojäger „Mohawt“ wurden durch deutsche Bomben beschädigt. Wiederum zwei Tage später stießen deutsche Luftstreitkräfte auf Scapa Flow vor und bombardierten britische Schlachtschiffe. Die Beschädigung des 21000-Tonnen-Schlachtschiffes „Iron Duke“ wurde von der britischen Admiralität zugegeben.

Immer ausgreifender wurden die deutschen Unternehmungen gegen die britische Seeherrschaft. Am 13. November unternahm trotz ungünstiger Wetterlage ein deutscher Kampffliegerverband einen Angriffsflug gegen die Shetland-Inseln, bei dem zwei Flugboote zerstört wurden. Ein vermutlicher Treffer auf einem englischen Kreuzer konnte nicht mit Sicherheit beobachtet werden. Die deutschen Flugzeuge kehrten sämtlich wohlbehalten von diesem schon rein fliegerisch bedeutsamen Flug zurück. Ein weiterer Luftangriff auf die Shetland-Inseln, bei dem wieder ein englisches Flugboot in Brand geschossen wurde, erfolgte am 22. November. Am Tage darauf bestätigte ein deutsches U-Boot die bereits in der amerikanischen Presse verbreitete Meldung, daß von ihm im Firth of Forth der britische Kreuzer „Welfast“ (10000 Tonnen) torpediert wurde. Am 25. November wurden bei einem deutschen Luftangriff in der nördlichen Nordsee vier Volltreffer auf englischen Kriegsschiffen, darunter ein 5200-Tonnen-Kreuzer, erzielt. Deutsche Seestreitkräfte unter Führung von Vizeadmiral Marschall stießen am 26. November in den nördlichen Atlantischen Ozean zwischen Grönland und Island vor, ohne von britischen Seestreitkräften daran gehindert zu werden. Der rund 17000 Tonnen große britische Hilfskreuzer „Kamalpindi“ wurde südöstlich von Island von den deutschen Streitkräften durch Granatfeuer in kürzester Frist versenkt.

Eindringlich bewies dieses Unternehmen, daß die britische Seeherrschaft auch im nördlichen Teil des Atlantischen Ozeans und besonders im nördlichen Zugang zur Nordsee von den deutschen Seestreitkräften zum mindesten schwer erschüttert war. Am 28. November schließlich reiste Kapitänleutnant Brien einen neuen glänzenden Erfolg an seine kühne Tat von Scapa Flow, als er östlich der

Shetland-Inseln einen britischen schweren Kreuzer der London-Klasse (fast 10 000 Tonnen) torpedierte.

Die deutsch-englische Auseinandersetzung zur See erhielt um die Mitte des Monats November eine neue Note, als an der englischen Ostküste die Gefährlichkeit des Minenkrieges sich in vollem Umfange auswirkte. Fast täglich fiel eine Anzahl von englischen und neutralen Dampfern den dort ausgelegten Minen zum Opfer, so daß Ende des Monats die Themse- und die Humbermündung von den zahlreichen Bracks fast blockiert waren. Besonders Auffehen erregte der Untergang des holländischen Passagierdampfers „Simon Bolivar“ und des 12 000 Tonnen großen japanischen Dampfers „Terukuni Maru“. Bezeichnend war, daß die Verluste nicht auf den üblichen Schifffahrtswegen auftraten, sondern verursacht wurden durch die Kurse, die die neutralen Schiffe unter englischem Zwang nehmen mußten, um zu den englischen Kontrollhäfen zu gelangen. Von englischer Seite wurde von geheimnisvollen „magnetischen“ Minen gesprochen, die von Deutschland gelegt worden seien.

Die britische Regierung nahm dies zum Vorwand, zur weiteren Verschärfung der Blockade gegen Deutschland und damit gegen Europa die Beschlagnahme aller deutschen Ausfuhrwaren auf neutralen Schiffen vom 4. Dezember ab anzukündigen. England fügte mit diesen sogenannten „Repressalien“ seinen bisherigen widerrechtlichen Maßnahmen einen weiteren Völkerrechtsbruch zu, der die neutralen Länder in die größten Schwierigkeiten bringen mußte.

England begründet diese Maßnahmen damit, daß der angeblich von Deutschland geführte Minenkrieg den völkerrechtlichen Bestimmungen widerspreche. Von deutscher Seite wurde hierzu klargestellt, daß, vorausgesetzt, die Minen an der englischen Ostküste seien deutschen Ursprungs, Deutschland auf Grund des Völkerrechts hierzu berechtigt ist, weil es sich um Gebiete handelt, in denen sich der normale Seeverkehr nicht abwickelt und die von britischen Kriegsschiffen benützt wurden, also um regelrechte Kriegsgebiete. Jedenfalls eröffnete das Auftreten der Minengefahr gegen Ende des ersten Vierteljahres des Krieges ein neues, in militärischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht äußerst folgenreiches Kapitel der Seekriegführung.

Die Rückkehr der „Bremen“

Das Flaggschiff des Norddeutschen Lloyd, der 51 600-Tonnen-Schnelldampfer „Bremen“, traf am 12. Dezember nach zweimaliger Durchbrechung der britischen Blockade wieder in seinem Heimathafen ein. Das Schiff war am 22. August mit 1700 Passagieren an Bord nach New York ausgelaufen, wo es Ende des Monats eintraf. Angesichts der drohenden Kriegsgefahr sollte sofort die Rückreise nach Deutschland angetreten werden. Diese Absicht wurde jedoch von den New-Yorker Hafenbehörden unter dem Vorwand einer Durchsuchung auf Waffen 36 Stunden lang hinausgezögert, um das stolze deutsche Schiff den Engländern in die Hände zu spielen.

Trotz der überaus ungünstigen Vorbedingungen für eine erfolgreiche Rückkehr in die Heimat wagte Kapitän Ahrens mit seiner tapferen Besatzung den Durchbruch durch die englischen Sperrlinien. Er vertraute dabei auf die Schnelligkeit seines bewährten Schiffes und auf die für dieses Wagnis besonders günstigen Wetterverhältnisse. So konnten alle Verfolger abgeschüttelt und schließlich der Versuch gemacht werden, dem aus der Heimat gekommenen Befehl zu folgen und einen neutralen Hafen anzulaufen. Auf besonders gewählten Wegen gelang es dann nach sieben-tägiger Fahrt, den nordrussischen Hafen Murmansk zu erreichen. Wie der nach seiner erfolgreichen Rückkehr zum Kommandore ernannte Kapitän Ahrens und weitere Fahrteilnehmer berichteten, begegneten der „Bremen“ bei diesem Durchbruch keine feindlichen Schiffe. Es wurde aber auch alles getan, um einer solchen Begegnung aus dem Wege zu gehen. So erhielt das Schiff innerhalb weniger Stunden dank

dem reißlosen Einlaß der Besatzung einen grauen Schützenstrich. Auch für den Ernstfall waren alle Vorbereitungen getroffen, so daß das Schiff in diesem Fall in kurzer Zeit zerstört und versenkt werden konnte.

Ein Vierteljahr dauerte die Liegezeit im neutralen Hafen Murmansk, bis sich die langermartete Gelegenheit ergab, den Durchbruch in die Heimat zu wagen. Unbemerkter erreichte die „Bremen“ ein Gebiet, wo sie von deutschen Fliegern aufgenommen wurde, die sie von dort an begleiteten und sicherten. Der Versuch eines englischen U-Bootes, die „Bremen“ zu torpedieren, scheiterte an der Schnelligkeit des Schiffes und an der Wachsamkeit eines begleitenden Flugbootes, das das feindliche U-Boot tief unter Wasser drückte.

Nach der erfolgreichen Rückkehr am 12. Dezember wurden Kommandant und Besatzung des Lloyd-Dampfers durch Reichsverkehrsminister Dr. Dörmüller begrüßt und im Namen der Reichsregierung und des ganzen deutschen Volkes zu dem glücklichen Gelingen der Heimfahrt beglückwünscht. Kommodore Ahrens und eine Abordnung der „Bremen“-Besatzung, der aus Anlaß ihrer erfolgreichen Heimkehr aus dem In- und Ausland zahllose Glückwünsche zuzingen, trafen auf Einladung des Großdeutschen Rundfunks am 17. Dezember in Berlin ein, wo sie auf dem Lehrter Bahnhof durch den Leiter der Abteilung Rundfunk im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Ministerialdirigent Alfred Ingemar Berndt, und Reichsfeldleiter Sadamovsky begrüßt wurden. Nach ihrer Ankunft fand im Rathaus, wo sich die Abordnung der „Bremen“-Besatzung in das Goldene Buch der Reichshauptstadt eintrug, eine Begrüßung durch Bürgermeister Steeg statt.

Bevor Kommodore Ahrens und die Männer von der „Bremen“ sich im Wehrmachtswunschkonzert des Großdeutschen Rundfunks vorstellten, gab der Kommodore vor der in- und ausländischen Presse im Propagandaministerium eine Darstellung der Fahrt New York—Murmansk—Bremerhaven. Der Kommodore führte u. a. aus:

„Ich kann wohl ein Schiff über See bringen, das haben die Engländer ja gemerkt, ich kann aber nicht viele Worte machen. Ich bin nur ein Seemann und werde auch niemals etwas anderes sein. Wir freuen uns jedenfalls alle, daß die „Bremen“ in Sicherheit ist, um so mehr als viele schwere Sorgen und Überlegungen mit dieser Fahrt verbunden gewesen sind. Die Verantwortung, die auf uns lag, war ja schon deshalb so groß, weil die „Bremen“ als Flaggsschiff des Norddeutschen Lloyd immer eine besondere Aufmerksamkeit in der Welt erregt hatte. Es gelang uns aber dank der vorzüglichen Besatzung, die ich an Bord hatte, die mit mir durch dick und dünn ging und die genau wußte, worum es ging. Niemand von der „Bremen“ wird diese Fahrt je vergessen. Mit einem vollständig verdunkelten Schiff brausten wir mit 52 Kilometer Geschwindigkeit durch die englischen Sperrketten, sahen sogar die Engländer — sie aber uns nicht!“

Im weiteren Verlauf seiner Schilderung erwähnte Kommodore Ahrens die Verzögerung bei der Ausfahrt in New York. Diese Verzögerung sei allerdings insofern recht und gut gewesen, als die „Bremen“ nunmehr fast gleichzeitig mit drei anderen Schiffen, darunter dem englischen Dampfer „California“, aus dem Hafen fuhr. „Diese Schiffe konnte ich ja nun zeigen, daß ich offenbar nach den Azoren fahren wollte. Ich steuerte mit hellster Beleuchtung davon — später allerdings war die „Bremen“ mit einem Schläge dunkel und verschwand.“

Kommodore Ahrens erklärte, daß zwei englische Kreuzer, die „Verkhire“ und ein anderer Kreuzer, von Halifax und den Bermudas ausliefen, um die Jagd nach der „Bremen“ aufzunehmen. Gleich zu Beginn der Reise gelang es jedoch, die Verfolger abzuschütteln. In besonders herzlichen Worten rühmte Kommodore Ahrens die Gastfreundschaft, die die Besatzung der „Bremen“ in dem neutralen Hafen gefunden hat, den sie zunächst anlief, in Murmansk. Von hier wurden 850 Mann der Besatzung nach Deutschland geschickt, während nur 124 Mann an Bord blieben. Von der Bevölkerung sei alles getan worden, um den Aufenthalt recht angenehm zu gestalten. Sogar Kinovorstellungen und artistische Darbietungen seien für die Besatzung veranstaltet worden. „Ich hatte meinen Leuten schon gesagt, daß das Schiff verholen und eine andere Bucht aufsuchen muß. Aber diese Bucht liege in Deutschland. Macht ihr alle mit? Ich sage Ihnen — die Kerls haben gebrüllt vor Freude. Sie haben aufgepaßt wie die Schießhunde. Sie haben Tag und Nacht kein Auge

zumachen dürfen. Dieser Befähigung haben wir es zu verdanken, daß die Fahrt glücklich gelang — nicht zuletzt aber auch mit Hilfe unserer Wehrmacht. Also hieß es: Alle Pferde aus dem Stall. Mit 120 000 PS los!

Aber die Abwehr des Angriffsversuchs eines englischen U-Boots auf die „Bremen“ gab einer der Offiziere bei der Rückkehr in Bremen folgenden Bericht: „Es war am frühen Vormittag, bei klarem, sichtbarem Wetter und ruhiger See. Kommodore Ahrens selbst war auf der Brücke und mit ihm die Mehrzahl der Offiziere. An Backbord und Steuerbord, auf dem Vorschiff und dem Achterdeck waren Offizierswachen, die die See beobachteten. Der untere und obere Ausguck waren wie stets auf dieser Fahrt besetzt. Deutsche Flugboote geleiteten die „Bremen“. Sie brausten an Backbord und Steuerbord vorüber und klärten weithin auf. Auf Meilen hinaus suchten sie das Wasser auf Gefahren ab, die der „Bremen“ drohen könnten. Auch von der Brücke und vom oberen Ausguck aus beobachteten wir scharf das Meer, denn wir wußten, daß die Engländer versuchen würden, die „Bremen“ noch zu guter Letzt abzufangen. In der Funkkabine sah der wachhabende Offizier mit den Hörern am Ohr — höchste Wachsamkeit war auf dem ganzen Schiff.

Plötzlich erkannte man auf der Brücke ein Signal, das eines der Flugboote gab: ‚Achtung! U-Boot-Gefahr!‘ Sogleich gingen die notwendigen Befehle hinaus: ‚Maschinen äußerste Kraft voraus, Reforddüsen einsetzen, Sidzackkurs, Alarm!‘ Im selben Augenblick kam aus der Funkkabine die Mitteilung zur Brücke: ‚Flugboot funkt: Englisch U-Boot in Sicht!‘ Die ‚Bremen‘ hatte schon den Sidzackkurs aufgenommen. Das mächtige Schiff wendete nach Steuerbord, dann wieder nach Backbord und wieder nach Steuerbord hinüber. Die Alarmsirenen riefen alle Mann an Deck und an die Rettungsboote. Nur im Maschinenraum arbeitete die Maschinenwache so, als hätte kein Alarm stattgefunden. Mit den Gläsern suchten wie die Stelle, wo das Periskop des englischen U-Bootes aus dem Wasser ragte. Mit höchster Geschwindigkeit stürzte sich eines der deutschen Flugboote auf den englischen Angreifer. Es vergingen einige Minuten höchster Spannung für alle an Bord. Aber ehe noch das Flugzeug zu einem direkten Angriff übergehen konnte, tauchte das U-Boot bereits. Offenbar hatte der Kommandant des englischen U-Bootes schon beim Herannahen des deutschen Flugbootes Befehl gegeben, in Tiefe zu gehen. Das Periskop tauchte unter Wasser, und das U-Boot fuhr mit unbekanntem Kurs ab. Der Engländer war nicht dazu gekommen, seinen wohl vorbereiteten Anlauf auf die ‚Bremen‘ durchzuführen. Er war von dem deutschen Flugzeug tief unter Wasser gezwungen worden.

Noch blieb höchste Alarmstufe bestehen. Auch das deutsche Flugzeug blieb am Feind und freiste unablässig über der Stelle, wo das Periskop des U-Bootes im Wasser verschwunden war. Schließlich kam dann von dem Flugzeugführer das Signal: ‚Angriff nicht mehr zu befürchten.‘ Von der Brücke der ‚Bremen‘ wurde der Befehl gegeben: ‚Alle Mann an die Arbeitsplätze! Normalkraft voraus!‘ Die Gefahr war vorüber. Der englische Angriff war abgeßlagen.“

Die Politik

I.

Innenpolitik

Alle Erwägungen und Darstellungen dieses Krieges müssen in Gegenwart und aller Zukunft von der nationalsozialistischen Revolution ausgehen. Ihr verdankt das deutsche Volk seine einzigartige Geschlossenheit und Kampfkraft, sie macht mit all ihren Auswirkungen den Unterschied dieses Krieges gegenüber dem Weltkrieg aus, und der Ausgang dieses Krieges wird entscheidend von ihr geprägt sein. Die Verkennung, ja völlige Ignorierung der nationalsozialistischen Umwälzung von englischer Seite ist die Ursache für die verhängnisvollen Irrtümer und Fehlschlüsse unserer Gegner. Jede Äußerung der feindlichen Propaganda, jede hämische Unterstreichung und maßlose Übertreibung deutscher Einschränkungsmassnahmen, die ganze englische Spekulation auf Unzufriedenheit im deutschen Volk beweist die eine Tatsache: Man begreift auf der Gegenseite, befangen in den eigenen materiell-bürgerlichen Vorstellungen, nicht die gewaltigen Kräfte, die in einem Volke schlummern, das wie das deutsche sich nach anderthalb Jahrzehnten des Chaos und maßloser Unterdrückung zusammengefunden und zu seiner ihm eigenen Lebensanschauung und Form durchgerungen hat.

Der Krieg gegen das Reich wurde angezettelt von einem am System des internationalen Kapitalismus interessierten Klüngel; er wurde ideologisch verbrämt mit Schlagworten wie „Demokratie“ und „Freiheit“, aber die in ungezählten englischen und französischen Leitartikeln und Reden nachträglich abgehandelte Frage nach den englisch-französischen „Kriegszielen“ ist ein Symptom für die Naivität des englischen Gaffes und Vernichtungswillens gegen Deutschland. Dies muß man sich vergegenwärtigen, um den wesentlichen Unterschied der auf beiden Seiten wirksamen und für den Ausgang des Krieges entscheidenden seelischen Kräfte zu ermessen.

In Deutschland wurden Kriegsziele nicht erörtert. Jeder Deutsche empfand unausgesprochen das Kriegsziel als etwas Selbstverständliches, das Reichsaußenminister v. Ribbentrop in seinem Vorwort zum zweiten Deutschen Weisbuch (siehe Seite 5) mit den Worten umschrieb: „Die militärische Vernichtung der Gegner und dann die Sicherstellung des dem deutschen Volke zukommenden Lebensraumes gegen jede zukünftige Bedrohung.“ Dieses Kriegsziel bedeutete nicht die Erhaltung irgendeines bestehenden Zustandes, an dem nur eine kleine Oberschicht interessiert war; es bedeutete für jeden Deutschen die Verteidigung und für alle Zukunft gültige Sicherung der nach jahrhundertelangen Irrwegen und den letzten 15 Jahren namenlosen Leides im Jahre 1933 zum erstenmal errungenen deutschen Volksgemeinschaft und der in den 6½ Jahren seitdem mit ungeheurer Anstrengung begonnenen Ausgestaltung des nationalen Lebens. Der Krieg bedeutete für das deutsche Volk einen weiteren Schritt der nationalsozialistischen Revolution; er war daher für das deutsche Volk keine überraschend hereinbrechende Katastrophe, sondern eine Notwendigkeit auf seinem nationalen Wege, der es gefaßt und geschlossen entgegenging.

Reichsminister Dr. Goebbels, der am 30. November in zwei Kundgebungen zu den Volksdeutschen Bromberg sprach, gab diesem Gedanken in einer Rede im Bromberger Stadttheater Ausdruck. Die Revolution des Nationalsozialismus, so sagte er, beginne nicht erst am 30. Januar 1933, sondern schon am 1. August 1914. Die damals eingeleitete deutsche Revolution des 20. Jahrhunderts habe seit-

dem noch nicht aufgehört. Den polnischen Feldzug kennzeichnete Dr. Goebbels als einen besonders dramatischen Akt dieser großen und mitreißenden Revolution, die nicht nur das Gesicht Deutschlands, sondern auch Europas von Grund aus umgestalten werde. Sie habe das deutsche Volk frei gemacht, eines der nicht nur zahlreichsten, sondern auch rassistisch höchstwertigen, fähigsten, mutigsten und intelligentesten Völker der Welt. Wenn schon einem Volke ein Führungsanspruch im mitteleuropäischen Raum zustehen solle, dann könne er aus diesem Grunde nur uns gehören. Dr. Goebbels würdigte dann die wirtschaftliche, militärische und geistige Bereitschaft für den uns aufgezwungenen Kampf und schloß mit den Worten: „Die Engländer und Franzosen mögen sich fragen, wofür sie kämpfen. Bei uns bedarf es dieser Frage nicht. Wir kämpfen um unsere Existenz und nicht zuletzt dafür, daß die dauernde Verbormundung Deutschlands durch die westlichen Demokratien ein Ende findet.“

Auch der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Ley, gab dem historischen und geistigen Sinn des deutschen Existenzkampfes Ausdruck, wenn er am 2. Dezember in Prag auf einer Kundgebung anlässlich der Verleihung von 32 Fahnen an die Ortsgruppen Prags an den von dieser Stadt ausgegangenen 30jährigen Krieg erinnerte, der unser Volk fast vernichtet habe. Es zeuge von dem unbedingten Lebenswillen des deutschen Volkes, daß es im Verlauf der letzten drei Jahrhunderte von zehn Millionen wieder auf 84 Millionen auf einem geschlossenen Siedlungsraum angewachsen sei. In dieser Zeit habe sich England sein Weltreich zusammengeholet. Dr. Ley kennzeichnete dann den jetzigen uns aufgezwungenen Krieg als einen Krieg der geschichtlichen Entwicklungen: England müsse uns zurückgeben, was es sich früher auf Kosten des deutschen Volkes zusammengeholet habe.

Daß die geschichtliche Bedeutung des nationalsozialistischen Kampfes um das deutsche Recht auch im tschechischen Volke verstanden wurde, bewies Staatspräsident Dr. Saha, der bei einem Empfang des Vorstandes des tschechischen Verbandes für die Zusammenarbeit mit den Deutschen am 5. Dezember u. a. erklärte: „Jeder gibt heute bereits zu, daß unsere friedliche Eingliederung in das Großdeutsche Reich uns in einer Zeit gerettet hat, wo in der Welt eine Generalrevision der bisherigen Völkerverfassungen im Gange ist, und wo diese Revision für andere Völker mit den schwersten Opfern verbunden ist. Der Gedanke der tschechisch-deutschen Zusammenarbeit wird niemals mehr aufhören, unser Lebensinteresse zu sein.“

Es bestand im deutschen Volk und seiner Führung Klarheit darüber, daß der siegreiche Ausgang des Krieges keinen mühelosen Genuß erworbener Güter mit sich bringen würde, sondern eine Fülle schwerster Aufbauarbeit. Es wurde daher nichts unterlassen, um für die zukünftige Friedensarbeit Vorsorge zu treffen. Unter diesem Gesichtspunkt erhielt auf dem Gebiet des Hochschulwesens die Verkürzung der Ausbildungszeiten auf ein Mindestmaß, die Einteilung des akademischen Jahres in Trimester und die Eröffnung der zunächst wegen des Krieges geschlossenen Hochschulen besondere Bedeutung. Der Reichsminister für Erziehung und Volksbildung, Rust, wies bei der Eröffnung der Hochschulkonferenz 1939 der Technischen Hochschule München am 8. Dezember auf diese Maßnahmen hin und erklärte, der Sieg im gegenwärtigen Kriege werde das deutsche Volk vor gewaltige Aufgaben stellen, für deren Bewältigung die auf den Hochschulen erzogenen und ausgebildeten jungen Deutschen unentbehrlich seien.

Einen Beweis für die unmäßige Kraft der mit dem Kriege fortwirkenden nationalsozialistischen Revolution bildete die vom Führer am 6. Oktober angekündigte Rückführung ganzer deutscher Volksgruppen in das Reich. Binnen zweier Monate wurde die Heimkehr der Volksdeutschen in Estland und Lettland nicht nur geplant, sondern auch durchgeführt. Mitte Dezember verließen die letzten Volksdeutschen Lettlands ihre bisherige Heimat, während die Zurückführung der Deutschen aus Estland bereits im Laufe des Novembers zu Ende geführt worden war. Die bereits im November begonnene Ansiedlung der ersten Wallendeutschen im wiedererworbenen Warthegau wurde mit erstaunlicher Tatkraft fortgesetzt. Inzwischen wurde auch die mit der Sowjetunion vereinbarte Umsiedlung der im früheren Ostpolen ansässigen Volksdeutschen in Angriff genommen. Die deutschen Beauftragten für die Umsiedlung der Volksdeutschen aus Galizien und Bukynien unter Führung des Hauptbevollmächtigten der Reichsregierung, SS-Obersturmf.

bannführers Hoffmayer, trafen am 7. Dezember im ehemaligen Ostpolen ein. Der Hauptbevollmächtigte nahm seinen Sitz zunächst in Luf, Gebietsbevollmächtigte befanden sich außerdem in Kostopol, Wladimir-Wolynsk, Bielsk, Lemberg, Stry und Stanislaw. Der Kommission lag die praktische Durchführung der Umsiedlung von über 100 000 Volksdeutschen aus diesen Gebieten ob. Stg.

II.

Außenpolitik

In dem Kampf der geistigen Waffen, der neben dem der militärischen hergeht, hat die deutsche Politik durch die Herausgabe des zweiten Weißbuches über die Vorgeschichte des Krieges einen neuen kraftvollen Schlag geführt. Das erste Weißbuch mit dem Titel „Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise“ wurde schon bald nach Kriegsausbruch am 7. September vom Auswärtigen Amt herausgegeben. Es enthält nur sechszwanzig Dokumente aus der Zeit zwischen dem 4. August und dem 3. September 1939. Das zweite am 12. Dezember erschienene Weißbuch mit dem Titel „Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges“ bringt außer einem Vorwort des Reichsministers des Auswärtigen, v. Ribbentrop, und einer analytisch kommentierenden Übersicht über die Dokumente eine Dokumentensammlung von 482 Stücken, die sich über den ganzen Zeitraum zwischen dem 25. März 1919 und dem 3. September 1939 verteilen. In vier Kapiteln, die die Überschriften „Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen, die englische Kriegspolitik, Deutschlands Bemühen um Sicherung friedlicher Beziehungen zu seinen Nachbarländern, Polen als Werkzeug des englischen Kriegswillens“ tragen, wird die Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges weitausholend, doch mit größter Knappheit dargestellt. (Siehe Seite 37.)

Wer durch das Studium der großen Affenpublikationen über die Vorgeschichte des Weltkrieges und den auf Grund derselben von Deutschland seit Versailles so erfolgreichen Kampf der Dokumente um die Kriegsschuldfrage des Weltkrieges oder durch Lektüre von Farbbüchern, wie sie von den Auswärtigen Ämtern vieler Staaten von Zeit zu Zeit veröffentlicht werden, diese Art von Publikationen zu lesen gewöhnt ist, wird feststellen, daß das neue Weißbuch des Auswärtigen Amtes eine ausgezeichnete Leistung ist. Es ist außerordentlich inhalts- und ausschlusreich und vortrefflich aufgebaut. Obwohl es nur nächsterne diplomatische Dokumente enthält, verfaßt von Männern, die gewohnt sind, sich prägnant, klar und phrasenlos auszudrücken, ist die Lektüre des Weißbuches höchst spannend. Wir erleben noch einmal in einem wichtigen Sektor die gesamte Nachkriegsgeschichte Deutschlands, sehen, wie aus dem Diktat von Versailles schließlich ein neuer Krieg erwachsen ist, weil England, der Führer des Koalitionskrieges 1914—1918 gegen Deutschland, der zu Versailles geführt hat, die vom Führer durchgeführte friedliche Beseitigung des Versailler Diktates, als sie in ihre letzte Phase getreten war, zu vereiteln und im ganzen rückgängig zu machen gewillt war: England wollte Großdeutschland nicht hinnehmen, wollte den Nachbarn, den das großdeutsche Reich im Rahmen Europas bedeutet, nicht dulden. Deshalb hat es den deutsch-polnischen Ausgleich, wie ihn der Führer 1934 eingeleitet hatte, als dieser Ausgleich durch das Angebot Deutschlands an Polen über eine Regelung der Danziger und Korridor-Frage ins entscheidende Stadium trat, durch seine Granatierklärung an Polen und durch systematische Aufhebung des polnischen Chauvinismus sabotiert.

Das neue Weißbuch, das hoffentlich recht bald auch in fremdsprachigen Ausgaben vorliegen wird, ist eine scharfe Waffe in unserem Kampf um die Schuldfrage dieses Krieges und damit um die Frage des gerechten Krieges. In diesem Kampfe ähneln sich die von den Gegnern bezogenen Positionen in mancher Hinsicht merkwürdig denen im Kampfe um die Kriegsschuldfrage des Weltkrieges. Ebenso wie damals unsere Kriegsgegner sich einseitig und unter Fälschungen auf die neunund-

dreißig Tage vom Mord Franz Ferdinands in Serajewo bis zum Kriegsausbruch konzentrierten und jedes Eingehen auf die weitere Vorgeschichte vermeiden wollten, weil sie dadurch ihre propagandistische Position zu verbessern hofften, so auch jetzt wieder. Die englische Regierung hat schon im November ein Blaibuch von 144 Dokumenten herausgegeben, das sich in höchst tendenziöser Weise nur mit der letzten Phase des deutsch-polnischen Konflikts beschäftigt und jedes Eingehen auf die wirklichen Ursachen des Konflikts vermeidet. Dieser Versuch der Geschichtsfälschung wird durch das deutsche Weißbuch vereitelt und die Verantwortlichkeit Polens und vor allem Englands, das Polen schließlich in den Kampf trieb, einwandfrei festgestellt.

England, das vom deutschen Volke längst als der Hauptfeind erkannt ist und das sich durch seine Kriegsführung täglich aufs neue als solcher erweist, ist durch das deutsche Weißbuch als der Hauptverantwortliche, als der Schuldige am Kriege erwiesen. Es ist deshalb nur richtig, daß England in Zukunft die ganze Wucht der deutschen Kriegsführung hauptsächlich treffen wird.

Die deutsche Außenpolitik hat in der ersten Dezemberhälfte im Sinne dieser Zielsetzung ihren Weg weiterverfolgt. Die Ratifizierung des deutsch-russischen Freundschaftsvertrages vom 28. September am 14. Dezember durch den Reichsminister des Auswärtigen v. Ribbentrop und den Botschafter der Sowjetunion in Berlin hat das Vertragsverhältnis zwischen den beiden größten Kontinentalstaaten Europas endgültig gestaltet. Es scheint, daß bei den Feindmächten sich nun doch die Erkenntnis durchzusetzen beginnt, wie sehr sie sich geirrt haben, als sie annahmen, die Neugestaltung des deutsch-russischen Verhältnisses sei weder als grundsätzlich positiv noch als dauernd zu werten. Englands und Frankreichs Haltung im russisch-finnischen Konflikt macht es klar, daß die Hoffnungen, zwischen Deutschland und Rußland vielleicht doch noch einen Keil zu treiben, von ihnen anscheinend endgültig aufgegeben sind.

Der russisch-finnische Konflikt wurde von den Feindmächten zum Vorwand genommen, um gegen Deutschland Anklagen zu erheben, und nicht nur von den Feindmächten, sondern auch von der öffentlichen Meinung der nordischen Staaten. Demgegenüber ist durch offiziöse Verlautbarung von deutscher Seite vom 7. Dezember eine Klarstellung erfolgt (siehe S. 6) in der Form eines Überblicks über die Entwicklung der Haltung dieser Staaten und ihrer öffentlichen Meinung gegenüber Deutschland in der Zeit seit dem Weltkriege. Darin wurde festgestellt, daß diese Staaten mit ihren Sympathien und in ihrem außenpolitischen Wirken, besonders auch im Senfer Völkerbund, sich ganz überwiegend auf der Seite unserer Gegner befunden haben, deshalb keinen Anspruch auf Dankbarkeit von unserer Seite besitzen und gut daran täten, ihr Verhältnis zu uns sehr realistisch zu überdenken. Hinsichtlich des russisch-finnischen Konflikts wurde darauf verwiesen, daß die Kriegspolitik Englands jene Verschiebungen in Osteuropa herbeigeführt habe, in deren Auswirkung die Sowjetunion ihre traditionelle Stellung an der Ostsee wieder eingenommen habe. Daß Deutschland keinen Anlaß haben konnte in einer Zeit, wo Deutschland und Rußland auf die Tradition loyaler vertrauensvoller gegenseitiger Beziehungen zurückgriffen, Rußland an der Wahrnehmung aller lebenswichtiger Interessen zu verhindern, wurde ebenfalls unterstrichen.

Die deutsche Politik denkt nicht daran, das deutsch-russische Verhältnis, auf Grund dessen ausschließlich die politische Gestaltung im östlichen Raum geregelt worden ist, vom Westen her stören zu lassen. Sie will dieses Verhältnis vielmehr weiterentwickeln und für beide Länder nützlich gestalten.

Die Kriegsführung ist im bisherigen Rahmen erfolgreich fortgesetzt worden. Der Handelskrieg gegen England zeitigt fortlaufend bedeutende Erfolge, und das Besetzt unseres Panzerkreuzers „Graf Spee“ vor der La Plata-Mündung gegen drei englische Kreuzer hat ebenso wie die Heimkehr des größten Schiffes der deutschen Handelsmarine, der „Bremen“, die Fragwürdigkeit der englischen Seeherrschaft erneut darzulegen.

In England ist in verstärktem Maße bei den führenden Politikern und in der Presse eine Entwicklung festzustellen, die man als eine Hintwendung zu einer richtigeren Erkenntnis der Schwere und Tragweite des von der englischen Politik so leichtfertig angezettelten Krieges bezeichnen kann. Die Reden der englischen Minister und die englische Presse waren in den ersten Wochen des Krieges und auch noch

nach der Vernichtung Polens darauf eingestellt, dem englischen Volk die Überzeugung beizubringen, daß Deutschland den Krieg nicht lange werde führen können. Die englische Blockade und die sich für Deutschland aus ihr ergebenden Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung zusammen mit der angeblichen Schwäche der inneren deutschen Front werde bald, und zwar ohne große militärische Anstrengungen Frankreich-Englands, den Krieg zugunsten der Westmächte entscheiden. Man stellte es so dar, als ob die Lage Deutschlands dieses noch vor Ende des Jahres 1939 dazu zwingen würde, die Maginot-Linie zu forcieren oder Holland und Belgien anzugreifen oder eine Offensive auf dem Balkan zu eröffnen, was dann der Anfang vom Ende für Deutschland sein würde. Nunmehr erfolgt ein immer deutlicheres Abdrücken von diesen Propagandabehauptungen.

So hat Churchill in einer Unterhausrede vom 6. Dezember davor gewarnt, nicht weitere schwere Verluste zu erwarten. Der englische Schatzkanzler erklärte mit Simblik auf die Tatsache, daß der Krieg England täglich 7,5 Millionen Pfund koste, man mühte mit weiteren schweren Opfern rechnen, während Eden am 2. Dezember in einer in Warwick gehaltenen Rede über den Krieg seine Zuhörer warnte, den gegenwärtigen Krieg leicht zu nehmen, und sagte, nichts könne törichter sein, als die Größe der Aufgabe, vor der England stehe, zu verkleinern. Daß er dabei Bismarck, Kaiser Wilhelm II. und Adolf Hitler in gleicher Weise beschuldigte, eine militärische Vorherrschaft in Europa zum Ziel ihrer Politik gemacht zu haben, zeigt nur, daß es Eden eben grundsätzlich um Niederhaltung Deutschlands geht. Auch ein anderer bekannter Kriegsbegeher, der Journalist August Poliakoff, schrieb am 4. Dezember in einem von der deutschen Presse mit Recht als für die englischen Kriegsziele besonders aufschlußreich bezeichneten Artikel, das deutsche Volk und Hitler seien jetzt offenbar ein einziger Block. Früher wollte man dem englischen Volk das Gegenteil einreden! Ein anderer berühmter Propagandist Englands, Stephan King-Hall, schrieb am 3. Dezember, die Ziffern der englischen Kriegsausgaben führten zu der Erkenntnis, daß, wenn England diesen Krieg gewinnen wolle, das englische Volk nicht erwarten dürfe, seinen jetzigen Lebensstandard aufrechterhalten zu können. England müsse mit Härten und Einschränkungen rechnen. Der bekannte, von einer dem nationalsozialistischen Deutschland gegenüber verständnisvollen Haltung zur schärfsten Gegnerschaft umgeschwenkte Ward Price, protestierte am 15. Dezember in der „Daily Mail“ dagegen, daß Regierung und Öffentlichkeit in England den Krieg immer noch nicht ernst genug nähmen, sprach von einem Existenzkampf und einem Krieg auf Viegen und Brechen und meinte, England könne nicht gleichzeitig den Krieg gewinnen und seine Bequemlichkeit beibehalten. Ähnlich äußerte sich „Daily Mirror“ am 13. Dezember dagegen, daß man das englische Volk mit Nachrichten betäube und in einen selbstgefälligen Stumpfsinn versinken lasse. Man dürfe das englische Volk nicht dazu überreden, daß England stark und Deutschland schwach sei; eine solche Politik müsse England ins Verderben führen. Der bekannte Abgeordnete und Journalist Vernon Bartlett, ebenfalls als geschätzter Hezer gegen Hitler-Deutschland bestens bewährt, warnte am 15. Dezember im „News Chronicle“ die englische Öffentlichkeit davor, sich bezüglich eines inneren deutschen Zusammenbruchs Hoffnungen zu machen. Das Vertrauen des deutschen Volkes in Hitler sei unerschütterter und die Moral der deutschen Soldaten sehr hoch. Das deutsche Volk, das durch das Elend von 1918 und 1923 gegangen sei, werde sich nicht ergeben.

Ähnlich illustrativ sind die Erörterungen über die Kriegsziele, die unentwegt weitergehen. Bischöfe, wie der Erzbischof von York und der Bischof von Exeter, Lords und aktive Minister haben sich zu diesem Problem wieder zu Wort gemeldet, und im Oberhaus fand am 13. Dezember eine Debatte zur Frage der Kriegsziele und des Friedens statt, in der einige Lords sogar das Kind beim Namen zu nennen wagten, indem sie feststellten, daß die englische Regierung weder das Nötige zur Verhinderung des Krieges noch zu seiner schnellen Beendigung im Anschluß an das Vermittlungsangebot der Souveräne Belgiens und Hollands getan habe. Auch der Versailler Vertrag wurde als Grundübel erwähnt. Außenminister Lord Halifax fühlte sich deshalb veranlaßt, die Debatte des Oberhauses als unglücklich zu bezeichnen, da sie den Eindruck hervorrufen könnte, daß England den Krieg begonnen hätte. Natürlich lehnte er es scharf ab, England hinsichtlich seiner Außenpolitik auf die Anklagebank bringen zu lassen, und blieb bei der verlogenen Kriegsschuld- und

Kriegszielthese der englischen Regierung. Besonders quälend war Halifax die Vorstellung, es könne der Eindruck hervorgerufen werden, „daß England nicht im wesentlichen geeint sei, und daß eine Unsicherheit der Ansichten bestehe“.

Diesen Eindruck hat man nun freilich sehr, wenn man die englische Presse etwas genauer verfolgt. Er wird bestätigt durch die Tatsache, daß die englische Regierung dem Drängen der Opposition und der Presse nachgeben und am 13. Dezember eine Geheimitzung des Unterhauses einberufen mußte, die sieben Stunden dauerte. Man erfuhr aus ihr unter anderem, daß insbesondere Wirtschaftsfragen diskutiert worden seien. Mit diesen beschäftigt sich die englische Öffentlichkeit auch weiterhin sehr ausgiebig. Sie ist mit den Erfolgen der Blockade gegen Deutschland nach wie vor unzufrieden und fordert einen totalen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland. England müsse Deutschland von allen neutralen Märkten mit allen Mitteln verdrängen und überall große Lieferungsverträge abschließen, um Lieferungen nach Deutschland zu verhindern. Offiziös wurde in London beschwichtigend für die englische Öffentlichkeit verkündet, die englische Regierung betreibe die Wirtschaftsverhandlungen mit zahlreichen neutralen Ländern aufs eifrigste, könne aber mit Rücksicht auf den bösen Feind nicht täglich die dabei erzielten Fortschritte veröffentlichen. Diese Beschwichtigung verhinderte freilich die bekannte englische Wirtschaftszeitung „Economist“ nicht, am 11. Dezember gleich eine Serie von sechs Artikeln über die bisherigen Kriegswirtschaftsmaßnahmen Englands zu veröffentlichen und festzustellen, daß die Unzufriedenheit über diese Maßnahmen, deren unzureichenden Charakter und Ziellosigkeit im Wachsen begriffen sei. Demgegenüber wurden die Maßnahmen Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiet als richtig und geschickt hervorgehoben. Am 11. Dezember empfing Chamberlain mit Schatzkanzler Simon und Handelsminister Stanley eine Abordnung des britischen Industrieverbandes, die eine Denkschrift über Fragen der Außenhandelsförderung und der Begründung einer einheitlichen Behörde zu deren Durchführung überreichte. Die „Times“ widmet am 14. Dezember der Reorganisation der gesamten englischen Wirtschaftsmaschine und ihrer Führung einen Leitartikel und forderten „einen Umbau der Maschine zur Ausführung der Wirtschaftspolitik“.

Auch die Diskussion über das Arbeitslosenproblem reißt nicht ab. Der englische Arbeitsminister Brown besifferte die Arbeitslosen am 2. Dezember auf 1 440 000, was den „Manchester Guardian“ dazu veranlaßte, zu äußern, es sei unbegreiflich, daß mit dem Eintritt einer großen Zahl von Engländern in das Heer und mit der ständigen Ausdehnung der britischen Rüstungsindustrien es noch immer so viel Arbeitslose gebe. Der Arbeitsplan des Arbeitsministers sei offensichtlich zu anspruchlos und langsam.

Nachrichten über weitere Preissteigerungen und notwendig gewordene Lohn-erhöhungen zeigen, daß die Preis- und Lohnspirale ihre seit Kriegsbeginn nicht unterbrochene Aufwärtsbewegung fortsetzt.

Die zur konservativen Regierung in Opposition stehende Labourpartei brachte Anfang Dezember ein Flugblatt mit der Überschrift „Die Labourpartei, der Krieg und die Zukunft“ heraus, in dem es hieß, die herrschende Schicht habe, das beweise der Krieg, verlagert. Die Zeit sei gekommen, wo man dem einfachen Volke das Recht geben sollte, über sein Geschick allein zu entscheiden. Dies ist ein Urteil, das von dem, was wir in Deutschland über die herrschende Schicht Englands haben, gar nicht sehr verschieden ist!

Was Englands Stellungnahme zum russisch-finnischen Konflikt und zur „Aktion“ der Genfer Liga hinsichtlich desselben angeht, ist zunächst auf die Erklärung Chamberlains im Unterhaus am 14. Dezember zu verweisen. Chamberlain teilte mit, die englische Regierung habe ohne Befragung des Parlaments Finnland bereits weitgehende Unterstützung angebeihen lassen. Zunächst seien für Flugzeuge und dann auch für anderes Kriegsmaterial Ausfuhrerlaubnisse erteilt worden, worüber das Unterhaus mit größtem Beifall quittierte. Chamberlain versprach auch die Lieferung weiteren Materials an Finnland und machte sich im übrigen die englische Propagandalüge, daß Deutschland eigentlich für die „Aggression“ gegen Finnland verantwortlich sei, zu eigen. Die englische Presse nahm einseitig für Finnland Partei.

Der Antrag der finnischen Regierung auf Einberufung des Völkerbundes ist der englischen Regierung offenbar zuerst recht unbequem gewesen, wie sich auch aus der verneinenden Antwort Chamberlains im Unterhaus vom 5. Dezember auf eine Anfrage des Oppositionsführers Atlee, ob die englische Regierung diesen finnischen Antrag unterstützt habe, ergab. Nachdem jedoch die französische Presse, sicher auf Weisung der französischen Regierung und sehr stark aus innerpolitischen Gründen, den finnischen Antrag mit ostentativer Zustimmung begrüßt hatte, und angesichts der Tatsache, daß einige freilich weit vom Schuß befindliche südamerikanische Regierungen laut nach einer Aktion des Völkerbundes gegen die Sowjetunion riefen, blieb England nichts anderes übrig, als diese Aktion mitzumachen und damit aus der Rusland gegenüber bisher sorgfältig aufrechterhaltenen Reserve herauszutreten. Die englische Regierung, die sich während ihrer monatelangen Canossagänge nach Moskau zum Zwecke eines Bündnisses mit der Sowjetunion im Frühjahr und Sommer dieses Jahres über deren wirkliche Dispositionen so gründlich irrte und von der deutsch-russischen Verständigung im August so völlig überrascht wurde, wollte sich nicht an den Gedanken gewöhnen, daß Moskau für London verloren sei, und hat noch lange nach Kriegsausbruch auf dem Weg über Wirtschaftsbesprechungen den russischen Draht wieder herzustellen sich bemüht, während die englische Presse mit Tendenzmeldungen über angebliche deutsch-russische Gegensätze nicht sparte. Jetzt erst, nach Beginn der bemäntelten Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und Finnland, hat zunächst die englische Presse aufs Schärfste gegen Moskau Stellung genommen, und die englische Regierung ist, wenn auch zögernd, gefolgt. Die Erklärung Chamberlains im Unterhaus am 14. Dezember und vollends die Stellungnahme des englischen Vertreters bei den Verhandlungen der Genfer Liga über den finnisch-russischen Konflikt haben den klaren Sinn einer offenen Fehdeanlage an die russische Adresse: England, für das das Großdeutsche Reich der Feind Nr. 1 ist, hat Sowjetrußland zum Feind Nr. 2 erklärt, ohne freilich, besonders von der französischen Presse hitzig erhobenen Forderung auf Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion stattgeben zu wollen.

Auch hinsichtlich des russischen Faktors weichen die Illusionen der nüchternen Wirklichkeit, ähnlich wie wir dies hinsichtlich des Faktors Deutschland bereits festgestellt haben.

Da, wie die große Rede des Grafen Ciano am 16. Dezember erneut bewiesen hat, auch Rom für englisches Liebeswerben nicht zugänglich ist, bleibt England nichts anderes übrig, als den einzigen Bundesgenossen Frankreich um so stärker festzuhalten und um so enger an sich zu fesseln, wozu bei der gegenwärtigen französischen Regierung auch die größte Bereitwilligkeit besteht, um so mehr, je stärker diese den Widerstand erheblicher Volkskreise gegen diese den französischen Lebensinteressen widerstrebende Politik fühlt. Der englische Schatzkanzler, Sir John Simon, kam am 4. Dezember nach Paris, um, wie er selbst erklärte, die Besprechungen, die der französische Finanzminister Reynaud vierzehn Tage zuvor in London begonnen hatte, fortzusetzen. Das Ziel sei die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit der beiden Länder. Am 12. Dezember wurde dann ein englisch-französisches Finanz- und Wirtschaftsabkommen bekanntgegeben, das Simon im Unterhaus als Anwendung des Grundsatzes der monetären Solidarität zwecks Stabilisierung des Wechselkurses von Pfund und Frank und der gegenseitigen Hilfe bei der Deckung des Bedarfs an fremden Währungen bezeichnete. Ferner sollen Anleihen und Kredite nur im gegenseitigen Einvernehmen und gewisse Kriegskosten, z. B. die Finanzierung der Polen, gemeinsam getragen werden. Auch verpflichtet sich England, die Produkte der französischen Luxusindustrie, deren Einfuhr es zum großen Ärger der Franzosen aus Gründen der Devisenersparnis nach Kriegsbeginn verhindert hatte, wieder hereinzulassen. Frankreich hat sich durch dieses Abkommen wieder ein Stück weiter in die englische Abhängigkeit begeben.

Auch in Frankreich erfolgt durch Verlautbarung von Regierungsmitgliedern und durch Presseäußerungen eine gewisse Umstellung von der Illusion auf die Wirklichkeit. In der französischen Kammer sagte der französische Finanzminister am 13. Dezember, Frankreich müsse sich auf einen langen Krieg vorbereiten. Schwere finanzielle Opfer seien notwendig, die Wahrheit sei hart, Frankreich müsse exportieren, sonst laufe es Gefahr, den Krieg mangels Devisen zu verlieren. Die Kommen-

tare der französischen Presse zu dieser Rede zeigten einen deutlichen Grundton der Beunruhigung über die weitere Entwicklung des Krieges. Die gleichen Zeitungen, die sich Wochen hindurch nicht genug tun konnten zu versichern, Deutschland werde sehr bald durch die Blockade oder durch eine Revolution im Innern zu Boden gezwungen werden, gestanden nunmehr, daß es außerordentlich schwierig sein werde, den Krieg gegen Deutschland durchzuführen oder sogar zu gewinnen.

Die französische Regierung teilt diese Sorgen offenbar, denn sie ließ sich am 30. November neue Vollmachten vom Parlament bewilligen. Außerdem setzt sie ebenso wie die französische Presse den Kampf gegen den „Defaitismus“ eifrig fort. Besonders aufschlußreich hierüber ist ein Artikel des früheren Kriegsministers Fabry im „Matin“ vom 14. Dezember, der gestand, daß die Befehlshaber der zwanzig Militärregionen Frankreichs täglich gegen den Defaitismus und die feindliche Propaganda ankämpfen müßten. Ähnliche Geständnisse machte der „Petit Parisien“ am 30. November, der mitzuteilen wußte, daß die von der Front heimkehrenden französischen Urlauber allgemein von ihren Offizieren die Anweisung erhalten hätten, die Stimmung unter der Zivilbevölkerung zu verbessern, da „man die Gefahr eines Dolchstoßes in den Rücken bezwingen wolle“.

Am 13. Dezember wurden neue Maßnahmen der französischen Regierung zur Devisenkontrolle gemeldet, die den Zweck haben sollen, die Kapitalflucht zu verhindern. Nach englischem Vorbild will man den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland aktivieren, weswegen durch Dekret vom 13. Dezember ein besonderes Beratungskomitee beim Blockadeministerium geschaffen wurde, „um der Lebensmittelversorgung Deutschlands Hindernisse zu bereiten“ und um Deutschland die Rohmaterialien zu rauben. Der Innenminister Sarraut gab dazu das Lösungswort aus: Deutschland bleibt der Feind Nr. 1.

Die Sorge um die innere Front kam auch in der Kammer Sitzung vom 14. Dezember zum Ausdruck, in der Innenminister Sarraut verschiedene Abgeordnete hinsichtlich der Gefahren der kommunistischen Propaganda und des Defaitismus im Lande beruhigen mußte mit dem Hinweis darauf, daß er beide kräftig bekämpfe. Sarraut forderte von den Abgeordneten „Vertrauen in seinen Patriotismus“!

Ähnlich wie in England will auch in Frankreich, das fünf Millionen Mann unter die Waffen gerufen hat, die Arbeitslosigkeit nicht geringer werden. Der französische Arbeitsminister Pomaret gab die Zahl der Arbeitslosen in einem Presseinterview am 13. Dezember mit 325 000 an, was etwa 20 000 mehr sei als vor Kriegsbeginn. Er tröstete sich jedoch damit, daß die Arbeitslosigkeit in anderen Ländern noch stärker gestiegen sei, z. B. in Norwegen um 20 v. H. und in Dänemark um 50 v. H. Daß diese Steigerung der Arbeitslosigkeit in den neutralen Ländern hauptsächlich eine Folge der völkerrechtswidrigen französisch-englischen Blockade ist, hat Pomaret freilich nicht gesagt. Dafür hat aber Kolonialminister Mandel am 12. Dezember der Zeitung „Soir“ gegenüber ein anderes hinsichtlich der Kriegsschuldfrage recht aufschlußreiches Geständnis gemacht, als er sagte, dank der Maßnahmen, die er schon seit achtzehn Monaten getroffen habe, habe man die Effektivbestände der Truppen in den französischen Kolonien fast überall verdoppeln können. Frankreich hat also schon ein Jahr, bevor der deutsch-polnische Konflikt sich infolge der englischen Garantie-Erklärung an Polen zwispalte, eine Verdoppelung seiner Kolonialarmee vorbereitet! Minister Mandel äußerte hierzu noch, der Anteil der Kolonien werde es Frankreich erlauben, „den Krieg fortzusetzen und die ihm auferlegten Opfer zu vermindern“. Dies ist ein Geständnis darüber, wie Frankreich in seinem „Kampf für Recht und Freiheit“ die Interessen seiner Kolonialvölker interpretiert und wahr!

Hinsichtlich der französischen Außenpolitik in der ersten Dezemberhälfte ist Frankreichs Verhältnis zu Italien und zu Rußland zu erwähnen. Der Tagesbefehl des Großen Reichstäglichen Rates vom 8. Dezember, der das Festhalten Italiens am deutsch-italienischen Bündnis neuerdings herausgestellt hat, wurde von der französischen Presse mit größter Zurückhaltung besprochen und möglichst klein gehalten. Die von der französischen Presse immer wieder gebrachten Tendenzmeldungen über angebliche deutsch-italienische Gegenläufe wurden eben durch den Reichstäglichen Großrat allzu deutlich dementiert, weshalb man sich damit möglichst wenig beschäftigte. Um so ausführlicher tat man dies jedoch mit dem finnisch-russischen Kon-

hilt und dem Ausschluß Rußlands aus dem Völkerbund, wobei man einseitig für Finnland und gegen Rußland Stellung nahm und Rußland als Angreifer und als Verbrecher hinstellte.

Erfuhr so infolge des russisch-finnischen Konflikts das Verhältnis unserer Kriegsgegner zu Rußland eine bemerkenswerte Klärung im Sinne einer Verdärkung der Antipathie zur Sowjetunion, so hat der am 8. Dezember angenommene Tagesbefehl des Großen Rats des Faschismus einer bei den Westmächten wiederholt betriebenen Stimmungsmache über die Stellung Italiens ein Ende gemacht. „Der Große Rat erklärt, daß die Beziehungen zwischen Italien und Deutschland so bleiben, wie sie von dem Bündnispaakt und bei dem wiederholten Gedankenaustausch festgelegt worden sind, der vorher und nachher in Mailand, Salzburg und Berlin stattgefunden hat“, so heißt es in diesem Tagesbefehl. Wie die italienische Presse in ihren Meldungen aus London und Paris feststellte, hat der Tagesbefehl mit seiner Befräftigung des deutsch-italienischen Bündnisses in der öffentlichen Meinung Englands und Frankreichs einen nachhaltigen Eindruck gemacht, was sich besonders durch die recht frankeligen und vorsichtig gehaltenen Kommentare der Presse äußerte.

Die Presse Italiens unterstrich die einzelnen im Tagesbefehl des faschistischen Großrates erwähnten Elemente der italienischen Außenpolitik, nämlich Nichtbeteiligung Italiens am Krieg, Fortdauer des deutsch-italienischen Bündnisses, vitales Interesse Italiens als große Balkanmacht an allen Ereignissen auf dem Balkan, Aufrechterhaltung und Sicherheit des italienischen Handelsverkehrs zur See, und betonte den Willen und die Kraft Italiens, diese außenpolitischen Grundzüge zur Durchsetzung zu bringen. Der bekannte Offiziosus der italienischen Regierung in außenpolitischen Fragen, Gayda, brachte im „Giornale d'Italia“ am 8. Dezember hierzu bemerkenswerte Ausführungen: Der Tagesbefehl räume mit allen jenen ausländischen Stimmen und Rändern auf, die der italienischen Regierung unzutreffende Tendenzen zuschreiben oder Aufgaben anvertrauen wollten. Er bestätige die Stetigkeit und Bestimmtheit der Interessen und außenpolitischen Richtlinien Italiens. Die bewaffnete Nichtkriegführung Italiens bedeute, daß Italien Gewehr bei Fuß den Gang der Ereignisse aufmerksam beobachte und ihre Entwicklung nach Maßgabe der italienischen Interessen verfolge. Die Haltung Italiens sei mit einem Wort keine Neutralität, Italien behalte sich volle Entscheidungs- und Handlungsfreiheit vor. Auf dem Balkan habe in den letzten Wochen ein starkes Intrigenpiel des Auslandes eingesetzt. Man könne nicht oft genug wiederholen, daß die italienische Politik eine ihr lebenswichtige Grundlage außer im Mittelmeer und in anderen Gebieten auch im Balkan habe. Durch die Vereinigung mit Albanien sei Italien die größte Balkanmacht geworden.

Eine ähnlich realistische Haltung hat Italien auch gegenüber dem finnisch-russischen Konflikt eingenommen im Sinne der Ausführungen des „Lebereg“ vom 4. Dezember, der seine Leser vor jeder falschen Sentimentalität warnte, daran erinnerte, daß die nordischen Staaten von den Westmächten stets in deren eigenem Interesse eingesetzt worden und von England als Glieder eines Sicherheitsgürtels gegen Rußland gedacht gewesen seien. Der beste Beweis für den Einsatz dieser Staaten im Dienste fremder Interessen habe ihre Teilnahme an den Sanktionen gegen Italien während des Äthiopienkrieges gebildet, wo sie sich durch eine besonders anti-italienische Haltung hervorgetan hätten. Italiens Haltung in bezug auf Sympathie werde Finnland gegenüber auf den Millimeter genau die gleiche sein, die Finnland seinerzeit Italien gegenüber bewiesen habe. Am 6. Dezember wies Gayda im „Giornale d'Italia“ mit Entschiedenheit alle Versuche zurück, die darauf abzielten, Italien irgendeine Rolle im russisch-finnischen Konflikt übertragen zu wollen. Man nenne Italien seit zwei Monaten in Verbindung mit einem sogenannten Balkanblock, und jetzt wolle man ihm eine Rolle gegen Rußland im Völkerbund zuschieben. Aber Italiens Austritt aus dem Völkerbund sei unwiderruflich. Tatsächlich ist Italien am 11. Dezember auch formell aus dem Völkerbund ausgeschieden, d. h. zwei Jahre nach seiner Austrittserklärung, wie es Artikel 1 Absatz 3 der Bundesfassung vorsieht. Die italienische Presse begleitete dieses Ereignis mit entsprechenden Kommentaren, und das „Giornale d'Italia“ charakterisierte gleichzeitig die „Aktion“ der Genfer Liga im russisch-finnischen Konflikt mit dem Satz, der endgültige Abbruch der letzten Beziehungen zwischen Italien und Genf erfolge im gleichen Augenblick.

da der Völkerbund der Welt ein neues Schauspiel empörender egoistischer Intrigen gegenüber einem ernstem europäischen Ereignis biete.

Italien ist Großmacht und kann Großmachtspolitik treiben. Die anderen neutralen Staaten Europas, die vom Krieg der Westmächte gegen Deutschland unmittelbar berührt werden, sind nicht in dieser Lage und deshalb gegenüber den Übergriffen Englands weniger stark, freilich auch nicht von einem genügend starken Widerstandswillen befeelt. Sie werden durch Englands völkerrechtswidrige Blockade gegen Deutschland immer mehr geschädigt. Steigende Arbeitslosenziffern, absinkende Außenhandelszahlen, Verschlechterung der Wirtschafts-, Finanz- und Währungsfrage, ansteigende Verluste an Schiffen und Menschenleben durch die Auswirkungen des Seekrieges, Proteste der Regierungen, der Presse und von Einzelpersonlichkeiten gegen diese Schädigungen einerseits und fortwährende Bemühungen, auf dem Verhandlungswege mit den kriegführenden Staaten diese Schädigungen abzuwenden oder zu vermeiden, dazu eine gesteigerte Einsicht in die Notwendigkeit der Neutralität und in deren Erfordernisse kann man als die Kennzeichen der Lage in der Schweiz, Belgien, Holland und den nordischen Staaten zusammenfassend ansprechen.

Im neugewählten Schweizer Nationalrat wurde die Eröffnungssitzung am 4. Dezember mit einer Rede eröffnet, in der es u. a. hieß: „Die Neutralität, wie sie sich in der Schweiz herausgebildet hat, ist ein völkerrechtlicher Begriff, beruhend auf völkerrechtlichen Verträgen. Sie ist aber auch eine innere staatsrechtliche Maxime, die auf dem einheitlichen Willen des Schweizer Volkes beruht. Diesem inneren und äußeren Neutralitätsgesetz muß auch unsere Neutralitätspolitik dienen. Regierung und Volk müssen in ihrem ganzen Verhalten die Nichtbeteiligung am Kriege dokumentieren, so daß sich unsere Neutralitätspolitik sowohl als ein äußerer völkerrechtlicher wie ein innerer staatsrechtlicher Akt darstellt.“ Diese Definition eignet sich sehr wohl auch als Mahnung an gewisse Teile der schweizerischen „öffentlichen Meinung“, die es öfter an der Neutralität der Gesinnung Deutschland gegenüber hat fehlen lassen!

Aus Belgien sind in letzter Zeit wieder sehr scharfe Klagen und Proteste gegen die völkerrechtswidrige englische Blockade und ihre Auswirkungen laut geworden, nicht zuletzt weil England sich sogar anmaßt, den Handel zwischen Belgien und seiner Kongo-Kolonie zu kontrollieren und zu stören. Die belgische Presse, besonders die „Libre Belgique“ vom 14. Dezember, forderte die belgische Regierung auf, viel energischer als bisher gegen England vorzugehen. Am 6. Dezember wurde von offizieller belgischer Seite mitgeteilt, daß mit Frankreich und England Teilabkommen bezüglich der belgischen Einfuhren in Vorbereitung seien, über deren Umfang im einzelnen freilich bisher nichts bekannt wurde.

In Schweden wurde nach langen Verhandlungen am 13. Dezember eine Regierungsumbildung vollzogen, wobei u. a. der bisherige einseitig westmächtilich und stark völkerbündlerisch orientierte Außenminister Sandler durch einen Berufsdiplomaten ersetzt wurde. In ihrer Regierungserklärung bezeugnete sich die neue Regierung als eine Sammlungsregierung, die dem Willen des schwedischen Volkes nach Selbständigkeit und Neutralität Vertrauen und Respekt verschaffen wolle. Ein Beiseiteschieben innerpolitischer Meinungsverschiedenheiten sei notwendig, und es sei eine nationale Pflicht für jeden, in seinen Äußerungen und Handlungen die Zurückhaltung zu wahren, die notwendig sei, um nicht die verantwortungsvolle Arbeit der Staatsführung zu erschweren und in Gefahr zu bringen. Die Stockholmer Zeitung „Aftonbladet“ unterstrich am 13. Dezember die Notwendigkeit der Neutralität und zugleich die Schicksalsgemeinschaft zwischen Deutschland und dem germanischen Norden. Leider seien die Bestrebungen der außenpolitischen Führung nach ehrlicher Neutralität oft durch eine Pressenkampagne sabotiert worden, die gegen den Nationalsozialismus gerichtet gewesen sei und die politische Atmosphäre vergiftet habe. Das ganze nordische Schicksal ruhe vielleicht gegenwärtig darauf, daß die gegenseitige Freundschaft und das Vertrauen, das jahrhundertlang das Verhältnis zwischen Deutschland und Schweden geprägt habe, wieder angeknüpft werde. Das werde die nächste und wichtigste Aufgabe der außenpolitischen Führung Schwedens sein. Es scheint demnach, daß sich in Schweden eine realistischere Auffassung der europäischen Lage durchsetzt.

In Dänemark wurde von Staatsminister Stauning im Folketing am 5. Dezember eine Erklärung über die Haltung Dänemarks gegenüber dem finnisch-russischen Konflikt im Sinne des Festhaltens an der Politik einer unbedingten Neutralität abgegeben. Ihr entspricht auch die Haltung der anderen nordischen Staaten. Sie wird uns im Zusammenhang des finnisch-russischen Konfliktes noch beschäftigen.

Die baltischen Staaten haben sich noch eindringlicher bemüht, diesem Konflikt fernzubleiben und außerdem alles zu vermeiden, was ihr neues Verhältnis zu Rußland schädigen könnte. Im übrigen hat in Reval am 7. und 8. Dezember die zehnte Konferenz der Außenminister der baltischen Staaten stattgefunden. Die amtliche Verlautbarung über diese Konferenz unterstrich die Feststellung der Neutralitätspolitik und des Willens zu ihr auch für die Zukunft. Die Konferenz hat außerdem beschlossen, die Tätigkeit der drei Staaten bei der Lösung der sich aus dem Wirtschaftskrieg ergebenden Probleme zu koordinieren, d. h. die drei Staaten wollen die Störungen ihres Wirtschaftslebens infolge des Krieges möglichst weitgehend durch Zusammenarbeit zu vermindern suchen, z. B. auch durch gemeinsame Einkäufe und gemeinsame Transportorganisationen. Die nächste Konferenz der Außenminister der baltischen Staaten soll im März 1940 in Riga stattfinden.

Die nordischen und die baltischen Staaten als Nachbarländer Finnlands fühlen sich naturgemäß durch den finnisch-russischen Konflikt stark in Mitleidenschaft gezogen. In den nordischen Staaten stellte man sich trotz Innehaltung der staatlichen Neutralität moralisch und stimmungsmäßig ganz auf die Seite Finnlands, während die baltischen Staaten auch hinsichtlich der öffentlichen Meinung sich eine neutrale Haltung angelegen sein ließen. Hinsichtlich der Ursachen des Konfliktes erfuhr man durch eine am 12. Dezember aus Helsinki gemeldete Veröffentlichung von Dokumenten über die finnisch-russischen Verhandlungen, die dem Konflikt vorausgegangen waren. Genauer über die von der Sowjetregierung Finnland gegenüber geäußerten Wünsche. Sie bezogen sich auf Verpachtung von Gangö zwecks Schaffung eines russischen Flottenstützpunktes, Überlassung einer Anzahl von Inseln im Finnischen Meerbusen, eines Teiles der Fischereihalbinsel im Eismeer, Desarmierung der befestigten Zonen auf der Kareliischen Landenge, Verstärkung des finnisch-russischen Nichtangriffspaktes im Sinne gegenseitiger Verpflichtung, keine Bindung einzugehen, die sich gegen einen der Vertragspartner richten, wofür russischerseits gewisse Gebietsübertragungen an Finnland erfolgen sollten. Finnland war bereit, einem Teil dieser Wünsche zu entsprechen, lehnte jedoch die Überlassung Gangös als russische Flottenbasis und die Aufgabe der finnischen befestigten Zone auf der Kareliischen Landenge ab. Es ergibt sich demnach, daß der beiderseitige Standpunkt sich bereits genähert hatte. Offenbar hat die finnische Regierung jedoch, vermutlich nicht ohne Einfluß der Westmächte, den Ernst des russischen Willens, die militärische und politische Sicherung der als lebenswichtig angesehenen Finnischen Bucht durchzusetzen, unterschätzt, desgleichen daß Finnland beim Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes auf sich selbst angewiesen sein würde, und daß die wesentliche Veränderung der politischen Lage in Osteuropa seit Anfang September auch für Finnland Auswirkungen haben müsse.

Nachdem Rußland am 30. November zur militärischen Aktion geschritten war, erschien am 1. Dezember ein Aufruf des „Zentralkomitees der kommunistischen Partei Finnlands“ in der Moskauer „Pravda“, der zum Kampf für eine völlige Neugestaltung Finnlands unter engstem Anschluß an Rußland, jedoch unter Erhaltung der staatlichen Selbständigkeit aufrief. Gleichzeitig wurde die Bildung einer „Volksregierung der demokratischen Republik Finnland“ in Terijoki, einem finnischen Ort unweit der russischen Grenze auf der Kareliischen Landenge, unter Führung von Kuusinen mitgeteilt. Die Regierung Kuusinen wurde sofort von der Sowjetregierung anerkannt. Gleichzeitig ward in Helsinki unter Führung des Direktors der Finnischen Bank, Ryti, eine neue Regierung gebildet, die offenbar zu einer Verständigung mit der Sowjetregierung gelangen wollte. Am 2. Dezember erfolgte in Moskau jedoch der Abschluß eines Beistands- und Freundschaftsvertrages der Sowjetunion mit der „finnischen demokratischen Republik“, der eine Erfüllung der bei den finnisch-russischen Verhandlungen im November von der russischen Regierung angemeldeten Wünsche mit gewissen Erweiterungen, auch hinsichtlich der territorialen und sonstigen Gegenleistungen Rußlands, und die Begründung eines den Beistands-

gelehnt, die auf eine rasche Beendigung des Krieges hinausgelaufen wären". Im weiteren wurde von einer traurigen Entwicklung des Völkerbundes zu einem Instrument des englisch-französischen Kriegsblocks und zu einer Waffe der Kriegsinteressen der herrschenden Imperialisten gesprochen und betont, letzten Endes könne die Sowjetunion von dem Ausschluß aus der Liga nur gewinnen.

Aus den Verhandlungen der Genfer Liga über den finnisch-russischen Konflikt ist noch zu erwähnen, daß sie den Verfall der Liga z. B. durch die sehr vorsichtige Haltung einer größeren Anzahl von europäischen Staaten und durch den bölligen Verzicht auf jeden Versuch der Aktivierung des gerade von Frankreich immer als Kern und Prüfstein der Sitzung behandelten Artikel 16 über die Sanktionen erneut herausstellten. Nach dem Ausschluß Rußlands sind nunmehr von den Großmächten der Erde nur noch zwei, England und Frankreich, Mitglieder der Genfer Liga, deren Vertreter sich denn auch eifrig bemühten, die Genfer Plattform zu Sekreden gegen Deutschland auszunutzen. Die Gefühle der kleinen neutralen Staaten gab die Kopenhagener Zeitung „National-Tidende“ am 15. Dezember mit der Frage wieder: „Ist dieser Torso einer zwischenstaatlichen Organisation nicht nach und nach für seine Mitglieder gefährlicher geworden als für die Außenstehenden, die sein Bannstrahl trifft?“

Der französische Ministerrat vom 16. Dezember „beglückwünschte einstimmig die französische Abordnung in Genf, die zusammen mit der britischen Abordnung an der allgemeinen Beurteilung des russischen Angriffs gegen Finnland teilgenommen hat.“

Die russische Regierung ist auf anderem Gebiet eine Antwort an Frankreich und England nicht schuldig geblieben, nämlich auf dem des Seekrieges. Am 10. Dezember überreichte sie der britischen Botschaft in Moskau eine scharfe Protestnote gegen die englische Verordnung vom 28. November über die Ausdehnung der Blockade auf die deutsche Ausfuhr, die eine Verletzung des Völkerrechts ohne Präzedenzfall in der Geschichte der internationalen Beziehungen genannt und in der das Recht der Sowjetregierung auf Schadenersatz für den Fall von Schädigungen des Sowjet-handels vorbehalten wurde. Die sowjetamtliche „Iswestija“ schrieb dazu am 11. Dezember, die englische Verordnung vom 28. November „setze die Linie der direkten Verletzungen der Normen des Völkerrechtes fort, die die englische Regierung schon seit den ersten Kriegstagen unabänderlich befolge“.

Auch die Regierung der Vereinigten Staaten entschloß sich nach einigem Zögern am 9. Dezember zu einer Protestnote gegen die englische Verordnung vom 28. November und behielt sich ebenfalls alle Rechte und etwaigen Ansprüche vor.

Im fernen Osten ist Japan einerseits befreit, seine Ziele in China militärisch und politisch konsequent weiter zu verfolgen. Gleichzeitig bemüht es sich um eine Verständigung nach allen Seiten. Am 13. Dezember gab das Auswärtige Amt in Tokio bekannt, daß Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Japan und der Sowjetunion gegen den 10. Januar 1940 in Moskau beginnen würden, daß Japan andererseits sein möglichstes tue, um alle schwebenden Fragen, die zwischen Japan und den Vereinigten Staaten in der Vergangenheit aufgetaucht seien, durch aufbauende Maßnahmen für das Ordnen der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu regeln. Eine Einigung über die Fischerei-Frage scheint mit Rußland erfolgt zu sein. Die in letzter Zeit beobachtete Versteifung der Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten scheint beiderseits auch in der Absicht erfolgt zu sein, die eigene Position bei zukünftigen Verhandlungen über eine Regelung der Streitfragen zu verbessern. Solche Verhandlungen haben inzwischen eingesezt. Japan möchte einen Handelskrieg mit den Vereinigten Staaten vermeiden, ebenso wie diese letzteren wohl selbst. Dies ergibt sich u. a. aus einer offiziellen Verlautbarung vom 4. Dezember über Besprechungen zwischen dem japanischen Außenminister Nomura und dem amerikanischen Botschafter in Tokio, Brew, die „in konstruktivem Geiste“ geführt worden seien und auch einen freimütigen Gedankenaustausch zwecks Herbeiführung einer günstigen Atmosphäre für Verhandlungen über die Frage der Erneuerung des amerikanisch-japanischen Handels- und Schifffahrtsvertrages von 1911 umfaßt hätten.

Dr. S.

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Wir beginnen in diesem Band mit der Wiedergabe des Inhaltes des zweiten deutschen Weisbuchs, das die Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges veranschaulicht (siehe auch S. 5).

Übersicht

Die nachfolgenden Dokumente sollen ein Bild von der Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges geben. Sie beschränken sich nicht auf die dem Kriegsausbruch unmittelbar vorausgehenden Wochen, sondern ermöglichen darüber hinaus die Bildung eines unabhängigen Urteils über die weiter zurückliegenden Ursachen des Konflikts. Die Dokumente begleiten zunächst die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen von Versailles bis zur Ablehnung des deutschen Angebots zur gütlichen Lösung der Danzig- und Korridorfrage durch Polen. Hierbei sind die Ereignisse von 1933 bis zur Gegenwart eingehend belegt, während für die vorausgegangenen Jahre lediglich die Lage der deutschen Volksgruppe in Polen und Polens Vorgehen in Danzig an einigen besonderen Beispielen in Erinnerung gerufen werden. Die Dokumente folgen sodann dem Gang der britischen Kriegspolitik seit der gemeinsamen deutsch-englischen Erklärung von München. Eine Darstellung der Bemühungen des Reichs um Sicherung friedlicher Beziehungen zu seinen Nachbarländern schließt sich an. Damit sind die Grundlagen für das Verständnis der Schlussphase gewonnen, in der die britische Politik zur Auslösung des Konflikts führt.

Erstes Kapitel

Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen

A. Der Kampf Polens gegen das Deutschtum in Polen und gegen Danzig von 1919 bis 1933

I. Zur Lage der deutschen Volksgruppe in Polen

Die deutsch-polnischen Beziehungen haben seit dem Augenblick der Wiederaufrichtung eines selbständigen polnischen Staates in Versailles unter einem mehrfachen Verhängnis gestanden. Erstens erklärte sich Polen unter Berufung auf eine angeblich tausendjährige Mission zum Erbfeind der Deutschen. Es begründete damit nicht nur seine Ansprüche auf deutsches Reichsgebiet, sondern geradezu seine Existenzberechtigung und empfahl sich so den Siegermächten als zuverlässigen, jederzeit einsatzfähigen Alliierten zur Niederhaltung Deutschlands. Zweitens: Es wurde in dieser Funktion von den Westmächten bestätigt und durch Einbeziehung zunächst in das französische Bündnisssystem beauftragt, den östlichen Sektor der permanenten Einkreisung zu übernehmen und die Tradition der Zweifrontenlage für Deutschland fortzusetzen. Das deutsch-polnische Verhältnis wurde drittens von Anfang an durch die Überlassung einer starken deutschen Volksgruppe vergiftet, die sofort dem schärfsten Kolonisierungszwang unterworfen war. Viertens stellten die Abtretungen deutschen Reichsgebiets im Osten die größten Ungerechtigkeiten des Friedensdikates dar. Sie wurden nicht nur vom deutschen Volk, sondern auch von maßgebenden alliierten Staatsmännern als so unhaltbar empfunden, daß sich jedermann darin einig war, daß an dieser Stelle die erste Wiedergutmachung einsetzen mußte, wenn nicht hier der nächste kriegerische Konflikt in Europa ausbrechen sollte.

Lord George hat in einer Denkschrift für die Konferenz von Versailles am 25. März 1919 (Dokument Nr. 1) auf diese künftige Kriegsursache ebenso aufmerksam

gemacht wie die Deutsche Friedensdelegation (Nr. 2). Selbst der Vorsitzende des Obersten Rates Clemenceau hat in dem bekannten Brief an Baderewski vom 24. Juni 1919 (Nr. 3) Polen auf die Bedeutung einer solchen Volkstumshypothese hingewiesen und den Abschluß und die Einhaltung eines entsprechenden Minderheitenschutzvertrages (Nr. 4) zur Voraussetzung dafür gemacht, daß Polen die deutschen Gebiete erhielt. Damit war zugleich die feierliche Verpflichtung der Alliierten Mächte festgelegt, die Einhaltung dieses Grundgesetzes der deutschen und übrigen Volksgruppen in Polen sicherzustellen. Der Wortlaut des Vertrages läßt keinen Zweifel darüber, wozu sich Polen gegenüber dem mehr als 40 v. S. nichtpolnischen Einwohnern des neuen Staates verpflichtet hat. Die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen von 1919 bis 1930 ist aber, wie die hier vorgelegten Urkunden zeigen, zur Geschichte einer permanenten Verletzung dieses Vertrages durch Polen und zur Geschichte einer stillschweigenden Mittäterschaft des Völkerbundes und der Garantmächte geworden. Schon am 20. November 1920 sah sich die Deutsche Regierung genötigt, aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten und der Polnischen Regierung eine umfassende Beschwerde zu überreichen (Nr. 5). Sie mußte feststellen, daß „der Deutsche in Polen vogelfrei“ sei. Die Rede des volksdeutschen Abgeordneten Spidermann im Polnischen Sejm vom 23. Januar 1923 (Nr. 6) bestätigt den Eindruck, daß der Minderheitenschutzvertrag, „die Magna Charta unserer Existenz“, vom ersten Tag an gebrochen wurde. Einige Monate später kündigte der damalige Ministerpräsident General Siforski in öffentlicher Rede als Regierungsprogramm „die Liquidation deutscher Güter und die Entdeutschung der westlichen Provinzen“ an und erging sich in scharfen Äußerungen gegen Danzig (Nr. 7). Mitte 1923 hatte die Austreibung der Deutschen bereits einen außerordentlichen Umfang angenommen (Nr. 8). Polnische Maßnahmen gegen den deutschen Grundbesitz, wie sie z. B. der Ständige Internationale Gerichtshof in seinem Gutachten vom 10. September 1923 als „nicht im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der Polnischen Regierung stehend“ bezeichnete (Nr. 9), verstärkten den Zwang zur Abwanderung. Im September 1931 wurde von polnischer Seite zugegeben, daß bereits rund eine Million Deutsche aus Polen verdrängt waren (Nr. 10). Weder die Garantmächte noch der Völkerbund, der inzwischen nicht nur von der deutschen, sondern auch von der ukrainischen Volksgruppe immer wieder um Schutz gegen die ständige Verletzung der Minderheitenbestimmungen durch Polen angerufen worden war (Nr. 9, Anm.), sind in dessen ihrer Pflicht nachgekommen. Aus einer Debatte im Britischen Oberhaus — einer von vielen im Britischen Parlament — vom 15. Juni 1932 (Nr. 11) geht hervor, daß man in England die Mißhandlung der Volksgruppen in Polen und die Gefahr für den europäischen Frieden kannte, daß aber nichts geschah, um rechtzeitig eine Änderung herbeizuführen. Bereits im März 1933 hatte der Vernichtungskampf Polens gegen die wirtschaftliche Existenzbasis und den kulturellen Besitzstand der deutschen Volksgruppe einen erschreckenden Umfang angenommen (Nr. 12).

II. Zum Vorgehen Polens in Danzig

Die Polonisierungspolitik setzte sofort auch gegen die Freie Stadt Danzig ein. Die deutsche Friedensdelegation hatte unter Berufung auf die Erklärungen des Präsidenten Wilson vergebens gegen die Abtrennung Danzigs protestiert (Nr. 13). Polen betrachtete den neuen status in Danzig von Anfang an nur als Ausgangsstellung für die endgültige Polonisierung. Es zog mit 24 Behörden (Nr. 14) in Danzig ein und sah in jeder von ihnen eine polnische Zelle und Wachstumsspitze. Aus einer Feststellung des Oberkommandos der Wehrmacht nach Abschluß des polnischen Krieges (Nr. 437) geht hervor, daß die wichtigsten dieser Behörden zu militärischen Stützpunkten ausgebaut worden waren. Die Freie Stadt Danzig hat unablässig den Völkerbundskommissar bzw. den Völkerbundsrat gegen polnische Aktionen anrufen müssen. Unter Mißbrauch polnischer Privilegien im Post- und Eisenbahnwesen (Nr. 15 und 16), gestützt auf chauvinistische polnische Studentenvereinigungen sowie auf militärische Organisationen (Nr. 17 und 18), vor allem aber auch durch Anwendung schärfsten wirtschaftlichen Druckes (Nr. 19) hat Polen unablässig versucht, Danzig zur Unterwerfung unter polnische Interessen zu zwingen. Eigenmächtige Eingriffe Polens in die Hoheitsrechte Danzigs betrafen die verschiedensten Seiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens der Freien Stadt (Nr. 20). Als ein be-

sonders gefährliches Element des polnischen Vordringens erwiesen sich die polnischen militärischen Anlagen auf der Westerplatte. Sie wurde von Polen stets als militärischer Stützpunkt angesehen und entsprechend ausgebaut (Nr. 21). Die Verstärkung der polnischen Garnison auf der Westerplatte (Nr. 21, 22) und das unangemeldete Verbleiben eines polnischen Munitionsdampfers im Munitionsbecken der Westerplatte (Nr. 23) im März 1933 stellten so eindeutige polnische Rechtsverletzungen dar, daß sich auch unter den Diplomaten in Warschau kaum jemand fand, der nicht die polnische Handlungsweise scharf verurteilt hätte (Nr. 24). Während Polen so seine Stellung in Danzig mit allen Mitteln zu erweitern suchte, wurde gleichzeitig durch die Errichtung und einseitige Begünstigung des polnischen Konkurrenzhafens Gdingen dem Danziger Hafen von Polen schwerster Schaden zugefügt (Nr. 25).

B. Deutschlands Bemühen um eine Verständigung mit Polen, 1933 bis 1939

I. Verhandlungen über ein deutsch-polnisches Verständigungsabkommen

(Mai 1933 bis Januar 1934)

Im Interesse des nachbarlichen wie des europäischen Friedens entschloß sich der Führer sofort nach der Machtübernahme, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine ganz neue Grundlage zu stellen und zu diesem Zwecke eine Verständigung mit Polen herbeizuführen. Die deutschen Verständigungsbemühungen setzten im Mai 1933 ein und dauerten bis 1939 fort. Am 17. Mai 1933 deutete der Führer im Reichstag zum ersten Male öffentlich an, daß eine Lösung im Osten gefunden werden müsse (Nr. 29), nachdem er schon in seiner Unterredung mit dem Polnischen Gesandten am 2. Mai diese Notwendigkeit sehr deutlich unterstrichen hatte (Nr. 26). Man leitete die Verständigungspolitik zunächst durch Verhandlungen über die Wiederherstellung des Stillfriedens ein (Nr. 30, 31). Nachdem der Führer im Oktober 1933 erneut öffentlich seiner Verständigungsbereitschaft Ausdruck gegeben hatte, kam es am 15. November 1933 zu der Unterredung zwischen dem Führer und Hoffkaster Lipfki, in der der Entschluß des Führers und des Marschalls Bilsudski für beide Staaten festgelegt wurde, „in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten“ (Nr. 32). Unmittelbar darauf beauftragte der Führer den Deutschen Volschafner in Warschau, Marschall Bilsudski persönlich den Abschluß einer schriftlichen Abmachung vorzuschlagen und einen Entwurf hierfür zu überreichen (Nr. 33). Es stand jedoch von vornherein fest, daß für Deutschland die geplante Abmachung „in keiner Weise die Anerkennung der heutigen deutschen Ostgrenzen in sich schließt“, sondern daß mit der ins Auge gefaßten Erklärung eine Grundlage für die Lösung aller Probleme, also auch der territorialen, geschaffen „werden sollte“ (Nr. 33). Deutschland hat somit das Abkommen von 1934 stets als jenen freundschaftlichen Rahmen angesehen, innerhalb dessen im Interesse des ungeföhrten Zusammenlebens der beiden Völkler eine friedliche Lösung auch der territorialen Fragen erzielt werden konnte. Marschall Bilsudski äußerte sich sofort zustimmend zu dem deutschen Vorschlag einer schriftlichen Abmachung. Wie skeptisch allerdings selbst er die Möglichkeit einer wirklich grundlegenden Umstellung des deutsch-polnischen Verhältnisses beurteilte, zeigt seine Äußerung, „daß sich aus der tausend Jahre alten Deutschfeindlichkeit des polnischen Volkes große Schwierigkeiten ergeben würden“ (Nr. 34). Während nach deutscher Ansicht das geplante Abkommen eine Möglichkeit schaffen sollte, um alle die deutsch-polnischen Beziehungen belastenden Fragen allmählich einer Regelung zuzuführen, machten die polnischen Verhandlungsführer sofort den bezeichnenden Versuch, die Fragen der deutschen Volksgruppe vom Geltungsbereich des Abkommens auszuschließen (Nr. 35, 36). Am 26. Januar 1934 wurde das Verständigungsdokument unterzeichnet und bekanntgegeben (Nr. 37). Von deutscher Seite war man ehrlich gewillt, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Nur der Führer selbst besaß die Autorität im deutschen Volk, nicht nur vergessen zu machen, was gewesen war, sondern auch die öffentliche Meinung zu einer positiven Einstellung gegenüber Polen zu veranlassen. Selbstverständlich erwartete Deutschland, daß von nun an auch die Lage der deutschen Volksgruppe in Polen grundlegend gebessert würde.

II. Keine Besserung der Lage der deutschen Volksgruppe durch die deutsch-polnische Verständigungspolitik

(November 1933 bis August 1934)

Die Erwartung wurde enttäuscht. Wenige Tage nach der historischen Unterredung zwischen dem Führer und Botschafter Lipski meldete das Konsulat Thorn, daß es bei schweren Ausschreitungen gegen Volksdeutsche in Graudenz mehr als zwölf Verletzte und einen Toten gegeben hatte (Nr. 39, 40). Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, der Schweizer Calonder, mußte Ende 1933 hinsichtlich der Behandlung der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien „zu seinem großen Bedauern feststellen, daß die Politik der Verständigung noch keinerlei Besserung gebracht hatte“, während im deutschen Teil seines Bezirks kaum Anlaß zu einer Beanstandung bestehe (Nr. 41). Auch die Unterzeichnung des Verständigungsabkommens wurde mit neuen antideutschen Aktionen quittiert (Nr. 42 bis 47). Die deutschen Vertretungen in Polen kamen Mitte 1934 zu dem Urteil: Es ist keine Wendung zum Besseren, sondern eine Verschärfung der Lage der deutschen Volksgruppe zu spüren.

III. Polen entzieht sich der Minderheitenkontrolle des Völkerbundes

(September bis November 1934)

Wir wissen heute, daß Polen in dem Abkommen mit Deutschland ein willkommenes Mittel erblickte, um die deutsche Volksgruppe binnen 10 Jahren auf kaltem Wege endgültig zu liquidieren, in der Annahme, daß Deutschland und die deutsche Presse im Sinne des Verständigungsabkommens stillhalten würden (vgl. auch Nr. 54 und 145). Auch die lästige Kontrolle des Minderheitenschutzvertrages durch den Völkerbund mußte beseitigt werden. Am 13. September 1934 kündigte Polen vor der Völkerbundsversammlung die Zusammenarbeit mit dem Völkerbund bei der Durchführung des Minderheitenschutzvertrages auf (Nr. 48, 49). Praktisch lief das polnische Vorgehen auf die Außerkräftsetzung des Minderheitenschutzvertrages hinaus. Die westlichen Garantiemächte England und Frankreich haben es bei einer formalen Rüge in der Völkerbundsversammlung bewenden lassen, obwohl sie sich über den Ernst und die Tragweite der polnischen Aktion klar sein mußten. Von deutscher Seite konnte der polnische Schritt nur mit ausdrücklichen Vorbehalten aufgenommen werden, da die Polen auferlegten Minderheitenschutzverpflichtungen das „Gegenstück zu der besonders ungünstigen Grenzziehung der Pariser Friedenskonferenz“ darstellten (Nr. 50, 51). Der Reichs Außenminister beauftragte deshalb den Deutschen Botschafter in Warschau, der Polnischen Regierung ausdrücklich mitzuteilen, daß sich Deutschland am Schicksal des Deutschtums nicht desinteressieren könne, zumal die Minderheitenrechte ein integrierender Bestandteil der Gesamterreglung von 1919 seien (Nr. 52). Der polnische Außenminister gab darauf die ausdrückliche Erklärung ab, daß die Minderheitenrechte auch weiterhin durch die polnische Verfassung geschützt werden würden, und erklärte sich bereit, etwaige Beanstandungen Deutschlands zu prüfen (Nr. 53).

IV. Weitere Verschlechterung in der Lage der deutschen Volksgruppe

(November 1934 bis Oktober 1937)

Trotz der polnischen Zusicherungen blieb die Lage unverändert. Während die deutsche Presse im Interesse des nachbarlichen Friedens schweigt, setzt die polnische Verwaltung ihren Ausrottungskampf unter der Hand zielbewußt fort. Die Berichte der Deutschen Botschaft, der Generalkonsulate und Konsulate in Polen (Nr. 54 bis 80) können auch in der Zeit vom November 1934 bis Oktober 1937 immer wieder nur von neuen Aktionen gegen das Deutschtum berichten. Auf allen Lebensgebieten wächst die Verlustliste des Deutschtums an. Agrarreform, Arbeiterentlassungen, Schädigung von Hab und Gut der Deutschen, körperliche Angriffe und Terrorakte, die Sefaktionen des berüchtigten Westverbandes steigern sich immer mehr, die Kolonisierung der Schwerindustrie, des Grundbesitzes, des Arbeitsmarktes wird ergänzt

durch einheitlich geleitete Boykottaktionen. Die ersten Ansprüche auf weiteres deutsches Reichsgebiet tauchen auf. Deutsche Proteste bei der Polnischen Regierung werden gelegentlich mit Zusagen, meist aber mit Ausreden beantwortet, der deutsch-polnische Pressefrieden (Nr. 62) wird mißbraucht. Auch während dieses Zeitabschnittes müssen die deutschen Vertretungen in Polen feststellen, daß von einer Verständigung nichts zu spüren, sondern eine Verschlechterung zu beobachten ist.

V. Verhandlungen über eine deutsch-polnische Minderheiten- erklärung

(Januar bis November 1937)

Im Frühjahr 1937 macht Deutschland angeichts des bevorstehenden Ablaufes des Genfer Abkommens über Oberschlesien einen neuen Versuch, auf dem Weg freundschaftlicher Verhandlungen zu einem freiwillig unterzeichneten, beiderseitigen Minderheitenschutzvertrag zu gelangen. Polen blieb auch nach dem Ablauf des Genfer Abkommens durch die Minderheitenschutzbestimmungen vom 28. Juni 1919 gebunden (Nr. 82). Der Deutsche Botschafter in Warschau muß aber schon bei der ersten Frühlingnahme feststellen, daß Polen nicht für einen zweiseitigen Minderheitenschutzvertrag zu haben ist (Nr. 83). Auch bei einem zweiten Versuch (Nr. 84) bleibt Polen bei seinem Nein. Bed ist der Ansicht, ein solcher Vertrag beeinträchtigt die polnische Souveränität. Auch die Verhandlungen über Fragen, die sich aus dem Ablauf des Genfer Abkommens ergeben, stoßen auf Schwierigkeiten, sobald Minderheitenprobleme berührt werden (Nr. 85, 86 und 92). Anfang Juni 1937 unternimmt Deutschland in Warschau einen neuen Schritt, um ein Minderheitenabkommen zustande zu bringen (Nr. 87, 88, 89). Dabei wird erneut klargelegt, daß „Polen als integrierender Bestandteil der Gesamtregelung von 1919 einseitige Minderheitenverpflichtungen übernommen hat“, auch wird die unhaltbare Lage des deutschen Volkstums eingehend erläutert. Im Interesse des nachbarlichen Friedens ist Deutschland bereit, sich statt eines zweiseitigen Vertrages mit einer öffentlichen, sachlich übereinstimmenden, gleichzeitigen Erklärung jeder Regierung zufrieden zu geben (Nr. 88). Witten in diese Verhandlungen plagen — nicht zufällig — neue polnische Gesetze hinein, die, am Tage nach Ablauf des Genfer Abkommens erlassen, in Oberschlesien vollendete Tatsachen und Ausgangsstellungen für den weiteren Liquidationsprozeß gegen das deutsche Volkstum schaffen sollen (Nr. 93 und 94). Schließlich gelingt es trotzdem, eine Einigung über den Wortlaut der Minderheitenerklärung zu erzielen, und der Termin der Veröffentlichung wird festgesetzt (Nr. 95). Da — am Tage vor der geplanten Veröffentlichung — wird in Ostoberschlesien ein neues, äußerst minderheitenfeindliches Schulgesetz erlassen, so daß an die Publikation der Minderheitenerklärung nicht zu denken ist (Nr. 96 und 97). Neue Verhandlungen werden notwendig, um die Auswirkung dieses Sabotageversuches des obererschlesischen Wojewoden Grażyński auszugleichen (Nr. 98 und 99). Am 5. November 1937 kommt es endlich doch zur Veröffentlichung der Minderheitenerklärung der beiden Regierungen (Nr. 101). Der Führer empfängt polnische Volksgruppenvertreter. Seinen herzlichen Worten (Nr. 102) steht eine kühlere Geste des Polnischen Staatspräsidenten gegenüber (Nr. 103). Immerhin spricht Außenminister Bed von dem ernsthaften Willen der Polnischen Regierung, die Minderheitenerklärung zum Ausgangspunkt einer Aktion für die Besserung der Lage zu machen (Nr. 100). Was Deutschland nach diesem neuen Verständigungsversuch von Polen erwartet, wird in einem Aide-Mémoire für den Polnischen Botschafter zusammengestellt (Nr. 104).

VI. Nichtbeachtung der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung durch Polen

(November 1937 bis November 1938)

Wieder folgt der Erwartung die Enttäuschung auf dem Fuße. Schon am 22. November 1937 meldet das Generalkonsulat Katowitz eine neue Bedrohungs- und Entlassungswelle (Nr. 105). Krakau berichtet von deutschfeindlichen Kundgebungen (Nr. 106). Der Deutsche Botschafter muß am 11. Dezember gegenüber dem Pol-

nischen Außenminister darauf hinweisen, daß sich in Oberschlesien nichts geändert habe, daß dort der Kampf gegen die evangelische Kirche noch schärfer geworden sei, daß die Aktionen des Westmarkenverbandes weitergehen und daß daher in Berlin schon das Gefühl einer gewissen Enttäuschung vorhanden sei (Nr. 109). Am 25. Januar 1938 muß der Bruch eines Gentlemen-Agreements in Schulangelegenheiten (Nr. 111), am 8. Februar ein Zweifel gegenüber polnischen Zusagen festgestellt werden (Nr. 112). Der deutsche Senator Wiesner kann im März 1938 vor dem Parlament geltend machen, daß in Oberschlesien für deutsche Arbeiter eine Arbeitslosigkeit von 60 bis 80 v. S. und für deutsche Jugendliche totale Arbeitslosigkeit bestehe (Nr. 113). Auch auf dem Schulgebiet tritt keine Erleichterung ein (Nr. 114). Westverband, Presse und andere Faktoren der öffentlichen Meinung in Polen gehen nicht nur über die Minderheitenerklärung, sondern auch über den deutsch-polnischen Frieden hinweg. Immer neue Kundgebungen, Demonstrationen, Heftartikel und Reden (Nr. 116 und 117) beweisen, daß das polnische Volk nicht daran denkt, Deutschland gegenüber moralisch abzurufen.

VII. Der deutsch-polnische Notenaustausch über das Olsagebiet und das polnische Vorgehen gegen die dortige deutsche Volksgruppe

(Oktober 1938 bis März 1939)

Die gleichen Erfahrungen macht Deutschland im Olsagebiet. Dieses Gebiet fiel Polen in der Auseinandersetzung mit der Tschecho-Slowakei durch die deutsche Freundschaft zu. Polen quittiert unmittelbar nach der Befreiung mit schärfstem Terror gegen das dortige Deutschtum wie gegen die tschechische Bevölkerung (Nr. 118). Ein deutscher Protest führt zu einer Ausdehnung der Minderheitenerklärung auf das Olsagebiet (Nr. 119). Trotzdem geht die Verdrängung und Entdeutschung auf allen Lebensgebieten weiter; die Zahl der Flüchtlinge geht in die Tausende (Nr. 120 und 121). Neue Vorstellungen (Nr. 122 und 125) bleiben erfolglos. Die deutsche Verlustliste an Arbeitsplätzen, Schulen, Grundbesitz und Kultureinrichtungen steigt rapide an. Der Deutsche Konsul in Teschen spricht von einer „groß angelegten Massenaktion gegen die gesamte deutsche und tschechische Arbeiter- und Angestellten-schaft“ (Nr. 126).

VIII. Zunehmende Verschärfung des polnischen Vorgehens gegen die deutsche Volksgruppe

(Oktober 1938 bis März 1939)

Nach dem Übergang des Olsagebiets an Polen verschärft sich auch in den übrigen Deutschtumsgebieten der polnische Druck von Monat zu Monat. Der Erfolg von Olsa führt zu Überheblichkeit (Nr. 128) und erweckt Appetit auf weiteren, diesmal deutschen Gebietszuwachs. Annexionistische Forderungen der polnischen Verbände und Zeitungen werden laut (Nr. 129 und 130), die Entlassungen in Oberschlesien setzen sich in raschem Tempo fort (Nr. 131 und 134), in den deutschen Schulen werden Bücher wie Goethes „Dichtung und Wahrheit“ verboten (Nr. 133). Im Januar 1939 setzen Verhaftungen ein, es kommt zu Enteignungen, die Volkstaktionen gehen weiter (Nr. 137, 138 und 140). Der deutschen Bevölkerung bemächtigt sich eine verzweifelte Stimmung (Nr. 142). Der Besuch des Reichsaußenministers v. Ribbentrop in Warschau und seine neuen Bemühungen um die deutsch-polnische Verständigung bleiben wirkungslos. Die Polnische Regierung läßt die Zügel schleifen und ist somit verantwortlich dafür, daß die antideutsche Welle am 24. und 25. Februar 1939 mit beleidigenden Demonstrationen vor dem deutschen Botschaftsgebäude (Nr. 146 und 147), mit Ausschreitungen in Posen (Nr. 148 und 150), in Krakau (Nr. 149) und anderen Städten ihren einstweiligen Höhepunkt erreicht. Die Ruße nach Eroberung Danzigs und anderer deutscher Gebiete werden immer häufiger (Nr. 151); Deutschland warnt Warschau (Nr. 152) unter Hinweis auf die Verantwortung, die Polen auf sich nimmt. Der Deutsche Botschafter v. Moltke muß feststellen, daß die Basis der deutsch-polnischen Verständigungsarbeit in Polen immer schmaler wird (Nr. 155).

IX. Fortsetzung der Enteignung deutschen Grundbesitzes in Richtung der Minderheitenerklärung (Februar 1938 bis Februar 1939)

Ein besonderes Kapitel des Kampfes gegen das Deutschtum ist die Enteignung des deutschen Grundbesitzes (Nr. 156 bis 168). Trotz des Verständigungsabkommens von 1934 und der Minderheitenerklärung von 1937 geht die Enteignung unter dem Vorwand der Agrarreform verschärft weiter, was zu wirtschaftlicher Schädigung der gesamten Volksgruppe führt und eine neue Abwanderungsbewegung hervorruft. Angesichts der Geringsfügigkeit der gezahlten Entschädigung (Nr. 159) stellen diese Enteignungen nur verschleierte Raub dar. Trotz deutscher Interventionen wächst mit jeder neuen Liste des zu enteignenden Bodens der absolute und relative deutsche Bodenverlust. Im November 1938 wird noch einmal der Versuch gemacht, eine Benachteiligung der deutschen Minderheit wenigstens für die Zukunft zu verhindern (Nr. 161). Zusagen werden gegeben (Nr. 162), aber die neue Liste der Enteignungen im Februar 1939 trifft den deutschen Grundbesitz noch stärker als im vergangenen Jahr (Nr. 163 und 164).

X. Weitere deutsche Versuche zur Verbesserung der Lage der deutschen Volksgruppe durch deutsch-polnische Besprechungen (November 1937 bis März 1939)

Trotzdem versucht das Reich, in einer neuen Anstrengung auf dem Verhandlungswege zu einer Verbesserung der Lage des Deutschtums zu kommen. Schon im November 1937 regt es wiederkehrende Aussprachen zwischen Vertretern beider Staaten über Minderheitenfragen an (Nr. 169). Eine polnische Antwort bleibt aus. Im Mai 1938 wird der Vorschlag wiederholt (Nr. 170). Am 9. Juli wird auf Weisung des Reichsaußenministers (Nr. 171) zum drittenmal der Versuch gemacht, Polen zu regelmäßigen Besprechungen von Minderheitenfragen im Geiste der Erklärung von 1937 zu bewegen (Nr. 172). Durch dilatorisches Verhalten (Nr. 173 und 174) zögert Polen die im November 1937 angeregten Besprechungen hinaus; erst bei dem Besuch des Reichsaußenministers in Warschau am 28. Januar 1939 wird der Beginn der Tagung endgültig zugesagt (Nr. 202), die schließlich am 27. Februar ihren Anfang nimmt (Nr. 175). Polen führt diese Besprechungen dann in einem so negativen Geist (Nr. 176), daß sich die deutsche Vertretung beim Abschluß am 29. März zu der Feststellung gezwungen sieht: „Die Polen denken nicht daran, ihre Politik gegenüber der deutschen Volksgruppe irgendwie zu ändern. Sie mögen auf weniger wichtigen Gebieten zu kleinen Zugeständnissen bereit sein, in den das Leben der deutschen Volksgruppe berührenden Fragen sind sie jedoch bestrebt, ihre bisherige Entdeutschungspolitik mit allem Nachdruck fortzusetzen“ (Nr. 178). Mit dieser Sabotage der unermüdblichen deutschen Versuche schließt ein langes, enttäuschendes Verständigungskapitel ab.

XI. Zur Lage in Danzig (1933 bis 1939)

In die deutsch-polnische Verständigung war auch Danzig einbezogen worden. Durch direkte Aussprache und Vereinigung vorhandener Schwierigkeiten wollte Danzig ebenfalls dazu beitragen, das deutsch-polnische Verhältnis von Grund auf zu bessern. Am 5. August 1933 kam es auf Danziger Initiative zu verschiedenen Abereinkommen, die langjährige Streitfragen regeln sollten (Nr. 179). Trotzdem gehen die Polonisationsversuche weiter (Nr. 180). Am 6. August 1934 werden Abmachungen über Wirtschafts- und Zollfragen unterzeichnet (Nr. 181). Polen hält jedoch an seinen Expansionsbestrebungen fest. Ihnen sollen die Militarisierung von 17 polnischen Vereinen und Verbänden in Danzig (Nr. 182) und die Massenfundierung deutschstämmiger Danziger Eisenbahner (Nr. 183, 184 und 186) dienen. Ende Juli 1935 führt ein polnischer Versuch, durch eine rechtswidrige Zollverordnung die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen des Danziger Hafens anzugreifen, zu einem ersten Konflikt (Nr. 185). Im Juli 1936 finden in Warschau große Demonstrationen gegen

Danzig statt, an denen sich auch regierungsfreundliche Verbände beteiligen; in Praveranschlägen wird verlangt, Polen in der deutschen Stadt „Mit-Hausherrenrechte“ zu verschaffen (Nr. 187). In Danzig kommt es zu Beleidigungen des Reichs und seiner Hoheitszeichen durch Mitglieder der polnischen Kolonie (Nr. 190). Im August 1938 geht eine antideutsche Propagandawelle durch ganz Polen. Danzig gehört zu ihren wichtigsten Agitationssternen. Der Ton ist auf aufreizende Setze und annektonistische Forderungen abgestellt (Nr. 193). Der Senatspräsident protestiert beim Vertreter Polens in Danzig, der seinerseits in einer polnischen Rundgebung auf Danziger Gebiet die Polen aufgefordert hatte, in der Hoffnung zu leben, „daß sie in Danzig in kürzester Zeit auf polnischem Boden wohnen würden“ (Nr. 192). Der Kampf gegen Danzig wird auf allen Lebensgebieten, vor allem auch wirtschaftlich geführt (Nr. 191). Immer wieder wird die Annexion Danzigs durch Polen gefordert oder angekündigt (Nr. 194 und 195). Auseinandersetzungen zwischen deutschen und polnischen Studenten werden in Warschauer Kreisen als Anlaß angesehen, „eine militärische Aktion gegen Danzig herbeizuführen“ (Nr. 196).

XII. Deutsche Bemühungen um eine gütliche Lösung der Danzig- und Korridorfrage

(Oktober 1938 bis Mai 1939)

Der zwölfte Abschnitt des Teiles B des ersten Kapitels bietet mit den Dokumenten Nr. 197 bis 216 die wichtigsten Beweisstücke für die Aufrichtigkeit und die Mäßigung, mit der Deutschland trotz aller Rückschläge zu einer endgültigen, für beide Teile ehrenvollen Lösung des deutsch-polnischen Grundproblems, der Danzig- und Korridorfrage zu kommen versuchte. Daß beide Fragen gelöst werden mußten, ergab sich aus der allgemeinen Zuspitzung des deutsch-polnischen Verhältnisses und des Volkstumsproblems. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß Deutschland die Lösung nicht gegen, sondern mit Polen auf dem Fundament der 1934 eingeleiteten Verständigung suchte und seine Forderungen auf ein Mindestmaß herabsetzte. Am 24. Oktober 1938 entwickelte Reichsaußenminister v. Ribbentrop dem Polnischen Botschafter zum erstenmal die deutschen Vorschläge, ihren Sinn und ihre Tragweite (Nr. 197). Sie haben sich in ihrer Substanz niemals geändert. Für die Rückkehr Danzigs zum Reich und eine exterritoriale Auto- und Eisenbahnverbindung durch den Korridor, der eine ähnliche Verbindung Polens auf Danziger Gebiet entsprechen sollte, bot Deutschland Polen eine endgültige Anerkennung und Garantie seiner Grenzen, d. h. also den Verzicht auf die Rückgliederung der übrigen abgetrennten Gebiete. Der Zeitpunkt war gut gewählt: Polen hatte mit deutscher Hilfe das Ostgebiet gewonnen und betrieb die Verwirklichung einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze. Botschafter Lipski bemühte sich dabei um die Unterstützung Deutschlands. Am 19. November 1938 brachte Lipski eine teils ausweichende, teils hinhaltende Antwort (Nr. 198), die mit innerpolitischen Schwierigkeiten begründet wurde. Weder diese Antwort, bei deren Entgegennahme der Reichsaußenminister zum zweitenmal die deutschen Vorschläge darlegte, noch das Gespräch Beck mit dem Deutschen Botschafter am 14. Dezember (Nr. 199) verriet auf polnischer Seite ein Gefühl des Bedrohens. Die dritte Unterredung in dieser Angelegenheit fand am 5. Januar 1939 zwischen dem Führer und Außenminister Beck statt (Nr. 200). Der Führer entwickelte den großen freundschaftlichen Rahmen, in dem er sich künftig das deutsch-polnische Verhältnis und die Regelung der Danzig- und Korridorfrage dachte. Es war eine Regelung, bei der auch Polen gewann und die jede Bedrohung ausschloß. Auch diesmal wich Beck aus, erklärte sich aber bereit, „das Problem gern einmal in Ruhe zu überlegen“. Am nächsten Tage wurde in einer Begegnung zwischen Beck und dem Reichsaußenminister der gleiche Gegenstand zum viertenmal eingehend durchgesprochen (Nr. 201); das Thema wurde zum fünftenmal in einer Unterhaltung in Warschau anläßlich des Besuchs des Reichsaußenministers am 26. Januar 1939 erörtert (Nr. 202). Beck versprach wiederum eine reifliche Prüfung der Frage. Zwischen dem Gespräch in Warschau und der sechsten Unterredung, am 21. März 1939 (Nr. 203), liegt der Zerfall der Tschecho-Slowakei, der Polen die gewünschte gemeinsame Grenze mit Ungarn

brachte und damit die Gefahr eines „ukrainischen Piemont“ für Polen beseitigte. Der Reichsaußenminister konnte auch die neue polnische Sorge wegen der Slowakei sofort durch die Aussicht auf eine Teilnahme Polens an der Garantierung des slowakischen Staates beseitigen, vorausgesetzt, daß das deutsch-polnische Verhältnis eine befriedigende Entwicklung nehme. Deutschland hatte zwar Ursache, infolge neuer deutschfeindlicher Demonstrationen, scharfer Presseangriffe und neuer Maßnahmen gegen die deutsche Volksgruppe mißtrauisch zu sein. Trotzdem trug der Reichsaußenminister nur die alten, maßvollen Forderungen vor und erbat ihre Verwirklichung auf freundschaftlichem Wege innerhalb einer Dauerregelung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Gleichzeitig ließ er dem Polnischen Außenminister sagen, er würde sich freuen, wenn Bed ihm demnächst in Berlin einen Besuch abstatten würde. Polen war von den deutschen Wünschen seit einem halben Jahr unterrichtet. Es konnte sich am 21. März weder überrascht noch bedroht fühlen.

Die erste Antwort Polens bestand in einer Teilmobilisierung am 23. März und Truppenzusammensiehungen bei Danzig (Nr. 204, 205 und 207). Die Militärs gewannen steigenden Einfluß auf die Außenpolitik. England hatte sich bereits eingelassen (Nr. 206). Polen konnte darauf rechnen, daß es in der englischen Einkreisungspolitik, die mit dem 17. März offene Formen angenommen hatte, eine entscheidende Rolle spielen werde und seinen Preis stellen konnte, wie im einzelnen aus dem zweiten Kapitel ersichtlich ist. Die zweite Antwort Polens, das Nein vom 26. März 1939 (Nr. 208, Anlage) wurde also unter dem Eindruck der englischen Rückenbedeckung ausgesprochen. Reichsaußenminister v. Ribbentrop mußte feststellen, daß das Memorandum der Polnischen Regierung keine Basis für die deutsch-polnische Lösung bieten konnte. Der Polnische Votschafter drohte, jegliche weitere Verfolgung dieser Pläne, vor allem hinsichtlich Danzigs, bedeute den Krieg. Der Reichsaußenminister ließ sich bei allem Ernst der Lage durch diese polnische Herausforderung nicht aus der Geduld bringen, sondern legte der Polnischen Regierung zum siebentmal nahe, nach Beruhigung der Situation den deutschen Vorschlag doch noch zu erwägen (Nr. 208). Die dritte Antwort Polens waren neue antideutsche Ausschreitungen in Bromberg, die Entfesselung der polnischen Presse (Nr. 209) und die Entfaltung einer allgemeinen Kriegsstimmung, durch die das polnische Volk kriegsreif gemacht werden sollte. Ein Bericht des Deutschen Votschafters vom 28. März 1939 stellte bereits fest, daß in Warschau „eine Selbstsicherheit und Überschätzung“ um sich greife, die „im Hinblick auf den polnischen Nationalcharakter eine Gefahr sei“. Der Vizekriegsminister selbst verbreitete die Ansicht von der Überlegenheit der polnischen Armee über Deutschland (Nr. 210). Außenminister Bed wurde immer mehr zum Gefangenen des polnischen Chauvinismus, dem er sich unter Preisgabe seiner eigenen Politik unterwarf (Nr. 216). Er hielt es am 29. März für richtig, dem Deutschen Votschafter mit dem casus belli zu drohen, wenn Deutschland oder der Danziger Senat das Statut der Freien Stadt Danzig abändere (Nr. 211). Statt nach Berlin fuhr er nach London, um dort den englischen Garantiepakt zu akzeptieren. Damit war ein Kapitel langmütiger deutscher Bemühungen um den deutsch-polnischen Ausgleich abgeschlossen. Polen hatte endgültig für die Einkreisungspolitik gegen Deutschland optiert. Es kehrte damit auch äußerlich zu der Erbfeindpolitik des Jahres 1919 zurück, die es innerlich nie aufgegeben hatte. Es hatte das Abkommen von 1934 zerstört, das die Gewaltanwendung zwischen den beiden Staaten ausschloß, und verpflichtete sich zur Gewaltanwendung gegen Deutschland selbst dann, wenn seine Interessen überhaupt nicht berührt waren (Nr. 213). In der Reichstagsrede vom 28. April (Nr. 214) und im Memorandum der Deutschen Regierung vom gleichen Tage (Nr. 213) zog der Führer einen Strich unter sechs Jahre ehrlichen, geduldigen Bemühens um die polnische Freundschaft, streckte jedoch selbst in diesem ernsten Augenblick Polen noch einmal die Hand entgegen und erklärte sich für Deutschland zu einer neuen vertraglichen Regelung bereit. Polen hat davon seinen Gebrauch gemacht, sondern mit der hochfahrenden Rede Beds vom 5. Mai, mit einer Steigerung der antideutschen Bege und mit einer nicht mehr abreißen den Kette von Reden und Pressestimmen geantwortet, in denen weiteres deutsches Volks- und Reichsgebiet für Polen gefordert wurde. Von maßgebender polnischer Seite wurde bestätigt, daß Bed nicht nur der Gefangene des polnischen Chauvinismus, sondern auch der englischen Bemühungen geworden war (Nr. 216).

Zweites Kapitel

Die englische Kriegspolitik

A. Britische Aufrüstung und Hege gegen Deutschland

(September 1938 bis Juli 1939)

Das deutsch-polnische Problem war durch die Vernachlässigung während 20 Jahren und die polnische Überheblichkeit zur kritischsten Frage der europäischen Politik geworden. Es stellte für denjenigen, der einen Kriegsanlaß suchte, jederzeit die gewünschte Möglichkeit zur Verfügung. Es war England, das im Rahmen seiner Einkreisungspolitik den europäischen Horizont nach solchen Möglichkeiten absuchte und in den Märztagen 1939 mit dem polnischen Chauvinismus den Kontakt herstellte. Die deutsch-englischen Beziehungen schienen in der gemeinsamen Erklärung von München (Nr. 217) eine Wendung zum Besseren erreicht zu haben. Es waren ihr viele Jahre einseitiger deutscher Bemühungen um die englische Freundschaft vorangegangen. Die Verständigung mit England gehörte zum außenpolitischen Programm des Nationalsozialismus. Der Flottenvertrag von 1935 sollte die Sicherheit dafür bieten, daß die beiden Reiche unter gegenseitiger Respektierung ihrer Lebensinteressen nicht wieder die Klingen kreuzen würden. Die Münchener Erklärung sollte diese Gewissheit friedlicher deutsch-englischer Beziehungen zu einer endgültigen machen. Um so größer war die Enttäuschung, als Chamberlain drei Tage nach der Münchener Erklärung im Unterhaus die Aufrüstung um jeden Preis proklamierte (Nr. 218). Diese Tatsache und die Haltung der englischen Opposition zwangen den Führer, in der Saarbrücker Rede (Nr. 219) sein Volk vor Vertrauenseligkeit zu warnen und auf die Möglichkeit hinzuweisen, daß jederzeit die Kriegspartei Edens, Churchill und Coopers zur Macht kommen könne. Die Entwicklung hat ihm recht gegeben. Schon lange vor der tschecho-slowakischen Spannung war Deutschland in England dazu mißbraucht worden, das englische Publikum rüstungswillig zu machen. Nach München wurde dieser Prozeß rasch vorangetrieben. Der Englische Kriegsminister verkündete schon am 10. Oktober 1938 die bevorstehende wesentliche Verstärkung und Modernisierung der Territorialarmee (Nr. 220). Gleichzeitig trieb England den französischen Verbündeten zu weiteren Rüstungsanstrengungen, vor allem in der Luft, an (Nr. 221). Es folgten die Vorbereitungen für die Anlegung eines Nationalregisters für den freiwilligen Hilfs- und Kriegsdienst (Nr. 222). Churchill durfte in einer Rundfunkansprache für die Vereinigten Staaten (Nr. 223) in ähnlicher Weise gegen Deutschland heizen wie Duff Cooper in Paris (Nr. 232) und forderte die allgemeine Wehrpflicht. Der Führer warnte in einer Rede in Weimar im 6. November (Nr. 224) aufs neue vor den englischen Kreisen, auf deren Programm die „Vernichtung Deutschlands und Italiens“ stehe. Auch der Reichsaußenminister machte vor der ausländischen Presse auf die Weltgefahr der Kriegsheizer in den westlichen Demokratien aufmerksam (Nr. 225). Mitte November wurde die kanadische Industrie erfolgreich in das englische Aufrüstungsprogramm eingebaut (Nr. 226) und bei einem Besuch von Chamberlain und Halifax in Paris Frankreich zur Vermehrung der offensiven Luftwaffe gedrängt, englischerseits aber die Entsendung eines starken Expeditionskorps zugesagt (Nr. 227 und 228). Am 30. November 1938 folgte die handelspolitische Kampfansage Englands an Deutschland in Südost- und Mitteleuropa (Nr. 229). Am 7. Dezember hielt es der Englische Staatssekretär für Kolonien für notwendig, das Dokument von München durch ein unmotiviertes Nein in der Kolonial- und Mandatsfrage zu entwerten und Deutschland auf diesem Gebiet den Weg des Verhandeln zu verstopfen (Nr. 231). Nebenher ging die von der Englischen Regierung geduldeten Pressehege gegen das Reich, Beleidigungen des Führers (Nr. 233), die Vergiftung der Atmosphäre durch Falschmeldungen (Nr. 230) und die wachsende Bearbeitung der Öffentlichkeit durch die englische Kriegspartei, der Chamberlain nun auch schon in der Öffentlichkeit Konzessionen machte (Nr. 234). Wie die Ansprache des Führers beim Neujahrsempfang am 12. Januar 1939 (Nr. 235) beweist, ließ sich Deutschland trotz-

dem von der Hoffnung auf Frieden und Verständnis bei England und Frankreich nicht zurückschrecken. England beantwortete diese Bereitschaft mit der Einführung des „freiwilligen nationalen Dienstes“, der es „für den Krieg bereit machen sollte“ (Nr. 237), und mit gesteigerten Bemühungen, die englische Nation kriegerisch zu machen. Friedensanstrengungen des Führers wurden in der englischen Presse unter schlagen (Nr. 238). Nach ehe die tschechische Rede vorgebracht werden konnte, fühlte sich Chamberlain vor der Geschichte berufen, gegenüber dem Deutschland Adolf Hitlers die gleiche Rolle zu spielen wie der jüngere Pitt gegenüber Napoleon (Nr. 240). Der Führer sah sich am 30. Januar veranlaßt, im Reichstag aufs neue auf die Kriegspartei in England hinzuweisen und das deutsche Volk darauf aufmerksam zu machen, daß diese „unter allen Umständen einen Krieg vom Zaune brechen wolle“ (Nr. 241). Rüstung und Hege gingen in England Hand in Hand. Man rühmte sich der überwältigenden Zahlen der Aufrüstung (Nr. 242). Schon Mitte Februar 1939 machte England völkerrechtlich das Schußfeld für den Wirtschaftskrieg frei, indem es die Benfer Generalakte kündigte, soweit sie für Kriegszeiten verbindlich war (Nr. 244). Es entzog sich damit in dem geplanten Krieg jedem Schiedsgerichtsverfahren bei Streitigkeiten mit den Neutralen. Das war eine ausgesprochene Kriegsvorbereitungsmaßnahme. Die Kriegsklisterarbeit Englands war in der ganzen Welt zu spüren. Englische Vertretungen im Ausland entwickelten sich zum „Herd der Kriegspöphochse“. Eden, Churchill und Duff Cooper galten als die eigentlichen Vertreter und künftigen Führer der Nation (Nr. 245). Am 8. März rühmte der Englische Kriegsminister die Größe und Schlagkraft der Armee, die er auf den europäischen Kontinent schicken könne (Nr. 246).

Die Neuordnung im tschechischen Raum gab den Vorwand für eine Verdoppelung der englischen Kriegsvorbereitungen und der antideutschen Hege. Duff Cooper konnte den Führer in offener Sitzung des Unterhauses beleidigen. Lord Halifax bedeckte diese Beleidigungen gegenüber dem Deutschen Botschafter (Nr. 247). Am 29. März verkündete Chamberlain die Verdoppelung der auf Kriegsstärke gebrachten territorialen Feldarmee (Nr. 248). Am 20. April wurde das Beleg zur Errichtung des Versorgungsministeriums, der wehrwirtschaftlichen Zentrale der Kriegsvorbereitungen, angekündigt (Nr. 250). Die englische Öffentlichkeit wurde durch Reden, Nachrichten und amtliche Gesten (Nr. 249) in Verbosität und Kriegsstimmung gehalten. Am 26. April führte England die allgemeine Militärdienstpflicht ein (Nr. 251). Die Begründung sprach „von dem Wandel in der öffentlichen Meinung, der sich seit schon erheblicher Zeit stetig entwickelt habe“, und von den „neuen Verpflichtungen, die Großbritannien vor kurzem in Europa eingegangen sei“. Beide Voraussetzungen sind von der Englischen Regierung planmäßig geschaffen worden, um die Militärdienstpflicht in der öffentlichen Meinung durchsetzen zu können. Ein Bericht des Deutschen Botschafters v. Dirksen vom 10. Juli 1939 (Nr. 252) faßt zusammen, was in England getan wird, um den „Begriff Krieg zum Mittelpunkt des Denkens und der Gespräche“ zu machen. Am 28. Juli gab der Innenminister Sir Samuel Hoare die Errichtung eines „Schatteninformationsministeriums“ für den Notfall bekannt und definierte den Ausdruck Notfall mit dem Satz: „Ich meine den tatsächlichen Krieg“ (Nr. 254).

B. Die britische Haltung zur tschechischen Frage

(November 1938 bis April 1939)

In der Begründung der britischen Einkreisungspolitik hat die tschechische Frage eine wichtige Rolle gespielt. Deutschland wurde der Vorwurf gemacht, die Tschecho-Slowakei mit Gewalt zerschlagen und die Konsultationspflicht gegenüber England verletzt zu haben. Diesen Behauptungen stehen amtliche englische Feststellungen entgegen, wie aus den Dokumenten Nr. 255 bis 266 hervorgeht. Chamberlain selbst bekannte sich in einer Erklärung im Unterhaus zur Wandelbarkeit der Grenzen von Versailles (Nr. 255). Die englische Garantie für die Tschecho-Slowakei könnte daher auch keine „Krisistallisation der Grenze“ bedeuten (Nr. 256). Am 14. März, dem Tag, da die Tschecho-Slowakei auseinanderbrach, gab Chamberlain im Unterhaus zu, daß ein unprovokierter Angriff auf die Tschecho-Slowakei nicht stattgefunden hatte (Nr. 257). Am 15. März, d. h. nach der Unterzeichnung des deutsch-tschechischen Ab-

Kommens, erklärte Chamberlain im Unterhaus, daß die englische Garantie für die Tschecho-Slowakei nicht zur Anwendung kommen könne, weil „der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigen, von innen her zerbroch und so sein Ende fand. Seiner Majestät Regierung kann sich infolgedessen nicht mehr länger an diese Verpflichtung gebunden halten“ (Nr. 259). Diese amtliche englische Feststellung deckt sich nicht nur mit der deutschen Auffassung, sondern auch mit der historischen Tatsache, daß am 14. März mittags gegen 13 Uhr durch die Unabhängigkeitsproklamation des slowakischen Landtags die Tschecho-Slowakei bereits auseinandergebrochen war.

In diesem Augenblick setzte die englische Kriegspartei zum Gegenstoß an und behielt die Oberhand. Die Deutsche Botschaft in London meldete am 17. aus amtlichen und parlamentarischen Kreisen eine plötzliche Verstärkung (Nr. 261). Chamberlain warf seine eigene Politik über Bord und kapituliert vor der Opposition, die von nun an, im Einbernehmen mit der Bürokratie des Foreign Office, die außenpolitische Führung übernahm (Nr. 263). So kam es zu der englischen Demarche in Berlin (Nr. 262) und zu dem Vorwurf, Deutschland habe seine Münchener Unterschrift verleugnet. Auch dieser Vorwurf ist ad hoc zu besonderem Gebrauch konstruiert worden. Denn aus den Dokumenten Nr. 264 und 265 geht hervor, daß England noch am 23. März in dem deutschen Vorgehen keinen Verstoß gegen die Konsultationsabrede von München sah. Auf Anfrage im Unterhaus, welche Vorstellungen man in Berlin wegen des Umstandes erhoben habe, daß die Deutsche Regierung die in München versprochene Konsultation mit der Englischen Regierung nicht vorgenommen habe, erwiderte Unterstaatssekretär Butler: „Meines Wissens enthielt das erwähnte Communiqué keine derartige Erklärung. Der zweite Teil der Frage erledigt sich damit.“ Der Führer konnte daher mit Recht im Reichstag am 28. April den Vorwurf zurückweisen, die Münchener Abreden nicht eingehalten zu haben (Nr. 268). Das Münchener Abkommen, in dem ein feierlicher Kriegsverzicht niedergelegt war, ist vielmehr in dem Augenblick durch England gebrochen worden, als es Deutschland den Krieg erklärte.

C. Die britische Einkreisungspolitik seit Februar 1939

Der nächste Abschnitt behandelt von Nr. 267 bis 324 die britische Einkreisungspolitik seit Februar 1939, die für die Beurteilung der Kriegursachen von entscheidender Bedeutung ist. Denn erst durch die Verfloppelung des polnischen Komplexes mit der britischen Einkreisung wurden relativ einfache Fragen, wie Danzig und Korridor, mit jenem Dynamit geladen, der den Frieden zunächst in Ost- und dann in Westeuropa in die Luft sprengen mußte. Die Englische Regierung, die sich schon vorher moralisch der Opposition unterworfen hatte, betrieb nunmehr auch öffentlich die Außenpolitik jener Männer, deren eingeständenes Ziel die Vernichtung des Großdeutschen Reiches war. Noch ehe es den tschechischen Vorwand gab, hatten England und Frankreich öffentliche Erklärungen abgegeben, daß sie sich im Falle eines Krieges mit allen Streitkräften zu Hilfe eilen würden (Nr. 267). Die öffentlichen Bekundungen der englisch-französischen Solidarität und „eine bemerkenswerte englische Aktivität in Polen“ bekräftigten bereits im Februar gewisse polnische Absichten „einer allmählichen Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen“ (Nr. 268). In Birmingham, zwei Tage nach Prag, blies Chamberlain die Angriffsfanfane gegen Deutschland und kündigte öffentlich die Einkreisung an: Nicht nur die Dominions und Frankreich, sondern auch andere Mächte würden den Wunsch haben, sich mit England zu konsultieren (Nr. 269). Unverantwortlich in die Welt gesetzte völlig unsinnige Gerüchte über ein deutsches Ultimatum an Rumänien wurden begierig aufgegriffen (Nr. 270), um diesen Staat für schuldbedürftig zu erklären. In den vorangegangenen Unterhausdebatten war von der Opposition wie von der Regierungspartei bereits die ganze Liste der für die Einkreisung zu gewinnenden Staaten, einschließlich Polens, aufgestellt worden. Lord Halifax erklärte am 20. März im Oberhaus, daß die Regierung Erwägungen darüber anstelle, „ob nicht zwecks gegenseitiger Unterstützung die Übernahme ausgedehnter gegenseitiger Verpflichtungen geboten erscheine“, und teilte mit, daß England keine Zeit versäumt habe, um „mit anderen Regierungen in enge und praktische Konsultation zu treten“ (Nr. 271).

Daß dazu in erster Linie Polen gehörte, belegen die Berichte des Deutschen Geschäftsträgers in London vom 20. und 22. März (Nr. 272 und 274). Am 24. März berichtete auch der Deutsche Botschafter in Warschau von wiederholten Besuchen des Englischen Botschafters im Polnischen Außenministerium während der letzten Tage (Nr. 206). Polen wußte demnach bereits, als es, am 21. März vom Reichsaußenminister noch einmal mit der Danzig- und Korridorfrage befaßt, am 26. März seine ablehnende Antwort erteilte, daß es die Garantie Englands und der zu schaffenden Koalition hinter sich haben werde. Daß polnische Mein ist daher in erster Linie von England zu verantworten.

Zur Erzeugung der geeigneten Atmosphäre wurden überdies Meldungen über deutsche Angriffsabsichten gegen kleine Staaten lanciert, z. B. auch gegen Norwegen (Nr. 273). Die Einbeziehung der Sowjetunion stand von Anfang an auf der Tagesordnung (Nr. 274). Über den Kopf Hollands und der Schweiz hinweg wurden auch diese Länder für schutzbedürftig erklärt (Nr. 276 und 311). Im Bewußtsein, daß England seiner bedurfte, steigerte dann Polen seine Bedingungen bis zu jenem Manifest vom 31. März 1939 (Nr. 206, 277 und 279). Die polnische Antwort an Deutschland vom 26. März war daher nicht nur von der polnischen Annahme, sondern hauptsächlich auch von der britischen Absicht diktiert, Polen zum entscheidenden Faktor der Einkreisungspolitik zu machen. Mit dieser Garantie wurde, wie selbst Duff Cooper damals schrieb, das Schicksal des englischen Empire, die Frage von Krieg und Frieden „einer Handvoll unbekannter Leute in Polen anvertraut“. Der Führer erteilte in Wilhelmshaven die erste warnende Antwort: Deutschland werde nicht den schweren Fehler wiederholen, „die Einkreisung zu sehen und sich ihrer nicht beizeiten zu erwehren“ (Nr. 281). Daß sich England des grundsätzlichen Wandels seiner Politik und des Risikos, das es mit dem polnischen Freibrief übernahm, bewußt war, ergibt sich aus den Reden Chamberlains und Simons vom 3. April (Nr. 283 und 284). Die Verpflichtungen, „Krieg zu führen“, waren absichtlich dort eingegangen worden, wo sie England als Vorwand für die Kontrolle Ost- und Mitteleuropas und für die Auslösung eines Präventivkrieges brauchte. Die militärische Ausführung und Anpassung ging mit der Arbeit der diplomatischen Einkreisung Hand in Hand (Nr. 285). Am 6. April wurde beim Besuch Beck's in London die Umwandlung der einseitigen Garantie Polens vom 31. März in eine zweiseitige bekanntgegeben (Nr. 286). Noch einmal wurde in vollem Bewußtsein der Tragweite die Entscheidung über Krieg und Frieden bedingungslos in die Hand Polens gelegt. Am 13. April wurde die Einkreisung auch auf den italienischen Achsenpartner ausgedehnt, neben Rumänien auch Griechenland eine einseitige Garantie gegeben und gleichzeitig die Verbindung mit der Türkei hergestellt (Nr. 288). Die Kriegspartei war mit diesem Kurs zufrieden (Nr. 289). Die Bemühungen um die Sowjetunion, ohne die man sich damals einen Erfolg der Einkreisung nicht vorstellen konnte, nahmen ihren Fortgang und wurden intensiviert (Nr. 290). Das rumänisch-polnische Bündnis sollte auch gegen Deutschland spielen (Nr. 291). Gegenüber Deutschland wurde offiziell diese Politik mit Friedensversicherungen zu tarnen gesucht (Nr. 293). Nach der Einführung der Kriegsdienstpflicht in England war kein Zweifel mehr über die Ziele dieser Politik erlaubt. Der Führer sah sich daher am 28. April zu dem Memorandum an England (Nr. 294) und zu seiner Rede im Reichstag (Nr. 295) gezwungen, in denen er aus der englischen Einkreisungspolitik die Folgerungen zog und feststellte, daß die Englische Regierung „einen Krieg Englands gegen Deutschland nicht mehr als eine Unmöglichkeit, sondern im Gegenteil als ein Hauptproblem der englischen Außenpolitik ansieht“ und „einseitig dem Flottenabkommen die Grundlage entzogen und dieses außer Kraft gesetzt hat“. Voraussetzung des Flottenabkommens war die Respektierung der gegenseitigen Lebensinteressen gewesen. Der Führer war auch jetzt noch zur Verständigung bereit und ließ die Tür „für neue Verhandlungen“ offen. In den Reihen der englischen Kriegspartei war man verärgert, „daß die Rede nicht kriegerischen Charakter gehabt habe“ (Nr. 296).

England jedoch tat auch jetzt nichts, um die polnische Frage durch Einwirkung in Warschau zu entspannen und zwischen Polen und Deutschland einen Kontakt herzustellen. Im Gegenteil, die englische Ermutigung der polnischen Überheblichkeit war sofort zu spüren (Nr. 298). Man sprach zwar davon, daß die Frage Danzig und Korridor bereinigt werden könnte und müßte (Nr. 299), aber man ließ volle vier

Monate verstreichen, ohne Polen zu veranlassen, das Verhandlungsangebot des Führers vom 28. April anzunehmen. Am 12. Mai wurde die Einkreisungspolitik gegen die Achse mit der englisch-türkischen Garantierklärung weiter vorwärts getrieben (Nr. 301), am 19. Mai durch Chamberlain erklärt, daß die Einkreisungsfront durch endgültige Verträge mit den garantierten Staaten befestigt und durch neue Abmachungen mit weiteren Mächten ergänzt werden müßte (Nr. 303). Die stärksten Bemühungen galten nun dem Einbau der Sowjetunion (Nr. 306). Das Schicksal dieser Verhandlungen, die bis zur Selbsterniedrigung geführt wurden, ist bekannt. Der englische Wille zum Präventivkrieg war allenthalben zu spüren (Nr. 304). In seiner Rede in Kassel (Nr. 305) warnte der Führer aufs neue, Deutschland werde nicht warten, bis die Einkreisungspolitik vollendet sei. Die Warnungen wurden wiederholt (Nr. 307 und 308). Die Englische Regierung hatte sich mit der Opposition so weit gefunden, daß selbst ein Churchill seinen Unterschied entdecken konnte (Nr. 309). Am 23. Juni wurde die französisch-türkische Ergänzung des englischen Einkreisungsabkommens vom 12. Mai bekanntgegeben (Nr. 310). Den aggressiven Sinn der englischen Außenpolitik enthüllte Lord Halifax in einer Rede in Chatham House (Nr. 312), als er erklärte, die britische Politik bleibe „lediglich auf dem unabänderlichen Weg, den die eigene Geschichte ihr vorgezeichnet habe“. Es ist die Rückkehr zur „Balance of Power“, die die jeweils stärkste Kontinentalmacht mit Hilfe von Koalitionen niederwirft, ehe sie sich der englischen Kontrolle entziehen kann. Ende Juni wurde der gemeinsame Oberbefehl über die französisch-englischen Streitkräfte besprochen (Nr. 313). Der Englische Kriegsminister bekannte sich offen zum System der Europa beherrschenden französischen Allianzen, das nunmehr von England übernommen wurde (Nr. 316). Die englischen Einkreisungsbemühungen in Südosteuropa nahmen trotz gelegentlicher Widerstände der zu garantierenden Staaten ihren Fortgang (Nr. 317). Mit Hilfe von politischen Krediten sollte der Einkreisungspolitik der Weg bereitet werden (Nr. 318). Mitte Juli tauchte in England zum ersten Male die „Besorgnis“ vor einem deutsch-russischen Ausgleich auf, der eine Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen zur Folge haben könnte (Nr. 319). Zur Hebung der Kriegsstimmung in der Heimat, in Polen und Frankreich veranstaltete die englische Luftwaffe Demonstrations- und Propagandaflüge über Frankreich (Nr. 322). Ende Juli erklärte sich England, um das sowjetrussische Bündnis um jeden Preis zu sichern, dazu bereit, militärische Verhandlungen aufzunehmen, ehe die politischen zum Abschluß gekommen waren (Nr. 323). Ein Vorgesand, von dem Chamberlain im Unterhaus erklärte, daß er einzigartig sei. Der Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes verletzete der Einkreisung den tödlichen Stoß. Aber England hatte in voller Absicht alle Brücken zu einer friedlichen Regelung hinter sich abgebrochen und ließ dem Verhängnis seinen Lauf.

Drittes Kapitel

Deutschlands Bemühen um Sicherung friedlicher Beziehungen zu seinen Nachbarländern

Das dritte Kapitel (Dokumente Nr. 325 bis 348) zeigt Deutschlands Bemühen um die Sicherung friedlicher Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten. Während England der Weltmeinung einzuwimmern versuchte, daß Deutschland mit der ganzen Welt in Spannung lebe und jeder seiner Nachbarn täglich eines deutschen Angriffs gewärtig sein müsse, schuf Deutschland durch feierliche Erklärungen, Verträge, Freundschaften und Bündnisse endgültig festgelegte Grenzen und klare Verhältnisse, mit Ausnahme der tschechischen und polnischen Feindschaften, die von beiden Völkern selbst gestiftet und aufrechterhalten worden waren.

Ebenso wie gegenüber England (Münchener Erklärung, Nr. 217) war auch gegenüber Frankreich der Entschluß, es niemals wieder zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern kommen zu lassen, nach den zahlreichen seit Lösung der Saarfrage abgegebenen Erklärungen des Führers zu diesem Thema (Nr. 325, 326) am 6. Dezember 1938 in Paris (Nr. 329 bis 332) feierlich festgelegt worden. In seiner Rede vom 30. Januar 1937 hatte der Führer bereits versichert,

daß die Deutsche Regierung bereit wäre, Belgien und Holland jederzeit „als unantastbare neutrale Gebiete anzuerkennen und zu garantieren“ (Nr. 325). Die Unverletzlichkeit und Integrität Belgiens wurde daraufhin zum Gegenstand eines deutsch-belgischen Notenwechsels gemacht (Nr. 333, 334), während holländischerseits die Ansicht vertreten wurde, daß die Unantastbarkeit des niederländischen Gebietes nicht Gegenstand einer unter niederländischer Beteiligung zustande gekommenen Regelung sein könne (Nr. 335, 336).

Der Umstand, daß Deutschland infolge der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich mit der Schweiz, Liechtenstein, Italien, Jugoslawien und Ungarn neue Grenzen erhielt, veranlaßte die Deutsche Regierung zur Abgabe einer Reihe von besonderen Erklärungen, durch die diese Grenzen als endgültig und unantastbar bezeichnet wurden (Nr. 337). Die Schweiz hatte vordem schon aus dem Munde des Führers die Versicherung erhalten, daß Deutschland jederzeit ihre Unverletzlichkeit und Neutralität respektieren werde (Nr. 339). Ungarn gegenüber wurde durch den Deutschen Gesandten eine Erklärung über die Unverletzlichkeit der deutsch-ungarischen Grenze abgegeben (Nr. 341). Die Italien und Jugoslawien erteilten Zusicherungen wurden in besonders feierlicher Weise gelegentlich des Besuches des Führers in Rom (Nr. 338) sowie des Besuches des Prinzregenten von Jugoslawien in Berlin (Nr. 340) erneuert.

Im Norden wurde zunächst mit Litauen am 22. März 1939 ein Vertrag abgeschlossen, der unter anderem die Verpflichtung enthält, nicht zur Anwendung von Gewalt gegeneinander zu schreiten (Nr. 342). Sodann sprach der Führer in der Reichstagsrede vom 28. April 1939 seine Bereitschaft aus, allen von Roosevelt in dessen Telegramm erwähnten Staaten Nichtangriffszusicherungen unter der Voraussetzung der unbedingten Gegenseitigkeit zu geben (Nr. 343). Der Gedankenaustausch, der hierauf mit Schweden, Norwegen und Finnland erfolgte, wurde mit dem Ergebnis beendet, daß die genannten drei Staaten der Deutschen Regierung aufs neue erklärten, daß sie sich von Deutschland nicht bedroht fühlten und im übrigen die Absicht hätten, mit keinem Lande Nichtangriffspakte abzuschließen (Nr. 344). Dagegen wurden zwischen Deutschland und Dänemark am 31. Mai 1939 (Nr. 345), zwischen Deutschland und Estland am 7. Juni 1939 (Nr. 346) und zwischen Deutschland und Lettland am gleichen Tage (Nr. 347) Nichtangriffsverträge abgeschlossen. Schließlich kam es am 23. August 1939 zu dem Abschluß des Nichtangriffsvertrages zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken (Nr. 348).

Viertes Kapitel

Polen als Werkzeug des englischen Kriegswillens

A. Die Auswirkung der britischen Eintreffungspolitik auf die Haltung Polens

I. Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Volksgruppe

Das vierte Kapitel bringt den Nachweis für den Mißbrauch Polens als Werkzeug des englischen Kriegswillens (Nr. 349 bis 482). Die Auswirkung der britischen Planförmigkeit war sofort zu spüren. Polen setzte zum Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Volksgruppe an. Einen Tag nach dem polnischen Nein, am 27. März 1939, kommt es in Bromberg unter Rufen wie „Beg mit Hitler“, „Wir wollen Danzig“, „Wir wollen Königsberg“ zu deutschfeindlichen Demonstrationen (Nr. 349). An anderer Stelle werden bei einem Kameradschaftsabend der Reichsdeutschen von einbringenden Polen Führerbild und Reichsflagge vernichtet (Nr. 350), wogegen schärfster Protest eingelegt wird (Nr. 351 und 352). Thorn und Posen müssen Ende März von neuerlicher Verschärfung der Setze, Demonstrationen, tödlichen Angriffen und anexionistischen Forderungen berichten (Nr. 353, 354 und 355). In Posen halten die Ausschreitungen eine volle Woche an. Es kommt immer öfters zu Überfällen auf Volksdeutsche, wobei es Schwerverletzte gibt (Nr. 355 und 357). Deutsche Proteste sind erfolglos (Nr. 360). Anfang April wird ein öffentlicher Aufruf in ganz Polen verbreitet, der das Generalprogramm für die Entdeutschung des Landes enthält

(Nr. 358). Mitte April überschreiten die ersten deutschen Flüchtlinge die Grenze (Nr. 359). Den Konsulaten ist es fast unmöglich, alle Fälle einzeln aufzuführen (Nr. 361). Auch in Oberschlesien tobt die Geze ohne Raken (Nr. 362). Terrorakte füllen die Berichte der deutschen Konsulate (Nr. 363). Der Aufständischenverband gibt die Terrorbefehle aus (Nr. 364). Am 6. Mai meldet Generalkonsulat Rattowitz 200 Terrorfälle (Nr. 365), am 19. Mai weitere hundert (Nr. 372) allein aus Oberschlesien. Kein Deutscher ist seines Lebens und seines Eigentums mehr sicher. Der Terror greift auch auf das kongreßpolnische Gebiet über und wird durch planmäßige Brandstiftung verdichtet (Nr. 366). Die letzten kulturpolitischen Stützpunkte des Deutschtums werden zerstört (Nr. 369, 373, 374, 377, 379, 383, 385, 390, 391, 399 usw.). Die deutsche Volksgruppe wendet sich in ihrer Verzweiflung an den Polnischen Staatspräsidenten (Nr. 369). Die Englische Regierung wird durch die Deutsche Botschaft über diese friedensgefährliche Entwicklung auf dem laufenden gehalten (Nr. 368), ohne daß etwas geschieht. Mitte Mai steigert sich die Geze zu Deutschenprogrammen, bei denen Tausende von Deutschen „wie Freiwild“ gejagt werden (Nr. 370 und 371). Die Flüchtlingsbewegung nimmt zu (Nr. 374), desgleichen das polnische Säbelkrasseln, die Verkündung annexionistischer Kriegsziele (Nr. 367, 378) und die öffentlichen Verunglimpfungen und Beleidigungen des Führers, die erneut zu scharfen Protesten zwingen (Nr. 382). Auf dem wirtschaftlichen Sektor werden planmäßig deutsche Genossenschaften, Molkereien und Apotheken liquidiert (Nr. 380, 395). Lodz meldet am 7. Juni: „Die Bedrohungen der Volksdeutschen mit Totschlag, Folterungen usw. sind zu täglichen Selbstverständlichkeiten geworden.“ Ganze Familien bringen wegen der ständigen Wordrohungen ihre Nächte in den Wäldern zu (Nr. 381).

Proteste im Polnischen Außenministerium werden mit Achselzucken und stillschweigendem Eingeständnis beantwortet, daß man gegenüber den Militärs machtlos und der Gefangene des polnischen Chauvinismus geworden ist (Nr. 382 und 385). Nach 2½ Monaten englischer Garantie faßt der Deutsche Botschafter in Warschau seine Eindrücke dahin zusammen, „daß die Verhezung Ausmaße angenommen hat, wie er sie während seiner langjährigen Tätigkeit nicht habe beobachten können“ (Nr. 385). Nach den Apotheken, Krankenhäusern und konfessionellen Vereinshäusern werden die Deutschen Heime in Bosen, Bromberg, Lodz, Tarnowitz, Karwin und Oderberg geschlossen und enteignet (Nr. 377, 379, 385, 390). Dann geht man zum Angriff gegen das religiöse und kirchliche Leben der deutschen Volksgruppe, vor allem gegen die evangelische Kirche, über. Ein Bethaus der Brüdergemeinde wird demoliert (Nr. 388). Polnische Bischöfe werden von einem Generalstabsoberst aufgefordert, dafür zu beten, daß den „polnischen Brüdern jenseits der Grenze ihre Probezeit verkürzt und sie durch ein zweites Grünwald aus der Unfreiheit erlöst würden“ (Nr. 392). Ein Bericht der Deutschen Botschaft vom 5. Juli schildert die Verfolgung der evangelischen Kirche und ihrer Diener, er zeigt, daß die Anschläge gegen Kirchen und Pfarrer zu einem System geworden sind (Nr. 394). Die theologische Hochschule des deutschen Protestantismus in Bosen wird geschlossen (Nr. 411). Das englische Christentum, dem diese Dinge bekanntgegeben wurden, schwieg dazu. Zimmer mehr stellt sich heraus, daß die Behörden selbst die Träger des Liquidationsprozesses sind (Nr. 396). Die englische Mitverantwortung dafür stellt der Deutsche Botschafter in Warschau fest, indem er schreibt, „die Polnische Regierung fühlt sich offensichtlich durch die englische Blankovollmacht so stark, daß sie es nicht mehr für nötig hält, bei der Behandlung der Minderheit irgendeine Rücksicht auf die deutschen Interessen zu nehmen“ (Nr. 397). Konsulat Lemberg berichtet Mitte Juli, daß in seinem Amtsbezirk gegen das Deutschtum mit den Methoden vorgegangen wird, die bei den berückichtigten Bazifikationen 1930 gegen die Ukrainer angewandt worden waren (Nr. 400). Nun beteiligt sich auch das Militär an den Ausschreitungen (Nr. 403). Das Deutschtum in Galizien steht vor der Vernichtung. Es sieht keine Zukunft mehr und wird mit Brandstiftung und Gefahr an Leib und Leben bedroht (Nr. 407). Was der offene Terror übersieht, wird durch Steuerterror und Behördenschikane nachgeholt (Nr. 408).

Im August 1939 nähert sich die Verfolgung des Deutschtums in allen Boiwodschaften ihrem Höhepunkt. Sausuchungen und Verhaftungen sind an der Tagesordnung (Nr. 410, 412). Die letzten deutschen Vereine werden geschlossen (Nr. 414). Eine Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes zeigt aus einer unübersehbaren Fülle

von Terrorakten 38 typische und schmerzbringende Fälle (Nr. 415). Es ist eine Liste des Schreckens, die nur noch durch die Schrecklichkeit der Bromberger Mordnacht und die Hinfälligkeiten der Deutschen in ganz Polen übertroffen wird, deren traurige Spuren die deutsche Armee verfolgen konnte. Die Volksdeutschen der Grenzgebiete werden ins Innere verschleppt oder in Konzentrationslager geworfen (Nr. 417). Die Zahl der Flüchtlinge überschreite 70 000 (Nr. 416).

II. Polnische Maßnahmen gegen Danzig

Nachdem Polen jede Änderung des Statuts von Danzig als *casus belli* erklärt und dafür die englische Deckung gefunden hatte, mußte sich Danzig nach der Ertelung der britischen Blankovollmacht an Polen auf alles gefaßt machen. Polnische Flugzeuge und polnisches Militär verübten schon im Mai 1939 Grenzverletzungen (Nr. 418). Die Besatzung der Westerplatte wurde unter Verletzung der geltenden Verträge verstärkt, rings um die Danziger Grenzen wurden Truppen zusammengezogen (Nr. 419). Am 20. Mai wurde ein Danziger Staatsangehöriger in Kalkhof durch Schüsse aus dem Auto der Polnischen Diplomatischen Vertretung in Danzig niedergestreckt (Nr. 420) und dieser Mord dann von polnischer Seite noch zum Gegenstand eines herausfordernden Notenwechsels gemacht (Nr. 421). Der 23. Mai brachte einen weiteren Grenzzwischenfall (Nr. 422). Gleichzeitig erhöhte Polen planmäßig die Zahl der polnischen Zollinspektoren (Nr. 423), was den Danziger Senat zu Protestschritten zwang. Polen antwortete mit der Androhung einer weiteren Verstärkung des polnischen Zollpersonals (Nr. 425). Diese polnischen Zollinspektoren wurden vor allem auch für Spionage eingesetzt (Nr. 424 und 426). Im Juli ging Polen gegen Danzig mit wirtschaftlichen Druckmitteln vor. Die Einfuhr von Lebensmitteln aus Polen (Nr. 429) und die Ausfuhr von Produkten der Danziger Lebensmittelindustrie nach Polen (Nr. 431) wurden verhindert. Danzig sollte wirtschaftlich blockiert werden. Polen traf Vorbereitungen zur Provozierung von Zwischenfällen in Danzig (Nr. 428); der Vertreter der polnischen Minderheit im Danziger Volkstag erklärte bei einer Kundgebung in Gdingen, „daß die polnische Bevölkerung Danzigs die Vereinigung Danzigs mit dem Mutterlande Polen mit Hilfe der polnischen Armee erreichen werde“ (Nr. 430). Einen Höhepunkt erreichte die Spannung durch ein polnisches Ultimatum in der Nacht vom 4. auf den 5. August (Nr. 432, 433 und 434). Eine niemals erlassene angebliche Anordnung des Danziger Senats wurde zum Vorwand für dieses Ultimatum und für Drohungen mit „unverzüglichen Vergeltungsmaßnahmen“ genommen. Seit dem 23. August wurden deutsche Verkehrsflugzeuge in sehr zahlreichen Fällen von polnischen Streitkräften auf der Halbinsel Hela beschossen (Nr. 435 und 436). Inzwischen war die vertragswidrige Militarisierung der polnischen Stützpunkte in Danzig fortgesetzt worden. Wie das Oberkommando der Wehrmacht nach der Niederwerfung der Westerplatte feststellte, betrug hier die polnische Besatzung, die vertragsmäßig auf 88 Mann festgelegt war (vgl. Nr. 22), in Wahrheit 240 Mann; das Gelände war zu einem mit Artillerie und Maschinengewehren verteidigten Befestigungssystem ausgebaut worden (Anhang).

B. Die letzte Phase der deutsch-polnischen Krise*)

Die immer wiederholten englischen Zusicherungen hatten Anfang Juli in Polen zu einer ausgesprochenen Kriegsstimmung geführt. Die polnische Kriegslust konnte durch die Ausführungen, mit denen der Leiter der britischen Politik am 10. Juli im Unterhaus zu dem deutsch-polnischen Streitpunkt Stellung nahm, nur verstärkt werden. Chamberlain wiederholte und bekräftigte die britischen Zusagen an Polen, vor allem in der Danziger Frage (Nr. 438). Es geht aus dieser Erklärung hervor, daß England die polnische Resart kritiklos übernommen und bei aller Beteuerung, man würde eine freundschaftliche Lösung begrüßen, nichts getan hat, um Polen zu einem Entgegenkommen zu bewegen. Im Gegenteil, die Rede Chamberlains vom 10. Juli 1939 zeigt, daß England durch die Einkreisungspolitik erst die Frage Danzig und Korridor mit jener Hochspannung geladen hat, die zur Explosion führen mußte.

*) Die in diesem Abschnitt enthaltenen Dokumente sind zum Teil bereits in dem Weißbuch „Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise“ veröffentlicht worden.

Wir wissen heute, daß die englische Garantie in Wahrheit ausschließlich gegen Deutschland gerichtet war (vgl. S. 295, Anm.) und daß Polen später die größere Hälfte seines Staatsgebietes an Sowjetrußland verloren hat, ohne daß England irgend etwas unternahm. Diese Tatsachen beleuchten erst vollends die bezeichnende englische Verantwortungslosigkeit, mit der in der Erklärung Chamberlains die nationale Existenz und Unabhängigkeit Polens als durch die bescheidenen deutschen Vorschläge zur Danzig- und Korridorfrage bedroht hingestellt wurde. Die gleiche Rede enthält auch das durchsichtige Spiel mit den Daten der deutschen Vorschläge vom 21. März, der polnischen Ablehnung vom 26. und der englischen Garantieerklärung vom 31. März. Vorstehend ist an Hand der Dokumente Nr. 269 bis 279 bereits der Nachweis geführt worden, daß man es hier mit einem bewußt gefälschten Arrangement der Zeitpunkte und ihrer Hintergründe zu tun hat. Eine Aufzeichnung des Staatssekretärs Freiherrn von Weizsäcker vom 13. Juli (Nr. 439) nagelt den Englischen Premierminister, der behauptet hatte, Deutschland habe den Status quo in Danzig bis zum Jahre 1944 garantiert, auf einen zweiten Irrtum fest. Der Englische Botschafter in Berlin konnte nicht widersprechen, als ihm Staatssekretär Freiherr von Weizsäcker vorhielt, daß öffentliche Erklärungen dieser Art Polen lediglich „den Rücken stärken“ müßten, „statt es zur Bestimmung zu bringen“ (Nr. 440). Indessen wurden gegenüber Polen die Demonstrationen des britischen Kriegswillens wiederholt. Der Besuch des englischen Generals Ironside in Warschau diente diesem Zweck (Nr. 443). Die britische Kriegsentschlossenheit begegnete sich in Warschau mit der polnischen. Marschall Rydz-Śmigły legte sich in seinem ersten öffentlichen Interview, das zugleich einen unmittelbaren Eingriff in die Außenpolitik darstellte, vor dem englischen Besuch absichtlich auf ein „Niemals“ in der Danziger Frage fest (Nr. 441, 442) und verperrte damit aufs neue die Möglichkeiten einer direkten Fühlungnahme. Die Propaganda des polnischen Chauvinismus und das englische Antreiben hatten es Ende Juli so weit gebracht, daß das polnische Volk in allen seinen Schichten kriegsbereit war und der sicher erwarteten bewaffneten Auseinandersetzung mit Vertrauen und Zuversicht entgegen sah (Nr. 444). Am 9. August teilte Deutschland der Polnischen Regierung mit, daß eine Wiederholung der ultimativen Forderungen an Danzig eine Verschärfung in den deutsch-polnischen Beziehungen herbeiführen würde, für deren Folgen allein die Polnische Regierung verantwortlich sein werde. Zugleich wurde die Polnische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufrechterhaltung der von Polen gegen Danzig getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen die Freie Stadt zwingen würde, sich nach anderen Ein- und Ausfuhrmöglichkeiten umzusehen (Nr. 445). Die Polnische Regierung antwortete mit einem Aide-Mémoire, das in der Feststellung gipfelte, Polen werde jede Intervention der Reichsregierung in Danziger Angelegenheiten, die die dortigen polnischen Rechte und Interessen schädige, als Angriffshandlung ansehen (Nr. 446). Die polnische Antwort war mit Zustimmung Englands und Frankreichs erfolgt (Nr. 447).

England wurde vorbeugend auf den Ernst der Entwicklung hingewiesen (Nr. 448). Auch Frankreich kann nicht behaupten, daß es von Deutschland nicht vor dem Weg gewarnt wurde, den Polen eingeschlagen hatte. In der Unterredung des Staatssekretärs Freiherr von Weizsäcker mit dem Französischen Botschafter (Nr. 449) am 15. August wurde eine „sehr ernste, warnende Sprache“ geführt und nachdrücklich auf die ultimativen Drohungen gegen Danzig und andere Erzeje aufmerksam gemacht. Polen zöge damit sein Schicksal über sich zusammen und bräcke seine Freunde dazu, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Der Botschafter lehnte es indessen für Frankreich ab, einen Druck auf Warschau auszuüben. Dieselbe ernste Sprache führte Staatssekretär Freiherr von Weizsäcker am gleichen Tag gegenüber dem Britischen Botschafter, der auf neue auf die Ermutung der polnischen Überheblichkeit durch die britische Garantie und auf das Londoner Einverständnis mit der Drohnote an Danzig hingewiesen wurde (Nr. 450). Henderson mußte dagegen nichts Überzeugendes vorzubringen. Den Rat, Polen in der Frage Danzig und in seinem Verhalten zum Reich zur Vernunft zu bringen, schlug England auch diesmal in den Wind. England hatte sich nicht nur kritiklos den polnischen Standpunkt zu eigen gemacht (Nr. 451), sondern sich auch bewußt auf die kriegerische Auseinandersetzung eingestellt. Die Überzeugung davon war über Europa hinaus fühlbar (Nr. 452). England ließ sich auch durch die historische Warnung davon nicht abbringen, die in der Ankündi-

gung eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion enthalten war (Nr. 453). Chamberlain beantwortete sie öffentlich (Nr. 453) und in einem Schreiben an den Führer (Nr. 454) mit der erneuten Wiederholung, daß man Polen im Genuß der Blankovollmacht lassen werde. Aus diesem Schreiben und den Erläuterungen, die der Britische Botschafter am 23. August in einer Unterredung mit dem Führer in Verchesgabden dazu gab (Nr. 455), geht hervor, daß England nicht bereit war, über unverbindliche Worte hinaus in Warschau diejenigen Voraussetzungen zu schaffen, die für eine Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen mit Deutschland unerlässlich waren. Man hatte nahezu fünf Monate verstreichen lassen, Polen in seiner Annahmung bestärkt und schob nun Deutschland die Aufgabe zu, dem polnischen Ahermut goldene Brücken zu bauen. Über die ganze Verantwortung Englands für die Zuspitzung der polnischen Frage ließ der Führer in dieser Unterredung keinen Zweifel. Der Führer wies darauf hin, daß England die Hand Deutschlands immer zurückgestoßen habe und „lieber den Krieg als etwas zum Vorteil Deutschlands“ geschehen lassen würde. Der deutsche Standpunkt ist in der schriftlichen Antwort des Führers an Chamberlain vom 23. August 1939 zusammenfassend niedergelegt (Nr. 456): Das Fehlen der direkten Streitpunkte mit England, die Weisheit und Billigkeit der deutschen Forderungen an Polen, die Auswirkung der britischen Garantie, die Zuspitzung der Lage in Danzig und die Verfolgung der deutschen Volksgruppe in Polen, die Kenntnisnahme von der Entschlossenheit Englands zum Krieg, aber auch die deutsche Entschlossenheit, die Interessen des Reichs wahrzunehmen und englische militärische Vorbereitungen mit der deutschen Mobilmachung zu beantworten. Das Schreiben schließt mit der Versicherung, niemand würde glücklicher über eine Änderung der britischen Haltung gegenüber Deutschland sein als der Führer.

Obwohl das Schreiben des Britischen Ministerpräsidenten vom 22. August und die am folgenden Tage von den britischen Staatsmännern gehaltenen Reden jedes Verständnis für den deutschen Standpunkt vermissen ließen, machte der Führer am 25. August 13.30 Uhr einen neuen Versuch, sich mit Großbritannien zu verständigen (Nr. 457). Er wolle, so eröffnete er dem Britischen Botschafter, „heute England gegenüber einen Schritt unternehmen, der genau so entscheidend sei wie der Schritt Rußland gegenüber, der zu der kürzlichen Vereinbarung geführt habe“. Nach Zurückweisung der Unterstellung von Welt herrschaftsplänen entwickelte er das polnische Problem in seiner ganzen Gefährlichkeit und Dringlichkeit. Deutschland sei entschlossen, die mazedonischen Zustände an seiner Ostgrenze zu beseitigen. Einen Zweifrontenkrieg werde es nicht geben, das Abkommen mit Rußland sei bedingungslos und eine Wende auf längste Zeit. Er sei bereit, nach der Lösung des deutsch-polnischen Problems England noch einmal ein umfassendes Angebot zu machen. Er bejahe das Britische Imperium und sei bereit, die Kraft des Deutschen Reiches für dessen Bestand einzusetzen, sofern seine begrenzten kolonialen Forderungen, die auf friedlichem Wege ausgehandelt werden könnten, erfüllt, seine Verpflichtungen gegenüber Italien und Sowjetrußland nicht berührt würden. Er sei ferner bereit, eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen zu akzeptieren. Im Westen stehe jede Grenzkorrektur außer Erwägung. Sofort nach Lösung der deutsch-polnischen Frage werde er mit einem Angebot an die Britische Regierung herantreten. Es war ein Angebot von europäischem, ja weltweitem Ausmaß. Seine Ablehnung durch England erscheine im Lichte der späteren kriegerischen Ereignisse und der Lasten, die auf der neutralen Welt nunmehr liegen, um so verantwortungsloser. Englands Antwort auf die großzügigen Vorschläge ließ auf sich warten. Vordem vollzog England die für die weitere Entwicklung folgenschwerste Handlung: Der nunmehr schriftlich niedergelegte britisch-polnische Weistandspakt, mit dem England sein Schicksal endgültig mit dem Polens verband, wurde an dem gleichen 25. August in London vom Britischen Außenminister und vom Polnischen Botschafter gezeichnet (Nr. 459). — Die britische Stellungnahme zu den Vorschlägen des Führers vom 25. August war in dem Memorandum enthalten, das dem Führer vom Britischen Botschafter erst am 28. August, nach Verlust von 3 kostbaren Tagen, abends 22.30 Uhr überreicht wurde (Nr. 463). Die Britische Regierung lehnt es darin ab, die deutsch-englische Zukunft und die europäische Befriedung von der polnischen Intransigenz zu trennen. Sie zeigt sich aber aller Befahren bewußt, die der augenblickliche Zustand an der Ost-

grenze in sich schließt, und stimmt mit Deutschland in der Notwendigkeit einer raschen Lösung überein. Sie schlägt daher als nächsten Schritt direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen vor und fügt hinzu, daß sie von der Polnischen Regierung bestimmte Zusicherungen erhalten habe, mit der Reichsregierung in direkte Verhandlungen über die deutsch-polnischen Fragen einzutreten, deren Ergebnisse von anderen Mächten garantiert werden müssen. Wir wissen heute, daß die Englische Regierung hierbei nicht vor einer bewußten Irreführung der Reichsregierung zurückgeschreckt ist. Aus dem inzwischen veröffentlichten Schriftwechsel des Britischen Außenministers mit dem Britischen Botschafter in Warschau ergibt sich nämlich, daß die in der britischen Stellungnahme vom 28. August enthaltene Behauptung, eine definitive Zusicherung der Bereitschaft Polens zu direkten Besprechungen in Händen zu haben, nicht dem Sachverhalt entspricht. In seiner Antwort, dem Britischen Botschafter am 29. August 18.45 Uhr überreicht (Nr. 464), nimmt der Führer den britischen Vorschlag an. Er macht aber England darauf aufmerksam, daß die Zustände im Osten für eine Großmacht unerträglich sind und ein Zustand erreicht ist, der ein weiteres Sinnehmen oder auch nur Zusehen ausschließe. Der Führer weist weiter darauf hin, daß vielleicht nur noch Stunden zur Verfügung stehen, um die Spannung zu beseitigen. Deutschland habe lange versucht, auf dem Weg friedlicher Verhandlungen weiterzukommen, ohne von der Polnischen Regierung unterstützt zu werden. Trotz ihrer skeptischen Beurteilung der vorgeschlagenen direkten Besprechungen nehme die Reichsregierung den britischen Vorschlag an und erkläre sich damit einverstanden, daß durch Vermittlung der Englischen Regierung eine mit allen Vollmachten versehene polnische Persönlichkeit nach Berlin komme, mit deren Eintreffen die Reichsregierung für Mittwoch, den 30. August, rechne. Sie werde sofort Vorschläge einer für sie akzeptablen Lösung ausarbeiten und diese, wenn möglich, bis zur Ankunft des polnischen Unterhändlers auch der Britischen Regierung zur Verfügung stellen. Die Antwort Polens war die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung (Nr. 465).

Während die Britische Regierung noch über die Mitteilung des Führers vom 25. August beriet, fand ein Briefaustausch zwischen dem Französischen Ministerpräsidenten Daladier und dem Führer statt (Nr. 460 und 461). Der Führer begründete in seiner Antwort wiederum ausführlich den deutschen Standpunkt in der deutsch-polnischen Frage und wiederholte noch einmal seinen festen Entschluß, die gegenwärtige deutsch-französische Grenze als endgültig anzuerkennen.

Die Britische Regierung ließ sich mit ihrer Antwort auf die deutsche Anregung der Entsendung einer bevollmächtigten polnischen Persönlichkeit wiederum Zeit. Erst um Mitternacht des 30. August überbrachte Henderson ein Antwortmemorandum der Britischen Regierung (Nr. 466 Anlage I) und erklärte gleichzeitig, daß die Britische Regierung nicht in der Lage sei, der Polnischen zu empfehlen, einen bevollmächtigten Vertreter zu entsenden. Sie schlage vielmehr vor, Deutschland möge sich auf dem normalen diplomatischen Weg an Polen wenden. Im Memorandum bestätigt die Englische Regierung, daß Deutschland seine Vorschläge angenommen hat. Obwohl sie sich der Gefahr bewußt sei, daß zwei mobilisierte Armeen einander in nächster Nähe gegenüberständen, halte sie es doch für unendlich, schon heute (30. August) die Fühlungnahme herzustellen. England hat demnach mehr als 24 Stunden verstreichen lassen, ohne den direkten Kontakt herzustellen.

Dem Reichsaußenminister blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als festzustellen (Nr. 466), daß Polens Antwort die Generalmobilmachung gewesen sei und daß man umsonst auf das Erscheinen eines polnischen Vertreters gewartet habe. Um zu zeigen, was Deutschland dem polnischen Vertreter vorzuschlagen beabsichtigt hatte, verlas der Reichsaußenminister die inzwischen ausgearbeiteten deutschen Vorschläge, die, in 16 Punkten zusammengefaßt, die faireste Lösung der Streitfragen darstellten (Nr. 466 Anlage II), und erläuterte sie im einzelnen. Die amtliche deutsche Mitteilung (Nr. 468) stellt fest, daß Deutschland weitere 24 Stunden umsonst auf eine bevollmächtigte polnische Persönlichkeit gewartet habe und daß auch der Polnische Botschafter, der am 31. August 18.30 Uhr im Auswärtigen Amt erschien, keine Vollmacht zum Verhandeln besaßen, sondern nur erklärt habe, Polen erwäge die britische Anregung im günstigen Sinne. Der polnische Rundfunk (Nr. 469) und die gesamte

polnische Presse haben die deutschen Vorschläge sofort als unannehmbar und „unberschäm“ abgelehnt. — Von englischer wie von polnischer Seite sind zu diesen Vorgängen unrichtige Darstellungen verbreitet worden. Insbesondere wird englischerwie polnischerseits behauptet, Polen habe die Vorschläge, die es angeblich abgelehnt habe, zur Stunde der Ablehnung noch gar nicht gekannt. Der Englische Votschaster, dem sie vom Reichsaußenminister „at top speed“ vorgelesen worden seien, habe sie nicht verstanden und nicht weiterleiten können, weil man sie ihm nicht ausgehändigt hätte. Demgegenüber ist daran zu erinnern, daß der Hauptinhalt der deutschen Vorschläge schon in der Antwort des Führers vom 29. August (Nr. 464) enthalten war, die England im Laufe des 30. dem Britischen Votschaster in Warschau zur Übermittlung an die Polnische Regierung zugesandt hatte. Im übrigen geht aus den inzwischen veröffentlichten amtlichen britischen Dokumenten einwandfrei hervor, daß Henderson die im einzelnen ausgearbeiteten deutschen Vorschläge der sogenannten 16 Punkte sehr wohl verstanden und in der gleichen Nacht unmittelbar im Anschluß an seine Unterredung mit dem Reichsaußenminister deren Hauptinhalt zutreffend sowohl nach England als auch an seinen englischen Kollegen in Warschau weitergeleitet hat. Am Morgen des 31. August hat Henderson, wie er in seinem Abschlußbericht vom 20. September selbst zugibt, den Polnischen Votschaster in Berlin über die Einzelheiten der deutschen Vorschläge (16 Punkte) unterrichten lassen, die er inzwischen von einem Vertrauensmann auch schriftlich erhalten hatte. Dem gleichen Hendersonschen Schlußbericht zufolge verbrachte der Polnische Votschaster im Anschluß an diese Mitteilung der 16 Punkte den Vormittag in Telefongesprächen mit Warschau. Die Polnische Regierung hat die Vorschläge demnach gekannt. Wenn England den guten Willen zur Herstellung eines Kontaktes in letzter Stunde gehabt hätte, wäre dies zeitlich und technisch auch in diesem Stadium noch möglich gewesen. Aber nicht nur England hat es abgelehnt, Warschau die Annahme des deutschen Vorschlags zu raten, sondern, wie aus den veröffentlichten englischen Dokumenten hervorgeht, auch Weck hat erklärt, er werde einer deutschen Einladung selbstverständlich nicht folgen und Lipski nicht einmal ermächtigen, die deutschen Vorschläge entgegenzunehmen. Im übrigen war es, nachdem England fünf Monate darauf verzichtet hatte, trotz wachsender Spannungen Polen zu einem direkten Kontakt mit dem Reich zu bewegen, von vornherein klar, daß sein letzter Vorschlag nur ein Versuch war, die Kulissen so zu arrangieren, daß es mit seinem polnischen Verbündeten nicht bei der Herbeiführung des Krieges in flagranti ertappt wurde. Die zeigen die gleichfalls von England selbst veröffentlichten mehrfachen Ermahnungen des Englischen Außenministers an Warschau, „im Hinblick auf die Weltmeinung“ äußerst vorsichtig zu sein. Es ging nicht um die friedliche Bereinigung der Spannung, sondern darum, der Weltöffentlichkeit gegenüber das „friedliche“ Gesicht zu wahren.

Nachdem somit alle Möglichkeiten zu einer friedlichen Regelung der deutsch-polnischen Krise erschöpft waren, sah sich der Führer genötigt, die von Polen schon seit langem gegenüber Danzig, dem Deutschtum in Polen und schließlich gegenüber Deutschland durch zahlreiche Grenzverletzungen (Nr. 470) angewandte Gewalt mit Gewalt abzuwehren. In der Rede des Führers vor dem Reichstag am 1. September (Nr. 471) ist der deutsche Standpunkt abschließend zusammengefaßt. Die polnische Herausforderung im Osten duldet kein weiteres Zögern. Es kam nun darauf an, ob die Weltmächte frivol genug waren, auch Westeuropa in die Auseinandersetzung zu verwickeln. Großbritannien war dazu entschlossen, wie endgültig durch die Note bestätigt wurde, die Sir Neville Henderson am 1. September 1939 21 Uhr im Auswärtigen Amt überreichte. Darin werden die Einstellung „jeglicher Angriffshandlung gegen Polen“ und Zusicherungen gefordert, daß Deutschland bereit ist, seine Truppen „unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen“, andernfalls würde Großbritannien ohne Zögern seine vertraglichen Pflichten gegenüber Polen erfüllen (Nr. 472). Um 22 Uhr überbrachte der Französische Votschaster eine Note gleichen Wortlauts (Nr. 473). Der Reichsaußenminister wies den Vorwurf, Polen angegriffen zu haben, scharf zurück, erklärte sich aber bereit, den Inhalt der Noten dem Führer weiterzuleiten.

In diesem Augenblick setzte ein Vermittlungsversuch des Duce ein, wie aus Dokument Nr. 474 hervorgeht. Er enthielt den Vorschlag eines Waffenstill-

standes und der Einberufung einer Konferenz in 2 bis 3 Tagen. Die Reichsregierung erklärte sich bereit, auf den Vorschlag einzugehen; auch die Französische Regierung hatte eine positive Antwort erteilt. Das Dokument Nr. 475, eine Mitteilung der Sabasagentur vom 2. September 1939, ist in diesem Zusammenhang von historischer Bedeutung. Diese Mitteilung wurde nämlich, wie sich herausstellte unter englischem Druck, später zurückgezogen. England hatte inzwischen die Französische Regierung gezwungen, sich der englischen Auffassung anzuschließen, die auf der Zurückziehung der deutschen Truppen bestand (Nr. 476). Damit war die Aktion des Duce in einem Augenblick torpediert, in dem sie kurz vor dem Erfolg stand. Statt dessen sandte England am 3. September vormittags 9 Uhr ein auf 11 Uhr befristetes Ultimatum, in dem es die Forderungen auf Einstellung der Kampfhandlungen und Zurückziehung der deutschen Truppen wiederholte und sich für den Fall der Ablehnung nach Ablauf dieser Zeit als im Kriege mit Deutschland befindlich erklärte (Nr. 477). 11.15 Uhr desselben Tages unterrichtete Lord Halifax den Deutschen Geschäftsträger in London davon, daß sich England vom 3. September 1939 11 Uhr vormittags ab als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich ansehe (Nr. 478). Es war selbstverständlich, daß die Reichsregierung es ablehnen mußte, die ultimativen Forderungen Englands „entgegenzunehmen, anzunehmen oder gar zu erfüllen“. In einem Memorandum, vom Reichsaußenminister dem Britischen Botschafter am 3. September 11.30 Uhr überreicht, wies Deutschland diese Forderungen unter nochmaliger Entwicklung des deutschen Standpunktes und der englischen Verantwortung für eine kriegerische Auseinandersetzung zurück und erklärte, „jede Angriffs-Handlung Englands mit den gleichen Waffen und in der gleichen Form zu beantworten“ (Nr. 479). 12.30 Uhr desselben Tages erschien der Französische Botschafter im Auswärtigen Amt und überreichte eine Note des Inhalts, daß Frankreich sich verpflichtet sehe, vom 3. September 17 Uhr ab, die „vertraglichen Bindungen zu erfüllen, die Frankreich gegenüber Polen eingegangen sei“, eine Mitteilung, die sich nicht nur zeitlich von der englischen unterscheidet (Nr. 480). Der Reichsaußenminister verwies auf die Vericklung des italienischen Vermittlungsversuchs durch England sowie auf die auf zwei Stunden befristete ultimative Forderung Englands und sprach sein Bedauern aus, wenn es trotz des gesuchten Ausgleichs mit Frankreich zu einem durch nichts gerechtfertigten Angriffskrieg Frankreichs gegen Deutschland kommen würde. Die heutige Französische Regierung trage die Verantwortung für das Leid, das dann den Ländern zugefügt werde (Nr. 481).

In einem Rundtelegramm des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes an die deutschen diplomatischen Missionen wird die Verantwortung Englands für den Kriegsausbruch abschließend festgestellt (Nr. 482). Dieses Urteil wird vor der Geschichte Bestand haben.

Es wäre eine der vornehmsten Aufgaben europäischer Friedensarbeit gewesen, den seit Versailles an der deutsch-polnischen Grenze aufgehäuften Zündstoff rechtzeitig zu beseitigen. England, als einer der Hauptverantwortlichen für den Gefahrenherd, hat in 20 Jahren nichts unternommen, um hier den von ihm so oft gepriesenen Grundsatz des „peaceful change“ in die Tat umzusetzen. England hat hingegen eine Entgiftung des deutsch-polnischen Verhältnisses bewußt hintertrieben, indem es Polen mit seiner Garantie im gleichen Augenblick in die anti-deutsche Front lockte, als der Führer sich in Fortsetzung seiner mühseligen sechsjährigen Verständigungsarbeit um eine gütliche Regelung der zwischen Deutschland und Polen stehenden Fragen auf dem Verhandlungswege bemühte. England hat die deutschen Bestrebungen, noch in letzter Minute einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen, sabotiert und Polen in seiner aggressiven Haltung ermutigt. England hat schließlich, nachdem die deutsche Selbsthilfe gegen die polnischen Provokationen unabweislich geworden war, den Vermittlungs-vorschlag des Duce allein durch sein Verhalten zum Scheitern gebracht und damit endgültig zu erkennen gegeben, daß ihm die polnische Frage lediglich als Vorwand diene, um den Vernichtungskrieg gegen die stärkste Macht des Kontinents zu entfesseln.

In der klaren Erkenntnis dieser Tatsache hat das deutsche Volk, seiner gerechten Sache und seiner Stärke bewußt, den ihm von England aufgezwungenen Krieg entschlossen aufgenommen.

Sinn und Ziel des Kampfes ergeben sich aus seinen Ursachen von selbst. Sie sind vom Reichsminister des Auswärtigen noch einmal in seiner Rede in Danzig am 24. Oktober kurz zusammengefaßt worden, als er ausführte, das deutsche Volk werde „nicht eher die Waffen niederlegen, als bis die Sicherheit des Deutschen Reiches in Europa gewährleistet und die Garantie dafür geschaffen wird, daß ein solcher Angriff auf das deutsche Volk für alle Zeiten ausgeschlossen ist“.

•

Die Verwaltung

Von den Verwaltungsmaßnahmen in der ersten Dezemberhälfte sind in erster Linie einige auf dem Gebiet der Rechtspflege erlassene Gesetze und Verordnungen hervorzuheben. Der Schutz der Volksgemeinschaft gegen verbrecherische und unlautere Elemente erfordert naturgemäß in Kriegszeiten eine diesen Erfordernissen besonders angepasste Rechtsprechung. In erster Linie auf dem Gebiete des Strafrechts war es daher möglich, bereits wichtige Grundzüge der Rechtserneuerung in das geltende Recht einzuführen.

Als eine weitgehende Ergänzung des Strafrechts ist die am 5. Dezember vom Ministerrat für die Reichsverteidigung erlassene Verordnung gegen Gewaltverbrecher (RGBl. I, S. 2378) anzusehen, die dem Gangsterverbrecher, der mit Gangstermethoden bei oder nach seiner Tat arbeitet, schärfsten Kampf ansagt. Danach wird künftig, der bei einer Notzucht, einem Straßenraub, Bankraub oder einer anderen schweren Gewalttat Schuß-, Hieb- oder Stoßwaffen oder andere gleichgefährliche Mittel anwendet, z. B. seinem Opfer Salzsäure oder Vitriol ins Gesicht gießt, oder wer mit einer Waffe einen anderen an Leib oder Leben bedroht, mit dem Tode bestraft werden. Ebenso soll der Verbrecher bestraft werden, der Verfolger mit Waffengewalt angreift oder abwehrt. Ferner sichert diese Verordnung dem Volksgenossen, der sich bei der Verfolgung eines Verbrechers für dessen Ergreifung persönlich einsetzt, denselben strafrechtlichen Schutz zu, den die Rechtsordnung den Polizei- und Justizbeamten zuteil werden läßt. Damit wird der Volksgenosse, der sich bei der Verfolgung von Verbrechern auf Aufforderung der Polizei oder aus eigenem Antrieb in den Dienst der Polizei stellt, strafrechtlich ebenso gesichert wie der Polizeibeamte. Im Interesse größtmöglicher Beschleunigung der Aburteilung von Straftaten, für die diese Vorschriften in Betracht kommen, wurde das Sondergericht für zuständig erklärt. Als eine Folgerung aus den Grundzügen der Strafrechtserneuerung ist die Verhängung derselben Strafe für den Fall des Versuchs und der Beihilfe anzusehen, die für die vollendete Tat vorgesehen ist. Wer mit Tötungsvorlay auf einen anderen schießt, kann ebenso strafwürdig sein, wenn er sein Opfer trifft, wie wenn er sein Ziel verfehlt; der Einbrecher, der gestört wird, bevor er begehrte Beute findet, ist ebenso strafwürdig wie der Einbrecher, der seine Tat ungehindert durchführen kann. Die Verordnung ermöglicht es den Gerichten, die Strafe des Versuchs und der Beihilfe je nach dem Maß der Willensschuld des Verbrechers zu bestimmen, und befreit damit den Richter von einem Zwang zur Mildereung von Strafe, der ihn in solchen Fällen hinderte, gegen den Rechtsverbrecher die Strafe zu verhängen, die ihm nach seiner Schuld und Gefährlichkeit gebührt.

Einen besonders von dem neutralen Ausland vielbeachteten Einblick in die Objektivität und die Einhaltung völkerrechtlicher Grundsätze der deutschen Rechtsprechung gewährte die erste öffentliche Sitzung des deutschen Prisenhofes in Hamburg, die sich am 14. Dezember mit der Aufbringung mehrerer ausländischer Schiffe beschäftigte. Vor Eintritt in die Verhandlung machte der Präsident des Prisenhofes, Oberlandesgerichtspräsident Senator Dr. Rothenberger, der zugleich deutsches Mitglied des Ständigen Internationalen Schiedshofes im Haag ist, grundsätzliche Ausführungen über die deutsche Prisengerichtsbarkeit. Präsident Dr. Rothenberger führte dabei u. a. folgendes aus:

„Eine deutsche Prisenrechtsprechung hat es in den letzten zwanzig Jahren nach Beendigung des Weltkrieges nicht mehr gegeben. Das freie Meer ist nicht nur eine allen Mitgliedern der Völkergemeinschaft zugängliche Verkehrsstraße, sondern ebenso ein allgemeiner, allen zugänglicher Kriegsschauplatz, ja, zur Zeit der Kriegsschauplatz. Durch prisenrechtliche Maßnahmen auf dem Meer wird daher ebenso wie der Feind auch der Neutrale betroffen. Gegenstand der Prisengerichtsbarkeit ist nun die Nachprüfung der Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen. In Deutschland liegt diese Auf-

gabe nicht wie in vielen anderen Ländern politischen Verwaltungsbehörden ob, sondern einem mit allen Garantien eines Gerichts ausgestatteten Prisenhof. Der Prisenhof hat vier Mitglieder. Drei Prisenrichter — darunter der Vorsitzende — müssen die Befähigung zum Richteramt haben, ein Prisenrichter ist Seeoffizier. Alle haben die Rechte und Pflichten richterlicher Beamter. Sie urteilen unabhängig und genießen den besonderen Schutz der Mitglieder des Reichsgerichts. Zu jeder Entscheidung, die dem beteiligten Eigentümer des Schiffes oder der Ladung nachteilig ist, ist ein Spruch des Prisenhofs erforderlich.

Die Vertretung des Reichs vor dem Prisenhof liegt in den Händen des Reichskommissars. Dieser leitet auch das sogenannte vorbereitende Verfahren. Schiff und Ladung durchlaufen nämlich, bevor über sie in einer öffentlichen Verhandlung — wie heute — verhandelt wird, folgende Stationen: Sie werden von einem deutschen Kriegsschiff auf hoher See angehalten, durchsucht und in einen deutschen Hafen eingebracht. Der Reichskommissar sorgt dann selbst oder durch seine Hilfsorgane, wie Kriegsmarine-Dienststellen, für sachgemäße Aufbewahrung der Prise und für Unterkunft und Verpflegung der zurückgehaltenen Personen, die zur Klärung des Sachverhalts erforderlich sind. Er sorgt ferner für die Entseelung der Papiere, für die Besichtigung der Prise und für die Vernehmung der in Betracht kommenden Zeugen. Ergibt sich hierbei, daß die Beschlagnahme der Prise nicht den Voraussetzungen der Prisenordnung entspricht, so kann der Reichskommissar sie freigeben. Er kann auch mit den Beteiligten Vergleiche abschließen und berechnigte Ansprüche von sich aus befriedigen. Er kann aber keine Maßnahmen gegen einen Beteiligten treffen. Zu diesem Zweck muß er Anträge beim Prisenhof stellen. Der Vorsitzende des Prisenhofes macht die Einleitung des Verfahrens durch eine Veröffentlichung im „Deutschen Reichsanzeiger“ bekannt, die bezweckt, daß die Beteiligten ihre Anträge beim Prisenhof einreichen. Zur Sicherung ihrer Rechte müssen sie durch einen Rechtsanwalt vertreten sein, der auch das Recht auf Akteneinsicht hat. Das Urteil des Prisenhofes wird im Anschluß an die Verhandlung in öffentlicher Sitzung verkündet. Sowohl der Reichskommissar als auch die Beteiligten können gegen das Urteil des Prisenhofes Berufung an den Oberprisenhof in Berlin einlegen.

Die deutsche Prisengerichtsbarkeit ist also nach Form und Wesen kein Stück der Kriegführung, sondern eine wahre Gerichtsbarkeit. Die Ausübung einer solchen Gerichtsbarkeit inmitten einer überall von Kriegsleidenschaft erfüllten Zeit mit kühlem, klarem Kopf und doch mit heißem Herzen ist keine leichte Aufgabe. Wir sind uns bewußt, daß eine Prisenrechtsprechung anders als jede andere Rechtsprechung weit über die deutschen Grenzen hinaus insbesondere in die Rechte der Neutralen eingreift. Wir befinden uns aber in der glücklichen Lage, in der deutschen Prisenordnung eine Grundlage unserer Rechtsprechung vor uns zu haben, die in einer klaren übersichtlichen und sicheren Form die internationale Vertrags- und Staatenpraxis zusammenfaßt. Die deutsche Prisenordnung stellt nichts anderes dar als eine Modifikation des völkerrechtlich allgemein anerkannten Seerechts.

Zu dieser Erkenntnis verpflichtet uns hier in Hamburg überdies nachdrücklich die besondere Tradition unseres hanseatischen Oberlandesgerichts, bei dem der deutsche Prisenhof — nicht zuletzt aus diesem Grunde — errichtet worden ist. Stets waren Blick und Rechtsprechung dieses Gerichts die die Weite, aufs Meer und nach Übersee gerichtet. Sein Ruf und sein Ansehen im In- und Auslande beruhen in erster Linie auf seiner Rechtsprechung, auf Gebieten, die auch für den Prisenhof von maßgeblicher Bedeutung sein werden, auf den Gebieten des Handels-, See-, Seeversicherungsrechts und des internationalen Privatrechts. Ich erinnere nur an die Persönlichkeit jenes Mannes, der drei Jahrzehnte lang Präsident dieses Gerichts war und als solcher in der internationalen Juristentwelt weite Anerkennung fand, an den Präsidenten Siebecking. Noch zwei Monate vor seinem Ableben prägte er als unerschrockener Vorkämpfer für eine vernünftige Rechtsangleichung der am internationalen Rechtsverkehr beteiligten Völker untereinander im September 1909 den bekannt gewordenen Satz: „The law of the ocean can be one.“ Zwanzig Jahre vorher war auf der Washingtoner Konferenz nur die mehr theoretische Forderung erhoben „The law of the ocean must be one“.

Wäge die Rechtsprechung des Präsenhofes Hamburg später einmal ein kleiner Beitrag zur Schaffung eines wahren einheitlichen Völkerrichts werden!"

Von den übrigen Maßnahmen auf dem Gebiet der Rechtspflege ist ein Gnaden-erlass des Führers für Rechtsanwälte und Notare vom 30. November 1939 (RWB. I, S. 2342) nachzutragen, nach dem die Vorschriften des Gnadenerlasses des Führers für Beamte vom 21. Oktober 1939 auf Rechtsanwälte und Anwalts-assessoren sinngemäß anzuwenden sind. Für die Ostmark wurden einige Sonderbestimmungen verfügt.

Für den Aufbau der Verwaltung in den befreiten Ostgebieten war die am 8. Dezember vom Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung erlassene Verord-nung über die Zuerkennung der Fähigkeit zum Richteramt an Volks-deutsche (RWB. I, S. 2390) von besonderer Bedeutung. Danach kann der Reichs-justizminister Volksdeutsche, die in einem anderen Lande nach den dort geltenden Vorschriften die Fähigkeit zum Richteramt, zum Notaramt oder zum Beruf des Rechtsanwalts erworben haben, die Fähigkeit zum Richteramt zuerkennen. Gleich-zeitig wird durch die Verordnung die Regelung der Ausbildung der Volksdeutschen, die sich in einem anderen Lande in der Vorbereitung oder Ausbildung für das Amt des Richters oder Staatsanwalts, das Amt des Notars oder den Beruf des Rechts-anwalts befanden, dem Reichsjustizminister übertragen.

Die Patentanwaltsprüfung für zur Wehrmacht einberufene Anwärter wurde durch eine Verordnung des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung vom 11. Dezember (RWB. I, S. 2398) vereinfacht. Im Falle der Einberufung zur Wehrmacht können danach Anwärter auf die Patentanwaltschaft zur vereinfachten Prüfung zugelassen werden, wenn sie nach Ablegung der staatlichen oder akademi-schen Abschlußprüfung und nach mindestens einjähriger praktischer Tätigkeit min-destens zwei Jahre hindurch mit Erfolg eine praktische Tätigkeit auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes ausgeübt haben.

Dr. R.

Die Sozialpolitik

Von

Dr. Karstedt, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium

England hat bei rund 46 Millionen Einwohnern 1,4 Millionen Arbeitslose. Das würde, auf die 80 Millionen Großdeutschlands bezogen, einer deutschen Arbeitslosenziffer von rund 2,5 Millionen entsprechen. Tatsächlich betragen die Arbeitslosen in Deutschland aber Ende November 1938 bereits nur 161 000. Nachdem das Reichsarbeitsministerium in der letzten Zeit die Arbeitslosenziffern nicht mehr veröffentlicht hatte, hat es in der Berichtszeit mit dieser Zurückhaltung gebrochen und mitgeteilt, daß Ende November 1939 bei sämtlichen großdeutschen Arbeitsämtern (also ohne das Protektorat Böhmen und Mähren und die nach dem Polenfeldzug neu hinzugetretenen Ostgebiete) nur 126 000 Arbeitslose gezählt wurden, von denen obendrein nur 18 000 voll einsatzfähig und ausgleichsfähig waren.

Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht in ihrer am 7. Dezember 1939 herausgegebenen letzten Nummer eine Untersuchung über das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1938. Es verlohnt sich, auf die darin genannten Zahlen um so mehr einzugehen, als die westlichen Demokratien sich nicht genug darin tun können, die Lage des deutschen Arbeiters als die eines neuzeitlichen willenlosen Sklaven darzustellen. Das Volkseinkommen lag nach dieser Untersuchung in den Konjunkturjahren 1928/29 bei rund 75,5 Milliarden RM, was einem Kopfeinkommen von 1185 RM entsprach. In dem Glendjahr 1932 war das Volkseinkommen auf 45,2 Milliarden — einem Kopfeinkommen von 696 RM abgesunken, um dann rapide anzusteigen. 1935 lag es bereits bei 58,7 Milliarden bzw. 877 RM und schließlich 1938 bei 79,7 Milliarden RM bzw. einem Kopfeinkommen von 1166 RM.

Nicht genug hiermit, hat die dankenswerte Untersuchung auch das Volkseinkommen in Kaufkraft umgerechnet. Danach ergibt sich, daß, gemessen an der Kaufkraft von 1928, das Volkseinkommen für 1938 96,3 Milliarden RM betrug oder, auf den Kopf gerechnet, 1408 RM gegenüber 56,8 Milliarden RM und 875 RM im Jahre 1932. Es ist vielleicht nicht ohne Wert, im einzelnen dazu noch festzustellen, daß in der Land- und Forstwirtschaft das Volkseinkommen in den Jahren 1932 bis 1938 von 3,7 Milliarden RM auf 5,8 Milliarden RM stieg, in Handel und Gewerbe von 6 auf 14,8 Milliarden RM und im Sektor Lohn und Gehalt von 25,7 auf 42,7 Milliarden RM.

Durch Zufall wird mir gleichzeitig und als eine Ergänzung aus der Praxis der Geschäftsbericht des Mülheimer Bergwerksvereins in Mülheim/Ruhr für 1938 bekannt. Das Unternehmen beschäftigte am 31. Dezember 1938 rund 4000 Mann. Bei dem Bergwerksverein hat das Durchschnittsmonatseinkommen je Kopf der Beschäftigten im Jahre 1929 noch 202 betragen. Seinen Tiefstand erreichte es 1933 mit 134, um 1938 auf 196 gestiegen zu sein. Diese Zahlen bestätigen also voll das oben Gesagte.

An wichtigeren gesetzgeberischen Maßnahmen ist aus der Berichtszeit die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 12. Dezember 1939 (RGBl. I, S. 2403) zu erwähnen. Sie mildert weiterhin die einschränkenden Bestimmungen der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939, die den Gefolgsklassen weitgehende Opfer zumutete, ab. Die neue Verordnung stellt in ihren einleitenden Teilen ausdrücklich fest, daß die Sorge für die Gesundheit aller Schaffenden auch in Kriegszeiten eine vordringliche Aufgabe des Arbeitsschutzes bleibe. Trotz der Notwendigkeit erhöhter Leistungen müsse jede übergroße Beanspruchung der Arbeitskraft vermieden werden. Die bei Kriegsbeginn angeordnete Lockerung des Arbeitsschutzes habe deshalb nur für die erste Zeit der Umstellung auf die neuen Aufgaben gelten können. Nachdem diese nunmehr vollzogen sei, habe die Staatsführung wieder die Pflicht zum vollen Schutz der Arbeitskraft. Deshalb müßten übermäßige Arbeits-

zeiten verhindert werden und der Schutz der Frauen und Jugendlichen sei wieder zu verstärken. Die Verordnung bestimmt deshalb, daß, insoweit die Kriegsverhältnisse eine Verlängerung der Arbeitszeit erforderlich machen, sie grundsätzlich 10 Stunden täglich für den erwachsenen männlichen Arbeiter nicht überschreiten darf. Dabei wird an dem Grundsatz festgehalten, daß die regelmäßige Arbeitszeit 8 Stunden im Durchschnitt nicht ohne zwingende Gründe übersteigen soll. Mehrarbeit also nur in solchen Fällen zulässig ist, in denen sie nicht durch Einstellung neuer Arbeitskräfte oder in anderer Weise vermieden werden kann.

Für Frauen und Jugendliche können Ausnahmen vom Achtstundentag nur unter strengen Voraussetzungen zugelassen werden. Auch in dringenden Fällen soll aber die Wochenarbeitszeit von Frauen und Jugendlichen 56 Stunden nicht überschreiten (aus Frankreich liegen Meldungen vor, in denen von elfstündigen Arbeitsschichten von Frauen berichtet wird). Nacharbeit soll von Frauen und Jugendlichen nur im Rahmen der friedensmäßigen Vorschriften sowie nach einer Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 11. September 1939 geleistet werden. Das bedeutet, daß Arbeiterinnen und Jugendliche in der Regel nicht zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens beschäftigt werden dürfen. Die neue Verordnung verbietet die Beschäftigung von Jugendlichen und Frauen in voller Nachtschicht.

Abweichungen von den neuen Vorschriften sind nur in außergewöhnlichen Fällen und nur auf Grund besonderer Genehmigung zulässig, für deren Erteilung grundsätzlich der Arbeitsminister zuständig ist. Für die über 10 Stunden geleistete Arbeitszeit ist den Gefolgschaftsmitgliedern ausdrücklich ein Anspruch auf angemessenen Zuschlag für die Mehrarbeit neben dem Lohn für die Arbeitszeit eingeräumt. Dieser Zuschlag wird in der Regel 25 v. H. betragen.

Zum Schluß des diesmaligen Berichts über Deutschland darf ein Ereignis erwähnt werden, das zwar nicht unmittelbar das Gebiet der Sozialpolitik berührt, das aber gleichwohl als Ausdruck des durch den Krieg nicht gelähmten Willens zum Schaffen von Neuem charakterisiert ist: ich meine die Einweihung des Adolf Hitler-Kanals und den ersten Spatenstich zum Oder-Donau-Kanal. In den ersten Tagen des Dezember wurde der Gleiwitz mit der Oder verbindende leistungsfähige Adolf Hitler-Kanal seinem Zweck übergeben. Damit hat das durch Versailles schwer betroffene Oberschlesien eine Verbindung erhalten, die es aus seiner langen Achenbrüdelrolle heraushebt. Der jetzige Endhafen Gleiwitz wird voraussichtlich nicht Endhafen bleiben, da schon die Pläne in Arbeit sind, den Kanal zunächst nach Ostoberschlesien weiter zu bauen, vom Tor des ober-schlesischen Industriegebietes, Gleiwitz, in dessen Mitte vorzustoßen und später eine Verbindung mit der Weichsel zu schaffen. Von ebenso großer Bedeutung ist die nunmehr endlich erfolgte Inangriffnahme des Oder-Donau-Kanals, eines Planes, der bereits in das 17. Jahrhundert zurückgreift und zu Beginn dieses Jahrhunderts endlich seiner Verwirklichung nahe schien, als der Ausbruch des Weltkrieges alles weitere verhinderte. Weil alle diese Arbeiten vor allem dem deutschen schaffenden Menschen zugute kommen, dürfen sie an dieser Stelle nicht übergangen werden (siehe S. 69).

In Großbritannien geht der ewige circulus vitiosus: Preissteigerungen — Streikdrohungen — Lohnerhöhungen — Preissteigerungen ungestört weiter. Nach den vorliegenden Unterlagen ist es allerdings nicht möglich, ein völlig einwandfreies Bild über die Preisbewegungen in Großbritannien zu erlangen. Kürzlich hat die Finanz- und Handelszeitung „The Statist“ eine eigene angeblich mit Hilfe des Leiters der statistischen Abteilung im britischen Handelsministerium zusammengestellte Statistik über die Änderungen in den Preisen veröffentlicht. Danach sollen pflanzliche Nahrungsmittel während der beiden Kriegsmonate September und Oktober im Vergleich zum August um 37,5 v. H. und Textilwaren in demselben Zeitpunkt um 24 v. H. im Preis gestiegen sein. Vom 30. September bis 31. Oktober haben sich die Preise für pflanzliche Nahrungsmittel um 19 v. H. erhöht, die für Textilwaren um 6,3 v. H. und die für Kurzwaren um 8,7 v. H. Ob es sich bei diesen Zahlen um Groß- oder Kleinhandelspreise handelt, ist allerdings nicht ohne weiteres erkennbar. Daß die Welle der Preissteigerungen aber noch immer nicht kulminiert, beweisen die in der Berichtszeit erfolgten neuen Lohnforderungen. So verlangen die Gewerkschaften der Bauarbeiter wie auch die der Textilarbeiter neue Lohnzuschläge mit dem Hinweis, daß die bisherigen Lohnaufbesserungen unzu-

reichend gewesen seien. Die Maschinenbauarbeiter, die bisher angeblich nur in Einzelfällen Lohnaufbesserungen erhalten haben, fordern jetzt Lohnerhöhungen um 10 s die Woche. Im Vordergrund standen in den letzten Tagen die Maschinenbauarbeiter der Flugzeugindustrie, die bereits Versammlungen zur Durchsetzung ihrer Forderungen abhalten und Streikdrohungen vorbringen. Die Landarbeiter gingen denselben Weg. Anfang Dezember kam es in Oxford zu weitgehenden Betriebs-einschränkungen bei der Automobilsabrik Morris Motors und in den Werken der Bressed Steel Company. Die Folge davon waren große Arbeitslosendemonstrationen in Oxford. Von Interesse ist, daß die Gewerkschaft der Eisenbahner am 1. Dezember 1939 eine Erklärung herausgab, wonach die Eisenbahngesellschaften bis dahin noch keine Stellung zur Entscheidung des Eisenbahnlohnamts über die Einführung eines Mindestlohnes getroffen hatten, die beispielsweise für London 50 s die Woche vor-sieht. In der Erklärung wird kennzeichnenderweise darauf hingewiesen, daß das Arbeitsministerium die Kennziffer für die Lebenshaltungskosten mit 55 v. S. über dem Stand vom Juli 1914 angelegt habe, tatsächlich liege sie aber bereits bei 69 v. S.

Die Arbeitslosigkeit hat in England bis zum 13. November 1939 eine leichte Senkung um 28050 erfahren und lag an diesem Tag auf 1402588. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß diese Zahl, die eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage um 170000 gegenüber dem Zeitpunkt des Kriegsausbruchs bedeutet, um 425 500 gegenüber der Arbeitslosenziffer vom November 1938 niedriger liegt. England hat sich kürzlich entschlossen, die Arbeitslosenunterstützungsätze zu erhöhen. Genau wie im Falle der Erhöhung der Sätze für den Unterhalt der Familien der zum Meer Einberufenen handelt es sich aber um eine ganz geringfügige Verbesserung, die praktisch kaum zu Buch schlagen dürfte.

In Frankreich sind neuerdings Sonderfestsetzungen hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen für den Bergbau erlassen. Die Kollektivverträge bleiben auch hier grundsätzlich für die Dauer des Krieges in Kraft. Einzelheiten können auf Grund von Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen abgeändert werden. Die endgültige Zustimmung liegt beim Arbeitsminister, gegen dessen Votum ein Einspruch nicht möglich ist. Andererseits ist der Minister von Amts wegen berechtigt, bestehende Konventionen abzuändern, wenn sie nach seiner Ansicht nicht mit den Notwendigkeiten der Erzeugung oder des Arbeitsertrages im Einklang stehen. Im Zusammenhang mit diesen Anordnungen wird den Bergarbeitern ihr Mandat entzogen, soweit sie dem Arbeitsausschuß für Sicherheitswesen in den einzelnen Bergbaubetrieben angehörten. Die Ernennung der Mitglieder erfolgt in Zukunft durch den Arbeitsminister und den Minister für öffentliche Arbeiten, die sich dabei an die Vorschläge der größten Arbeitervertretungen halten. Der Zweck dieser Bestimmung ist offenbar der, auch im Bergbau die Vertreter der kommunistischen Organisationen auszuschalten.

Die Bemühungen der französischen Regierung, die Preise nach Möglichkeit auf dem Stand vom Kriegsbeginn zu halten, erleiden mindestens auf vielen Gebieten offenbar Schiffbruch. So hat die Erhöhung der Kohlen Großhandelspreise inzwischen auch den Kleinhandel in seinen Bereich gezogen; für Paris und seine Vororte wurde mit Wirkung vom 25. November 1939 eine erhebliche Steigerung der Kohlenpreise und sonstiger Brennstoffe genehmigt.

Die Arbeitslosigkeit hat sich offenbar auf der gleichen Höhe gehalten. Sie beträgt noch immer 325 000.

In Belgien ist eine Vereinbarung dahin zustande gekommen, daß im Steinkohlenbergbau in Zukunft statt $7\frac{1}{2}$ 8 Stunden gearbeitet werden soll, wobei alle drei Wochen ein Sonderurlaubstag einzuschalten ist. Auf Grund dieser Regelung wird ein Mehranfall der belgischen Steinkohlenförderung von jährlich 800 000 t erwartet. Ungefähr gleichzeitig sind aber die Löhne der Grubenarbeiter nach heftigen Kämpfen vom 3. Dezember 1939 ab um 2½ v. S. erhöht worden. Insgesamt sind die Kohlenpreise inzwischen um rund 12 v. S. gestiegen. Bei der Bedeutung des Steinkohlenbergbaues nicht nur für Belgien selbst, sondern auch für Frankreich, scheint hierin eine erhebliche Gefahrenquelle zu liegen.

Bis zu den ersten Tagen des Dezember hatte die Arbeitslosigkeit erneut zugenommen. Bei einer Bevölkerung von rund 8 Millionen wurden nicht weniger als 213 977 Arbeitslose gezählt.

In Luxemburg sind die Gemeinden aufs neue vor das Problem der Fürsorge für die Arbeitslosen gestellt. Nach einer belgischen Meldung vom Anfang Dezember soll die Erzeugung im Eisener Industriegebiet im Dezember um ein Drittel geringer sein als im Vormonat; wahrscheinlich werde nur an 21 Tagen gearbeitet werden. Als Grund für die schlechte Lage wird der Mangel an Rohstoffen angegeben. Ein Stahlwerk in der Stadt Luxemburg selbst habe aus Mangel an Aufträgen rund 100 Arbeiter und Angestellte entlassen müssen.

Auch in Dänemark ist die Arbeitslosigkeit erneut scharf angestiegen und betrug Ende November 118 212 gegen 90 537 Ende Oktober. Von Interesse ist, daß in Dänemark eine Vereinbarung zwischen den dänischen Gewerkschaften und dem dänischen Reedereiberein zustande gekommen ist, nach der ein großer Teil der Seeleute automatisch gleitende Lohnerhöhungen mit Steigen der Lebenshaltungszahl erhält. So bekommen Heizer und Kohlentrimmer eine Teuerungszulage von 2,15 Kronen monatlich, Matrosen, Bootleute usw. von 2,25 Kronen und Schiffsjungen eine solche von einer Krone für jeden Punkt, um den die Richtigkeit steigt.

Aus den Vereinigten Staaten liegen, allerdings nicht zahlenmäßig, Angaben vor, die darauf schließen lassen, daß der Anfang November gemeldete Rückgang der riesigen Arbeitslosenziffer sich nicht fortgesetzt hat. Andererseits scheinen schon der kleine Rückgang und die Hoffnung auf die von dem Krieg zu erwartenden Gewinne die beiden Gewerkschaftsgruppen, nämlich die American Federation of Labour unter Green und das Committee of Industrial Organization unter Lewis veranlaßt zu haben, wieder erneut ihre Machtgelüste geltend zu machen.

Die Wirtschaft

England hatte sich von Beginn des von ihm selbst gewollten und veranlaßten Krieges darauf eingestellt, den Kampf gegen das aufstrebende Deutschland am wenigsten mit den Waffen, sondern vielmehr in der bereits zur Tradition gewordenen Art des Wirtschaftskrieges zu führen. Auf die Einhaltung völkerrechtlicher Bestimmungen wurde auch jetzt ebenso wie im Weltkriege keine Rücksicht genommen. Man hatte jedoch diesmal übersehen, daß die Lage des Großdeutschen Reiches in jeder Weise eine andere war als zu Beginn des Weltkrieges, und mußte sich deshalb bald von der Wirkungslosigkeit der bisherigen Maßnahmen überzeugen. Die brutalen englischen Methoden des Handelskrieges trafen in immer stärkerem Maße die neutralen Staaten, wobei die Intensität des englischen Vorgehens sich mit der zunehmenden Größe und Bedeutung der neutralen Staaten in auffällender Weise verringerte. Ein Eingeständnis der Erfolglosigkeit des bisherigen Wirtschaftskrieges gegen Deutschland war schließlich auch darin zu erblicken, daß Ende November eine Exportblockade gegen deutsche Waren mit einer fadenscheinigen und sehr fragwürdigen Begründung in Szene gesetzt wurde.

Diese jedes Völkerrecht verletzende britische Maßnahme richtete sich erst recht gegen die Neutralen, die sofort in London und Paris energisch Protest einlegten. Am 4. Dezember trat nun die allen Abmachungen des internationalen Seerechts widersprechende britische Verordnung in Kraft. Die japanische Regierung ließ durch ihren Botschafter in London sofort nach dem Inkrafttreten nochmals schärfsten Protest einlegen und eine Sonderbehandlung ihrer Importe deutscher Herkunft fordern. Auch der spanische Botschafter sprach am 5. Dezember im englischen Außenamt vor, protestierte gegen die rechtswidrige Ausfuhrblockade und brachte zum Ausdruck, daß sich seine Regierung alle Rechte vorbehalten. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhob am 8. Dezember ebenfalls Vorstellungen gegen den englischen Beschluß, alle Schiffe mit Waren aus Deutschland nach dem 4. Dezember anzuhalten. In der amerikanischen Note kam zum Ausdruck, daß sie eine Blockade nur anerkennen könne, wenn sie effektiv sei, nicht aber einen derartigen Beschluß, der sich auf Schiffe beziehe, die weit außerhalb des Kriegsgebiets fahren, und der legitime Interessen amerikanischer Bürger verletze.

Neben dem scharfen japanischen Protest, der in einer Androhung von sofortigen Gegenmaßnahmen gipfelte, kommt der Protestnote besondere Bedeutung zu, die das Außenkommissariat der Sowjetunion am 10. Dezember der britischen Botschaft in Moskau überreichte. In der Note wird festgestellt, daß die britischen Maßnahmen das Völkerrecht verletzen und insbesondere den Handel und die Interessen der neutralen Staaten auf das schwerste beeinträchtigen. Die neue „präzedenzlose“ Methode der britischen Regierung im Handelskrieg gegen Deutschland werde deshalb von der Sowjetregierung auf das schärfste abgelehnt, wobei sich die Sowjetregierung das Recht vorbehält, für alle ihr daraus eventuell entstehenden Schäden Ersatz zu fordern.

Die Schäden des völkerrechtswidrigen britischen Vorgehens abzuwehren, wird nunmehr Sache der einzelnen neutralen Staaten sein. Es ist selbstverständlich, daß ihr Verhalten von deutscher Seite aufmerksam verfolgt wird, da der Standpunkt Deutschlands eindeutig dahingehend feststeht, daß ein neutrales Land zu echter Neutralität nach beiden Seiten verpflichtet ist.

Das rigorose Vorgehen der britischen Wirtschaftskriegsführung wurde in Deutschland, wie nicht anders zu erwarten, aufmerksam geprüft, aber mit der Ruhe und Zuversicht aufgenommen, die aus dem Vertrauen in die Sicherheit seiner Versorgungslage und den entscheidenden Vorsprung seiner Kriegswirtschaft vor den unter schweren Mängeln leidenden Wirtschaftskräften seiner Gegner entspringt. Einen überaus eindrucksvollen Einblick in die kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen Deutschlands und ihre Bewährung in den ersten drei Kriegsmonaten sowie über

die nicht zu erschütternde kriegswirtschaftliche Überlegenheit des Reiches vermittelte eine Rede des Reichswirtschaftsministers Funk am 10. Dezember im Rahmen der Hochschulwoche der Technischen Hochschule München. Der Minister wies in seiner Rede auf die gewisse Genugtuung hin, die wir empfinden, wenn wir sehen, wie unsere Gegner, die sich immer so sehr ihrer freiheitlichen Methoden gerühmt haben, nun unter dem Zwange der Not versuchen, einen nach dem anderen der oft verlästerten nationalsozialistischen Wirtschaftsgrundsätze anzuwenden, aber mangels Autorität und entsprechender geistiger Voraussetzungen mehr Verwirrung als Nutzen stiften. Deutschland besaß bei Kriegsbeginn eine gut eingespielte Organisation, in die sich die Maßnahmen der wirtschaftlichen Mobilisierung leicht eingefügt haben. Hierbei kommen uns die großen Vorzüge einer autoritären Staatsführung zugute.

Besonders wichtig waren die Ausführungen Funks über die Aufrechterhaltung des größten Teils des deutschen Außenhandels und die Probleme der Kriegsfinaanzierung. Reichsminister Funk nahm zu diesen Fragen wie folgt Stellung:

„Unsere ganze Wirtschafts- und Außenhandelspolitik ist seit Jahren darauf gerichtet, uns von solchen Zufahren unabhängig zu machen, die uns im Ernstfall unterbunden werden können, und das ist auch in hohem Maße gelungen. Wir haben gewiß auf den Ackerhandel gezählt, weil wir hier ein willkommenes Betätigungsfeld für unseren Wagemut und unseren Unternehmungsgeist erblickten und weil ein vielseitiger Güteraustausch den Lebensstandard aller Beteiligten zu heben und die Anknüpfung kultureller Beziehungen zu fördern geeignet ist. Aber die Zeiten, da wir weitgehend vom Welthandel abhängig waren, sind glücklicherweise vorbei. Es ist eine merkwürdige Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet England, das Welthandelsland par excellence, seit 25 Jahren alles tut, diesen Welthandel so gründlich wie nur möglich zu stören. Erst die Blockade des Weltkrieges, der Raub der deutschen Kolonien, der Raub des deutschen Privateigentums, später, als es galt, einen neuen Welthandel aufzubauen, die Errichtung hoher Zollmauern, die Abschließung des Empires durch die Ottawa-Verträge, die Währungsabwertung und das jahrelange Spiel mit dem schwankenden Pfundkurs. Jetzt soll anscheinend mit der abermaligen Blockade in schärfster Form der freie Welthandel endgültig ruiniert werden, damit in Zukunft die Diktatur des britischen Kapitalisten durch den fairen Wettbewerb junger, tüchtiger Nationen nicht mehr gestört wird. Aber über solche Methoden ist das 20. Jahrhundert doch schon hinausgewachsen. Wir haben jedenfalls für unseren Handel bereits Wege gefunden, die von England nicht gestört werden können, und haben diesen Handel auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nachhaltig ausgebaut.

Zu den natürlichen Austauschbeziehungen mit dem Südosten kommt nun auch nach dem Vertragswerk mit der Sowjetunion das riesige russische Reich mit seinen unermesslichen Rohstoffvorräten und seinem großen Fertigwarenbedarf. Für das, was uns der Ackerhandel nicht mehr zu geben vermag, werden wir zum guten Teil in Rußland Ersatz finden. Die Verhandlungen, im Geiste der Verständigung und des Entgegenkommens geführt, haben sich gut angelassen. Der große Futtergetreideabschluß ist bereits befanntgegeben worden. Rammhafte Kosten an Erzen, Metallen, Erdöl, Baumwolle und Wolle sind uns zugesagt. Auch hier arbeitet die Zeit für uns. Die russische Erzeugung ist außerordentlich steigerungsfähig, und wenn sich der Austausch erst einmal eingespielt hat, ist mit regelmäßig zunehmenden Lieferungen zu rechnen. Während wir im Weltkrieg von drei Seiten eingeschlossen waren, stehen uns heute für unsere Versorgung der gesamte europäische Kontinent östlich Frankreichs und weite Teile Asiens zur Verfügung. Mag England getrost an den Eingängen der Nordsee auf der Lauer liegen, in dem weiten mittel- und osteuropäischen Raum wird sich ein reger und vielseitiger Güteraustausch vollziehen, bei dem jeder auf seine Kosten kommt und jeder das erhält, was er braucht.

So hat sich der deutsche Außenhandel in den ersten Kriegsmonaten noch recht zufriedenstellend entwickelt. Gleichwohl blieben noch erhebliche Umstellungsschwierigkeiten zu meistern. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Rohstoffversorgung der Ausfuhrindustrie, die zur Aufrechterhaltung unserer Lieferfähigkeit gesichert werden muß. Da Deutschland mit seinen Rohstoffvorräten haushälterisch umgehen muß, ist auch auf dem Gebiete der industriellen Rohstoffe eine Bewirtschaftung erforderlich, die in den Händen der Reichsstellen liegt. Mit der Rohstoffbewirtschaftung

muß auch eine sinnvolle Lenkung des Arbeitseinsatzes Hand in Hand gehen, bei der im Einbernehmen mit den Militärbehörden zwischen den militärischen und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten ein befriedigender Ausgleich gefunden wird.

Das Finanzierungsproblem pflegt die Gemüter in allgemeinen lebhafter als alles andere zu beschäftigen. Von dem unehrlichen Mittel der Inflation abgesehen, bestehen praktisch zwei Finanzierungsmöglichkeiten: die systematische Heranziehung von Ersparnissen und die Besteuerung. Im ersten Falle appelliert man an die freiwillige Mitarbeit, während Steuern einen zwangsweißen Eingriff darstellen. Steuern haben den Vorteil, daß mit ihrem Eingang die Kriegsausgaben endgültig gedeckt sind, während Anleihen verzinst und später getilgt werden müssen. Die nationalsozialistische Kriegsfinanzierung wird von den beiden Grundfragen beherrscht, daß eine Geldentwertung vermieden und die Bildung von Kriegsgewinnen unterbunden werden sollen. Wir werden dafür sorgen, daß die Ersparnisse des deutschen Soldaten und des deutschen Arbeiters ihren Wert behalten, und werden es nicht dulden, daß irgend jemand sich am Kriege bereichert.

Es ist notwendig, die Wirtschaft im Kriege flüssig zu erhalten und insbesondere die Kreditkraft der Banken nachhaltig zu stärken. Der Geldmarkt hat denn auch die Mittel zur Verteilung der durch Steuern nicht gedeckten Ausgaben ohne Schwierigkeiten hergegeben. Daß der Kapitalmarkt heute wieder durchaus für größere öffentliche Emissionen aufnahmefähig ist, haben die glatte Unterbringung der Reichsbahnanleihe und der folgenden Industrieanleihen gezeigt. Ob so etwas zur Zeit in Frankreich möglich wäre, erscheint sehr zweifelhaft.

Der Schwerpunkt unserer Kriegsfinanzierung liegt im übrigen bei den Steuern. Dabei hält sich die Belastung durch die neueingeführten Steuerzuschläge durchaus in erträglichen Grenzen. Der Steuerdruck darf auch nicht übermäßig gesteigert werden, denn das hätte ja zur Folge, daß jede Wirtschaftsinitiative, auf die wir trotz aller staatlichen Regelung gerade jetzt nicht verzichten wollen, gelähmt wird. Auch dem deutschen Arbeiter soll nicht mehr zugemutet werden, als er billigertweise tragen kann. Demgegenüber wiegen die Lasten, die dem Arbeiter heute zum Beispiel in Frankreich aufgebürdet werden, für diesen um so schwerer, als er nicht den gleichen sozialen und wirtschaftlichen Rückhalt wie der deutsche Arbeiter besitzt.

Wenn bewußt auf eine stärkere Anziehung der Steuerhülle bisher verzichtet wurde, so konnte dies nicht zuletzt im Hinblick auf die Selbstdisziplin der Bevölkerung gesehen. Das Vertrauen des deutschen Volkes in die Reichsführung ist unser stärkstes Kriegskapital. Die nationalsozialistische Regierung kennt das deutsche Volk genau genug, um zu wissen, daß die für den täglichen Bedarf nicht erforderlichen Einkommensteile vorwiegend gespart werden, sei es durch Einzahlung bei den Sparkassen und sonstigen Kreditinstituten, sei es durch Abschluß von Lebensversicherungen und ähnlichem. Es wird aber notwendig sein, den Sparanreiz im Kriege durch gesunde vernünftige Sparmethoden zu erhöhen. Das Kriegsparen muß zu einer nationalen Pflicht des deutschen Volkes erhoben werden. Auf diese Weise wird vermieden, daß die freie Kaufkraft sich auf den Verbrauchsgütermärkten in Ausverkäufen auswirkt. Unter diesem Gesichtspunkt hat das Marken- und Bezugscheinsystem auch eine große währungspolitische Bedeutung, indem es durch Zuteilung bestimmter Mengen eine preistreibende Konkurrenz unter den Kaufstigen ausschaltet. Darüber hinaus ist die Preiskontrolle verstärkt worden. Auch hier stand in der Behördenorganisation des Preiskommissars und der Preisprüfungs- und Preisüberwachungsstellen bereits seit einigen Jahren ein gut eingespielter Apparat zur Verfügung."

Aus der Rede des Reichswirtschaftsministers sprach das unbedingte Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und die Schaffenskraft des deutschen Volkes. Wiederum legte das deutsche Volk und seine Führung in der ersten Dezemberhälfte ein Zeugnis der ihm innewohnenden Kraft ab. Nach fast sechsjähriger Wartezeit wurde der Adolf Hitler-Kanal, der das ober-schlesische Industriegebiet mit der Oder verbindet, fertiggestellt und am 8. Dezember durch Reichsminister Rudolf Heß, der auch am 14. Mai 1934 bei dem Beginn der Arbeiten zugegen war, seiner Bestimmung übergeben. Wenige Stunden nach der feierlichen Einweihung des Adolf Hitler-Kanals wurde dann vom Stellvertreter des Führers der erste Spatenstich zum Oder-Donau-Kanal getan, jener großzügigen Schifffahrtsverbindung, deren Aufgabe

es sein wird, den Güteraustausch zwischen Schlesien, der Ostmark und dem Protektorat zu erleichtern und darüber hinaus den deutschen Ostraum mit dem Balkan zu verbinden.

Reichsverkehrsminister Dr. Dörpmüller gab in seiner Ansprache bei der Einweihung des Adolf Hitler-Kanals einen Überblick über die gewaltige Bedeutung des deutschen Binnenschiffahrtssystems für die schaffende Bevölkerung, wenn einmal im Westen der Rhein und im Osten die Oder mit der Donau verbunden sind, wenn sich ein Kanalring um und durch Deutschland zieht, an dem die Hauptproduktionsstätten unseres Vaterlandes angeschlossen sind oder noch angeschlossen werden können. „Ein Ring, der im Norden den Rhein, die Weser, die Elbe und Oder unter sich und mit der Nord- und Ostsee verbindet und im Süden über die Donau das Schwarze Meer erreicht. Dazu kommt noch, daß eine östliche Verlängerung des Adolf Hitler-Kanals die Weichsel auf ihrem ganzen Lauf unter deutschen Einfluß bringt und sich außerdem noch die Perspektive einer Kanalverbindung nach dem Dniestr und damit auf einen zweiten Wasserweg zum Schwarzen Meer eröffnet.“

Die gewaltigen Perspektiven, die sich aus den Ausführungen des Reichsverkehrsministers somit für den gesamten deutschen Ostraum ergeben, wurden unterstrichen durch einen Artikel des Staatssekretärs im Reichsernährungsministerium Willifens, der am 14. Dezember in der deutschen Presse erschien und auf die Möglichkeiten hinwies, die in diesem Raum liegen, der früher als die Kornkammer des Deutschen Reiches bekannt war. Dieses deutsche Land soll, sobald es die Umstände erlauben, wieder die Existenzgrundlage für Zehntausende tüchtiger deutscher Bauernfamilien werden. In erster Linie ist der deutsche Soldat, der diesen Boden mit der Waffe in der Hand und mit seinem Blute zurückgewonnen hat, berechtigt, Ansprüche zu stellen. Aus diesen Erwägungen folgt, wie Staatssekretär Willifens weiterhin ausführte, daß, solange der uns im Westen ausgezwungene Kampf nicht siegreich beendet ist, an eine Ansetzung deutscher Bauern als Eigentümer in den neuen Provinzen nicht gedacht werden kann. Bis zu diesem Zeitpunkt muß also die bisherige treuhänderische Bewirtschaftung des Bodens beibehalten werden. Lediglich den bäuerlichen Familien unter den auf den Ruf des Führers zurückkommenden Volksdeutschen muß schon vorher in diesem Raum eine neue Heimat, eine neue Existenz gegeben werden.

Ein eindrucksvolles Bild über den deutschen Aufbau in Polen vermittelte ein um die Mitte des Monats Dezember bekanntgewordenes Teilergebnis aus dem Gebiet der Westiden, in dem in zehn Wochen Arbeit 140 Kilometer neue Straßen hergestellt wurden. Insgesamt arbeiten etwa 50 000 Männer der Organisation Todt am Bau von Straßen und Brücken im Generalgouvernement und leisteten bisher mehr Kulturarbeit und Zivilisation als die früheren polnischen Regierungen mit ihrem jüdischen Anhang in ganzen 20 Friedensjahren vollbringen konnten.

Die zunehmende Bedeutung des nun wiederum zum Deutschen Reich gehörenden ostoberschlesischen Industriegebietes sowie des Ostgebieteles kam bei einer Besichtigungsreise zum Ausdruck, die Reichswirtschaftsminister Funk vom 13. bis 15. Dezember durch diese unter deutscher Leitung wieder aufblühenden Industriegebiete unternahm.

Auf dem Gebiet des Bank- und Sparkassenwesens waren einige organisatorische Maßnahmen von besonderer Bedeutung. Durch eine Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 5. Dezember (RGBl. I, S. 2413) wurde der Reichswirtschaftsminister ermächtigt, auf dem Gebiet des Kreditwesens die zu einer zweckmäßigen Gestaltung der Organisation erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Der Reichswirtschaftsminister kann insbesondere Kreditinstitute neu errichten, aufheben, zusammenschließen oder umwandeln, bestehende Satzungen ändern, neue Satzungen einführen und hierbei die zur Abwicklung der Geschäfte und zur Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten erforderlichen Anordnungen treffen und kann bei seinen Maßnahmen von dem bestehenden Recht abweichen.

Das am 7. Dezember verkündete „Gesetz über die Deutsche Landesrentenbank“ (RGBl. I, S. 2405) bildete den Abschluß des Übergangs des preußischen Siedlungsvermögens auf das Reich auf Grund des Staatsvertrages zwischen Reich und Preußen vom 16. Juni 1937. Die Preußische Landesrentenbank wird danach in ein Reichsinstitut umgewandelt. Das Gesetz soll die finanzielle Weiterführung der

Neubildung deutschen Bauerntums sicherstellen, enthält aber keine Frage von grundsätzlicher siedlungspolitischer Bedeutung. Eine etwa notwendig werdende Neuordnung des gesamten bäuerlichen Siedlungswesens und ihre gesetzliche Neugestaltung wird durch dieses Gesetz vom 7. Dezember weder behindert noch berührt.

Die Lage am deutschen Geldmarkt erwies sich genau wie in den vorhergehenden Wochen allen Anforderungen gegenüber gewachsen. Überhaupt zeigte sich gerade hier das Vertrauen des deutschen Volkes in seine Wirtschaftsführung von der besten Seite. Bei dem gesamten Bank- und Kreditgewerbe trug eine vorbildliche Haltung dazu bei, besorgte Gemüter zu beschwichtigen. Daburich war es, wie Ministerialdirektor Lange in einem in der Berliner Wirtschaftshochschule gehaltenen Vortrag über Finanzierungsfragen betonte, in Deutschland nicht nötig, wie es Keynes in England vorschlug, ein Zwangsparen einzuführen.

Wenn auch die günstige Lage des Geldmarktes und die gesicherte Finanzkraft des Reiches als überaus wertvolle Voraussetzungen für das Bestehen des uns ausgezwungenen Kampfes zu werten sind, so ist doch entscheidend der Vorsprung, den das Reich in bezug auf die Arbeitskraft seines Volkes hat. Die Sicherstellung des Facharbeiterbedarfs gehört zu den wesentlichsten Voraussetzungen zur Durchführung der vorgesehenen kriegswirtschaftlichen Aufgaben. Durch eine Verordnung vom 15. Dezember (RSBl. I, S. 2425) regelte der Beauftragte für den Vierjahresplan die Ausbildung von Fachkräften. Die Maßnahmen, die notwendig sind, um die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch die Ausbildung und Förderung von Fachkräften zu heben, trifft danach der Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern. Zu diesem Zweck wurde der Reichswirtschaftsminister insbesondere ermächtigt, einzelne Vorschriften der Reichsgewerbeordnung zu ändern oder das Gesetz durch neue Vorschriften zu ergänzen.

Während sich im Deutschen Reich immer neue positive Ergebnisse auf allen Wirtschaftsgebieten nachweisen lassen, wie das auch in der Erhöhung des deutschen Volkseinkommens im Jahre 1938 um 9,8 v. S. zum Ausdruck kommt, machen sich in gleicher Weise bei unseren Gegnern immer neue Zeichen einer unbefriedigenden Wirtschaftslage bemerkbar. Die Erfolge der deutschen Gegenblockade führten in England zu weiteren Einschränkungsmaßnahmen. Wenn auch die sich in den ersten beiden Wochen des Monats Dezember in starkem Maße erhöhenden Schiffsverluste von der britischen Propaganda durch immer neue sich widersprechende Zahlenangaben in ihrer Bedeutung abgefälscht wurden, so beweist die Mitteilung des Ministers für die Handelschiffahrt im Unterhaus, daß die britische Regierung sich genötigt sehe, britische Schiffe für den Transport von Lebensmitteln über die nordatlantische Route zu requirieren, den zunehmenden Mangel an Schiffsraum. Der beabsichtigte Kauf von USA-Dampfern ist ebenfalls als ein Zeichen für die Knappheit an Frachttonnage zu werten.

Diese negativen Merkmale der englischen Wirtschaftslage führten in der Presse zu immer neuen Forderungen auf Verdrängung Deutschlands von den Weltmärkten. Nach dem völkerrechtswidrigen Exportraub, dessen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaftslage man anscheinend doch nicht in dem zunächst vorgesehenen Maße als genügend erachtet, gesehte sich nunmehr die Forderung nach einem staatlich gelenkten Dumping auf allen neutralen Märkten. Bei diesen zunächst propagandistisch herausgestellten Forderungen kam gleichzeitig das Mißtrauen in die Organisation der eigenen Exportwirtschaft und überhaupt in die Leitung der gesamten englischen Wirtschaft zum Ausdruck, da man eingestehen mußte, daß in Wirtschaftsfragen ungefähr sechs verschiedene Ministerien durcheinander bestimmen.

Wie England eine etwaige Unterbietung Deutschlands auf den neutralen Märkten vornehmen will, bleibt zweifelhaft, da die neutralen Staaten bei ihren reibungslos funktionierenden Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland mit seinem so überaus reichen Bedarf kaum auf diese durchsichtigen Manöver eingehen werden. Der Rückgang der englischen Ausfuhr um 44,5 v. S. im Monat Oktober hat den maßgeblichen Wirtschaftskreisen ein mehr als anschauliches Bild von den Möglichkeiten einer Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen zu England gegeben. Jedenfalls konnte von den zahlreichen in London laufenden Wirtschaftsbesprechungen mit ausländischen Staaten keine zum Abschluß gebracht werden. Im Gegensatz zur eng-

lischen Presse stellten die Zeitungen der betreffenden Staaten immer wieder fest, daß neue Schwierigkeiten aufgetaucht seien.

Die zunehmenden Erfolge der deutschen Seekriegsführung machten eine Erhöhung der Schiffsversicherungsprämien in England erforderlich. Der Ausfall von Schiffsräum führte dazu, daß sich in den englischen Dominien allmählich große Bestände ansammelten, die auf die Wirtschaft des von dem Export dieser Rohstoffe abhängigen Länder einen immer stärkeren Druck ausübten.

Die einzige Freude auf wirtschaftlichem Gebiet scheint Großbritannien lediglich mit seinem ihm auf allen Gebieten völlig hörigen Bundesgenossen Frankreich zu haben. Schatzkanzler Sir John Simon begab sich Anfang des Monats nach Paris, um mit Finanzminister Reynaud Verhandlungen in erster Linie über die Gleichschaltung der finanziellen Operationen im Ausland zu führen. Weiterhin wird man, wie es in einer Verlautbarung der „Financial News“ hieß, zu einer Verständigung über die „gleichmäßige Verteilung der finanziellen Bürden“ kommen müssen. D. h. der französische Steuerzahler hat das zweifelhafte Vergnügen, die englischen Schulden zu bezahlen, also die bereits bezahlten Blutgelder an die ehemalige Tschechoslowakei und das gemessene Polen sowie die etwa noch zu vergebenden Anleihen mit zu übernehmen.

Nach Abschluß der Verhandlungen teilte Finanzminister Reynaud am 13. Dezember mit, daß man übereingekommen sei, eine umfassende Vereinbarung über die Herstellung einer Währungsolidarität zwischen beiden Ländern abzuschließen. Das Kursverhältnis zwischen Pfund und Frank wurde nicht geändert. Die Vorteile der starren Verknüpfung des immer weiter fallenden Pfundes an den Frank wird natürlich nur England haben.

Das Finanzabkommen wurde natürlich in der englischen Presse begeistert begrüßt. Finanzminister Reynaud versuchte in einer Rede vor der Kammer durch eine bombastische Schilderung der wirtschaftlichen Möglichkeiten Frankreichs und Englands den fatalen Eindruck zu verwischen, den die einseitige Belastung des französischen Volkes nun auch mit den finanziellen Opfern des englischen Krieges hervorgerufen hatte. Aus dem Schluß seiner Rede ging jedoch mit den Worten „Frankreich hat niemals so schwere Stunden gekannt“ eine wesentlich ernstere Beurteilung der Lage hervor. Aus ihnen spricht aber auch ein Eingeständnis der Stärke des Deutschen Reiches.

Dr. R.